

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &  
WELTWIRTSCHAFT

VI. JAHRGANG

2.

HEFT / FEBRUAR 1929

REYE: Revolution in Afghanistan — — von BEHRENS:  
Asien nach dem Weltkriege — — LANGHANS:  
Geopolitische Reibungsgebiete der Erde — — ZECK:  
Soll Deutschland die Reparationen aufbringen? — —

**A U S D E M V O R B A L K A N :**

KAS: Venizelos' Wirtschaftspolitik — — BENNI: Italiens Wirtschaft und der Faschismus — —  
WELSCH: Italiens Rohstoffdispositionen für den kommenden Krieg — —  
RÖK: Ist ein selbständiges Kroatien möglich? — — ZILLICH: Die kulturellen Aufgaben der Deutschen in Rumänien — —

**GEOPOLITISCHE BERICHTE AUS DER GANZEN WELT**

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorar-Professor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480 444, *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat und Privatdozent, Gießen, Ostanlage 25, Tel. 4178 und *Dr. O. Maull*, a. o. Professor an der Universität Frankfurt a. M., Franz-Rücker-Straße 23, Tel. Malngan 75117

verbunden mit der Zeitschrift

## WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348,  
unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80. Schriftleitung: Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83

## VI. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBR. 1929

### AUFSÄTZE ZUR WELTPOLITIK:

<i>P. Freye</i> .....	<i>Revolution in Afghanistan</i> .....	89
<i>G. B. Ducas</i> .....	<i>Venezelos' Wirtschaftspolitik</i> .....	92

### GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

<i>E. Obst</i> .....	<i>Berichterstattung aus Europa und Afrika</i> ....	95
<i>K. Haushofer</i> .....	<i>Bericht über den indopazifischen Raum</i> .....	99
<i>O. Maull</i> .....	<i>Berichterstattung aus der amerikanischen Welt</i> ..	107

### AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

<i>H. F. Zeck</i> .....	<i>Kann Deutschland die Reparationen aufbringen?</i> ..	114
<i>C. Wimmer</i> .....	<i>Zwei Jahre kontinentale Rohstahlgemeinschaft II</i> ..	118
<i>A. Benni</i> .....	<i>Italiens Wirtschaft und der Faschismus</i> .....	126

### GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

<i>O. Welsch</i> .....	<i>Italiens Rohstoffdispositionen für den nächsten Krieg II</i> .....	130
<i>A. Török</i> .....	<i>Ist ein selbständiges Kroatien möglich?</i> .....	136
<i>H. Zillich</i> .....	<i>Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien</i> .....	143
<i>E. von Behrens</i> .....	<i>Hochasien nach dem Weltkriege</i> .....	150
<i>M. Langhans-Ratzburg</i> ..	<i>Das strittige Pilcomayo-Strombett</i> .....	157
<i>M. Langhans-Ratzburg</i> ..	<i>Die geopolitischen Reibungsgürtel der Erde</i> ...	158

### LITERATURBERICHTE:

<i>H. Spreitzer</i> .....	<i>Der Rhein, sein Lebensraum, sein Schicksal</i> ...	168
<i>O. Maull</i> .....	<i>Literaturbericht aus der amerikanischen Welt</i> ..	171
<i>H. Lautensach</i> .....	<i>Literaturbericht</i> .....	174

### EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.— / Jahrgang mit Register RM. 25.— / Gebunden RM. 30.— / Register für den Jahrgang RM. 1.— / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddeckel den Halbjahresband RM. 2.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

## ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

*Dr. h. c. Eduard von Behrens*, Kaiserlich-russischer Konsul a. D., Bromberg (Bydgoszcz), Promenada 3 — *Antonio Benni*, Präsident der Banco di Roma, Vorsitzender der staatlichen Industriellen-Organisation, Rom — *G. B. Ducas*, Direktor des „Journal de la Bourse“, Athen — *Paul Freye*, Frankfurt a. M., Hermesweg 8 — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. Manfred Langhans-Ratzburg*, Gotha, Hindenburgstr. 2. — *Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt a. Main, Franz-Rücker-Str. 23 — *Dr. Erich Obst*, o. Prof. a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — *Dr. H. Spreitzer*, Assistent am geographischen Institut der Technischen Hochschule, Hannover — *Arpad Török*, Budapest I, Nemetvölgyi ut 6 — *Major a. D. O. Welsch*, München, Wagnmüllerstr. 23 — *Dr. Curt Wimmer*, Düsseldorf, Mintropstr. 21 — *Dr. Hans F. Zeck*, Berlin SO 36, Graetzstr. 33 — *Dr. H. Zillich*, Brason-Kronstadt, Flachszeile 31

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD  
HOHENZOLLERNDAHM 83**



PAUL FREYE:

*Revolution in Afghanistan!*

Kaum ein Land der Welt hat eine durch Kriege und Aufstände, durch Dynastiewechsel und Fürstenmorde so stark bewegte Geschichte wie Afghanistan. Als Vorgelände Indiens spielte es in der geschichtlichen Entwicklung und in den Bewegungen der Völker Mittelasiens stets eine bedeutende Rolle. Im Verlauf der neueren Geschichte haben wiederholt die Nachbarstaaten Persien, Rußland und England versucht, maßgebenden Einfluß in Afghanistan zu erlangen, aber stets sind schließlich diese Unternehmungen fehlgeschlagen. England vor allen war darauf bedacht, sich dieses so wichtige Glacis seines indischen Reiches gegenüber Rußland zu sichern. In mehreren Feldzügen, die den Engländern trotz aller Siege schwere Verluste kosteten, wurde diese Bestrebungen der britisch-indischen Regierung im Verlaufe des vorigen Jahrhunderts und bis hinein in die neueste Zeit dauernd wiederholt. Schließlich mußte sich England dazu bequemen, Afghanistan als einen halbabhängigen Staat anzuerkennen und, um wenigstens einigermaßen Ruhe an seinen indischen Grenzen zu haben, dem Emir ein Jahresgeld von 1 850 000 indischen Rupies zu zahlen.

Im Weltkriege war es den Briten nur mit vieler Mühe möglich Afghanistan zur Einhaltung der Neutralität zu bewegen. Als aber am 21. Februar 1919 der damalige Emir Habibullah-Khan ermordet wurde, und sein Sohn Amanullah-Khan den Thron bestieg, brach auf's neue der Krieg gegen Britisch-Indien aus. Den vor allem mit russischen Waffen und Geschützen gut versehenen Afghanen gelang es damals unter ihrem Oberbefehlshaber General Omar-Khan, trotz heftigsten Widerstandes der Briten, die Befestigungen in dem nach Indien führenden Khyberpasse zu stürmen. Die über wildes Gebirgsgelände der Ausläufer des Himalaya führenden Wege durch diesen Paß und durch weitere Pässe wurden von den tapferen Afghanen bezwungen. Ihre Truppen stiegen nach der Seite des Industales hinab und gelangten tatsächlich bis Peschawur, der Hauptstadt des nordwestlichen Indiens. England sah sich gezwungen, am 8. August 1919 den Waffenstillstand von Rawalpindi abzuschließen und die vollkommene Unabhängigkeit Afghanistans anzuerkennen. Dieser Vorvertrag wurde dann durch den Frieden von Kabul, der die Beziehungen der beiden Mächte wiederherstellte, am 22. November 1921 bestätigt. Der junge Herrscher Amanullah machte sich zum König von Afghanistan. Mit Klugheit und Energie war er seither bestrebt, seine Macht im Inneren zu befestigen



und sich durch Errichtung von Gesandtschaften auch überall im Auslande Ansehen zu verschaffen.

Als er im vorigen Jahre, zusammen mit seiner Königin Surija und seiner Tochter, begleitet von hohen Würdenträgern, den europäischen Ländern seinen Besuch abstattete, wurde er überall herzlich empfangen. Seine Europareise war, trotzdem Amanullah sowohl England als auch Rußland dabei freundlich entgegengetreten mußte, ein außergewöhnlich starker, politischer Erfolg. Ein wahrer Wettstreit der Mächte war damals im Gange. Jedes Land wollte den Afghanenkönig noch mehr auszeichnen als das andere. Vor allem hoffte die europäische Industrie große Aufträge einzuheimsen. Besonders pomphaft war der Empfang auch in Berlin, und nicht mit Unrecht wurden dagegen in weiten Teilen der deutschen Presse Bedenken erhoben. Wahrscheinlich hatten auch wir uns damals zu große Vorstellungen von dem Auftragsseggen gemacht, der nun durch Amanullah unserer Industrie zuteil werden müsse. Diese Erwartungen haben sich nur teilweise erfüllt. Sie können auch bei bester Entwicklung der Verhältnisse Afghanistans in den nächsten Jahren nicht viel belangreicher werden.

Denn politisch bildet das junge Königreich als Achtung gebietender Staat zwischen Sowjetrußland und Britisch-Indien wohl für die mittelasiatische Politik einen recht wesentlichen Faktor, aber wirtschaftlich ist seine Bedeutung heute und in absehbarer Zeit noch recht gering.

Seine verhältnismäßig große Bodenfläche von 635 000 qkm ist durch den gebirgigen Charakter des Landes, verbunden mit einem trockenem Klima, in vielen Teilen unfruchtbar oder doch nur für Schaf-, Pferde- und Kamelzucht geeignet. Die Bevölkerung Afghanistans beträgt knapp 8 Millionen. Landwirtschaft kann mit größerem Vorteil nur in einigen Flußtalern betrieben werden, so z. B. im Tale des Kabul-Daria und im Tale des Heri-Rud bei der nordwestlichen Hauptstadt Herat. Neben verschiedenen Getreidearten, darunter vor allem Weizen, Hirse und Reis, werden Früchte, Trauben und Gemüse aller Art gezogen. Sehr schmackhaft sind afghanische Äpfel, Pfirsiche, Aprikosen, Feigen, Orangen und Zitronen. Neuerdings hat die Ausfuhr von Rosinen, die als hochwertig gelten, sowohl nach Indien als auch nach Rußland zugenommen. In der Viehzucht sind Pferde und Schafe die wertvollsten Bestandteile. Die Heimindustrie der Bevölkerung befaßt sich vor allem mit der Herstellung von Teppichen, Filzschuhen und Filzartikeln, Kamelhaardecken, Schafmänteln und Seidenwaren.

Unter dem Einfluß des rührigen Königs sind auch einige moderne Fabriken u. a. in der Hauptstadt Kabul zur Herstellung von Seifen, Textilwaren, Schuhen und Stricken sowie anderen Dingen des täglichen Gebrauches entstanden. Das Land besitzt eigene Munitionswerke sowie Reparaturwerkstätten für Flugzeuge. Der Wegebau des Landes ist noch weit zurück. Einige Hauptstraßen, die auch dem Autoverkehr bis zu einem gewissen Grade genügen, verbinden die größeren Plätze, z. B. Kabul—Kandahar, Kabul—Jelalabad—Khyberpaß—Peschawar (Nordwestindien), Kabul—Herat u. a. Die Regierung betreibt auch den Bau von Bahn-



linien zur Verbindung der Handelsplätze mit der Hauptstadt Kabul, in deren Nähe eine eigene Residenz des Königs auch als Hauptsitz der Regierung angelegt wird. Hauptbeförderungsmittel aber bleiben zunächst noch Karawanen von Kamelen und Packpferden. Unter solchen Umständen sind die Transportkosten sehr hoch, und importierte europäische Waren sind verhältnismäßig teuer. Durch Heranziehung europäischer Ingenieure, Ärzte, Lehrer und anderer Fachkräfte, darunter auch eine Anzahl von Deutschen, bemüht sich der König lebhaft, die Entwicklung des Landes zu fördern. In Verbindung mit den Junkerswerken bestehen verschiedene Luftfahrtlinien zur Beförderung von Post und Passagieren. Auf diese Weise ist auch Russisch-Turkistan durch Flugzeugverkehr mit Afghanistan verbunden. In einer Woche kann man heutzutage von Berlin über Sowjetrußland nach Kabul per Flugzeug reisen.

Zur Erzeugung von Elektrizität wurden Wasserkraftwerke angelegt. Das Land enthält in verschiedenen Gebieten, so vor allem im Norden Erzlager, darunter Eisen, Kupfer und Zink. Auch Kohle wurde etwa 350 km nördlich von der Hauptstadt sowie an einigen anderen Stellen entdeckt. Bei der Stadt Kandahar besitzt die Regierung eigene Goldwäschereien, deren Ertrag aber recht mäßig ist. Im allgemeinen steckt der Bergbau noch in den ersten Anfängen. Eine Änderung kann auch erst eintreten, wenn Eisenbahnen zum Abtransport angelegt sind.

Der Außenhandel Afghanistans ist im Verhältnis zu seiner Größe noch recht gering. Die zur Verfügung stehenden Zahlen zeigen, daß im Berichtsjahre 1926/27 die Ausfuhr nach Britisch-Indien rund 18 Mill. Rupies (1 Rupie gleich 1.50 RM) und die Einfuhr von dort rund 30 Mill. Rupies betrug. Nach Sowjetrußland wurden für rund 2 Mill. Rubel exportiert und sogar nur für 200 000 Rubel von dort importiert. Die Einnahmen der Regierung belaufen sich auf wenige Millionen Rupies. Das sind keine weltbewegenden Ziffern, und es ist klar, daß Afghanistan im ersten Beginn seiner wirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in der Lage ist, ein belangreiches Absatzgebiet für europäische Industrieerzeugnisse zu bilden.

Politisch hingegen hat das Land, zwischen Sowjetrußland und Britisch-Indien gelegen, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Beide Großmächte sind daher auch bemüht, unablässig für ihre besonderen Interessen zu wirken. Erleichtert werden diese Umtriebe durch die bunte Zusammensetzung der Bevölkerung, bei der man allein folgende fünf Hauptgruppen unterscheidet: Die Hazara, mongolischen Ursprungs, im Zentrum des Landes, die den Persern verwandten Tadjik im Westen, die Turkmenen im Norden, die Kaffiri im Nordosten in den Bergen des Hindukusch bis hinüber nach Kaschmir, die Pathans im Osten und Südosten in den Distrikten an der indischen Grenze. Hauptstämme der Pathans sind die Afridi, Waziri und Schinwari in den Grenzbergen des Himalaja. Sie sind vielfach fast unabhängig und außerordentlich kriegerisch. Häufig genug haben sie sowohl der afghanischen als auch der indischen Regierung viel zu schaffen gemacht. Sehr geschätzt sind sie als Söldner der britisch-indischen Armee. Ebenso wie alle übrigen Afghanen huldigen auch sie dem Islam.



Diese Bergstämme sind es, die jetzt den König Amanullah zur Abdankung gezwungen haben. Sie weigerten sich zunächst, die von der Regierung eingeführten Steuern zu bezahlen. Diese kriegesischen Gebirgler wollen sich dem neuem Regime, dessen europäische Methoden auch sonst in Afghanistan auf allerhand Widerstand stoßen, nicht fügen. Von den Bergen im Osten her sind sie gegen Jelalabad (120 km östlich von Kabul) vorgerückt. Von dort aus dehnten sich die Unruhen nach Westen bis in die Gegend von Kabul aus. Allzu rasch hat König Amanullah sein Land nach türkischem Muster durch europäische Anschauungen und durch Aufhebung altpatriarchalischer Sitten des Islams, darunter die Entschleierung der Frau, die Einführung europäischer Kleidung usw. reformieren wollen. Mußten doch sogar die Abgeordneten des im Sommer des Jahres zum ersten Male zusammengerufenen Parlaments in schwarzen, europäischen Gesellschaftsanzügen antreten. Dabei war vielen der Afghanen dieser Parlamentarismus, bei dem sie doch zunächst neben dem König als ihrem Lehrmeister keine bedeutende Rolle spielten, gar nicht angenehm. Die Wandlung des Landes sollte nach der Europareise des Königs ein wenig zu rasch erfolgen, und so konnte die Rückwirkung nicht ausbleiben. Die Revolution brach aus, die jetzt zu einem Kampf aller gegen alle geführt hat.

Erst seit dem Jahre 1923 besteht in Afghanistan die allgemeine Wehrpflicht. Die Friedensstärke des Heeres beträgt 50 000 Mann, darunter 18 000 Mann Kavallerie. Die Armee verfügt über 200 moderne Feldgeschütze sowie Flugzeuge. Daneben bestehen Hilfs- und Miliztruppen der verschiedenen Stämme, darunter auch der obengenannten Bergstämme in den Grenzgebieten auf der indischen Seite. Die aktive Armee ist gut gedrillt und modern bewaffnet. Deutschland unterhält mit Afghanistan die freundschaftlichsten Beziehungen. Unser Handel nach dort zeigt ein erfreuliches Anwachsen. Auch schon deshalb haben wir ein reges Interesse daran, daß Afghanistan in seiner selbständigen Entwicklung weitgehendster Erfolg beschieden sein möge.

G. B. DUCAS:

### *Venizelos' Wirtschaftspolitik*

Als Venizelos im August 1928 durch einen beipiellosten Wahlerfolg ans Ruder gelangte, hat man in Griechenland gehofft, daß er die parlamentarische Diktatur, die ihm das Volk zubilligte, dazu verwenden würde, um die schwebenden innerpolitischen Fragen zu lösen.

Die meisten Fragen hingen mit der im Mai desselben Jahres erfolgten Stabilisierung der Drachme zusammen, insbesondere ist hier zu erwähnen die vom Völkerbund anbefohlene und durchgeführte Notenbankreform, die das Notenprivileg der finanziell solidesten aller griechischen Banken, der Nationalbank, entzog und



einer kapitalschwachen und schlecht fundierten Neugründung, der Bank von Griechenland, übertrug. Es wäre ferner die Aufgabe eines wirklichen Staatsmannes gewesen, dem inflatorischen Geldumlauf Einhalt zu tun, der die Stabilisierung an sich gefährdet, und endlich war es noch die Frage der Golddeckung für die alten Banknoten, die die Nationalbank als Entschädigung für die Entziehung des Notenprivilegs behalten durfte, obwohl nach Ansicht der Sachverständigen das Gold von der neuen Notenbank zur vollständigeren Notendeckung gebraucht wurde.

Die Lösung dieser für die Abwicklung der Stabilisierungskrise, die sich im Lande durch eine Versteifung im Geld- und Kapitalmarkt bemerkbar gemacht hatte, äußerst wichtigen Probleme wurde von der Regierung Venizelos' unterlassen.

Der alte Staatsmann schenkte seine Aufmerksamkeit der Klärung der außenpolitischen Lage Griechenlands.

Zu diesem Zwecke griff er zu dem stets auf dem Balkan bewährten Mittel der Freundschaftsverträge, durch welche die Staaten erst einmal ihre außenpolitische, d. h. insbesondere ihre militärische Stellung befestigen, um auf dieser Grundlage wirtschaftliche Vorteile leichter erzielen zu können.

Und tatsächlich stand Griechenland nach dem Zusammenbruch in Kleinasien in äußerst lockeren außenpolitischen Beziehungen sowohl zu seinem unmittelbaren Balkannachbarn als auch zu seinen früheren „Verbündeten“ während des Weltkrieges; mit Bulgarien und der Türkei hat auch heute noch keine Verständigung über die beiderseitigen Interessen stattgefunden; mit Jugoslawien und Rumänien bestanden zwar Handelsbeziehungen, deren Umfang jedoch zur Zeit der Pangalosdiktatur ziemlich gering war, und mit Frankreich und Italien konnte bis zum Regierungsantritt Venizelos' eine Verständigungsmöglichkeit nicht gefunden werden.

Venizelos hat in dieser kritischen Zeit nicht übersehen, daß sich die wirtschaftlichen Interessen Griechenlands eigentlich auf die Balkanhalbinsel beschränken. Um diesen Interessen jedoch erfolgreicher dienen zu können, hat er die Politik der Freundschaftsverträge eingeschlagen und zwar in entgegengesetzter Richtung: auf dem europäischen Kontinent.

So kam der Freundschaftsvertrag mit Italien (Pakt von Rom) im September-Oktober vorigen Jahres zustande, durch den die Vertragschließenden sich zu gegenseitiger Unterstützung und Neutralität (bei Angriffen Dritter) verpflichteten.

Der Vertrag von Rom dient nunmehr Griechenland als Bollwerk für die Verfolgung seiner wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan, denn er verschaffte ihm insoweit einen gewissen außenpolitischen Vorsprung vor seinen Rivalen, als Griechenland nunmehr als Verbündeter der Großmacht Italien angesehen wird.

Daß sich Venizelos in dieser Hinsicht nicht verrechnet hat, beweist das kurz darauf im Oktober des vergangenen Jahres in Belgrad vereinbarte Abkommen zwischen Jugoslawien und Griechenland; letzterem gelang es dort, jene berühmten Handelsverträge der Plastiras- und Pangalosdiktaturen mit Jugoslawien aus den Jahren 1923 und 1925 einer weitgehenden Revision zu unterziehen.



Griechenland erreichte in Belgrad folgende weltwirtschaftlich bedeutungsvollen Zugeständnisse: Jugoslawien verzichtet auf die Benutzung des ihm 1923 zugewiesenen Freizonengebietes im Hafen von Saloniki, es wird künftig seinen Außenhandel ausschließlich über die griechische „Internationale Freie Zone“ des Hafens leiten. Jugoslawien zieht seine Ansprüche auf Kontrolle der Eisenbahnlinie Saloniki—Gevgeli zurück, verzichtet auf das ihm gewährte Küstenschiffahrtsrecht innerhalb der griechischen Gewässer sowie auf das Recht, in Kriegszeiten über Saloniki Heereslieferungen, Gewehre und Munition zu leiten.

Tatsächlich ist die wichtigste weltwirtschaftliche Folge der neuen griechischen Außenpolitik die Lösung der Freizonenfrage Salonikis; da bisher im Hafen eine jugoslawische und eine internationale Freie Zone bestanden, wurde die Umleitung des Handels zwischen Ost- und Mitteleuropa und fernem und nahem Osten erschwert. Die Einführung des Ein-Zonensystems hat bereits jetzt zu aussichtsreichen Verhandlungen zwischen Griechenland und ost- oder mitteleuropäischen Staaten den Anlaß gegeben. Die Tatsache der Neutralisierung des Freizonengebietes Salonikis bietet Gewähr dafür, daß der Handel der europäischen Staaten durch diesen Hafen selbst in Kriegszeiten nicht beeinträchtigt zu werden droht.

Es ist ferner sehr wichtig, daß das alleinige Aufsichtsrecht Griechenlands über die einzige westmazedonische Eisenbahnlinie Gevgeli—Saloniki anerkannt wurde, denn nunmehr wird man endlich an die Aufstellung von allgemeinen Gütertarifen zu für die Umleitung des Außenhandels Ost- und Mitteleuropas nach dem Orient günstigen Preisen herangehen können.

Endlich wäre noch zu erwähnen, daß nach der Beseitigung der Vorrechte Jugoslawiens im Salonikihafen die dortige „Internationale Freie Zone“ dem Ein- und Ausfuhrhandel Rumäniens, Bulgariens und der Türkei ebenfalls dienstbar gemacht werden kann, was zu einer Verbilligung der Transportkosten der Handelsgüter dieser Länder führen wird. Erwähnte Länder boykottierten bisher die Freie Zone in Saloniki in dem Glauben, daß sie auf diese Weise ähnliche Zugeständnisse, wie die an Jugoslawien gewährten, erzwingen könnten.



ERICH OBST:

*Berichterstattung aus Europa und Afrika*

Dawes-Konferenz II. — Englische Wahlen. — Englands Frieden mit Nanking. — Frankreichs Sorgen in Elsaß und in Äquatorialafrika. — Wieder einmal Südtirol. — Diktatur in Jugoslawien. — Polnisch-russische Vertragsverhandlungen. — Gespannte deutsch-polnische Beziehungen. — Rußland und England in Afghanistan. — Amerikas Vordringen im vorderen Orient. — Entwicklung der Erzförderung in Nordafrika. — Bewässerungspläne am Oranjefluß.

Die großen Staaten Europas erwarten allesamt mit äußerster Spannung den Zusammentritt des Reparationskomitees. Von den Beratungen der unabhängigen Sachverständigen wird in der Tat zu einem guten Teil die nächste Zukunft unseres Staatenkreises abhängen. Da zweifellos eine Verbindung zwischen den deutschen Reparationszahlungen und den interalliierten Schuldenverpflichtungen an Amerika erstrebt werden wird, und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes in dem Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert leider ungerechtfertigt günstig beurteilt worden ist, sollten wir uns hüten, den kommenden Verhandlungen mit allzu viel Optimismus entgegenzusehen. Sofern die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands nicht in aller Form beseitigt wird, werden wir Deutschen jetzt und in absehbarer Zukunft einen gewaltigen Tribut zu zahlen haben. Ohne moralische Liquidation des Krieges ist eine finanzielle kaum denkbar. Und noch immer sind die Staaten zu diesem entscheidenden Schritt nicht reif.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! Es ist allenthalben so, als ob die abendländischen Großmächte bloß Sinn und Zeit für die bevorstehenden Finanzverhandlungen hätten und im Banne der Vorbereitungen hierauf der Innen- und Außenpolitik sonst nur geringe Aufmerksamkeit schenken. Die englischen Gemeinderatswahlen, die für die Konservativen in eben dem Maße eine Schlappe wie für die Labourpartei einen großen Erfolg bedeuteten, finden nirgends ein sonderliches Echo, obwohl sie als Generalprobe für die nächsten Parlamentswahlen entschieden von Wichtigkeit sind. Der Plan einer Kanaluntertunnelung, der neuerdings wieder auftaucht (Manchester Guardian vom 10. 1.), wird nur lau mit den alten Für- und Gegenargumenten diskutiert. Selbst die Ende Dezember ganz überraschend ausgesprochene offizielle und formelle Anerkennung des Nanking-Regierung findet nicht annähernd die Beachtung, die dieses Ereignis gewiß verdient. Daß England im Zoll- und Handelsvertrag die volle Zollautonomie zugestanden, die revolutionäre Nanking-Regierung als Repräsentanten eines freien und absolut gleichberechtigten China anerkannt hat,



ist für beide Partner von höchster Wichtigkeit. Die Vorteile für China, das jetzt nur noch das gänzlich isolierte Japan zu bezwingen hat, liegen auf der Hand. Aber auch für England und seine Wirtschaft ist der Schritt vom einstigen Memorandum (18. Dezember 1926) zur offiziellen Anerkennung von Nanking-China sehr bedeutungsvoll. China wird manches schnell vergessen und den Engländern rasch wieder einen Markt öffnen, der für die Belebung der englischen Industrie entscheidend werden kann.

Auch Frankreich und gerade Frankreich verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Vorbereitungen zur Reparationstagung. Gemessen an dieser Frage, erscheinen selbst diejenigen Ereignisse von minderem Belang, die in normalen Zeiten der französischen öffentlichen Meinung ohne Zweifel den Stempel aufdrücken würden: Autonomistenerfolg im Elsaß und schwere Unruhen in Äquatorialafrika. Daß die Ersatzwahlen für die Autonomistenführer Rossé und Ricklin mit einem so gewaltigen Erfolg der Autonomisten Stürmel und René Hauß enden würden, hatte man gewißlich nicht erwartet. Die Wähler von Altkirch und Kolmar haben mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die rücksichtslose französische Verwaltung, deren selbstsüchtige Assimilationspolitik und brutale Polizeimethode, verurteilt. Nicht einmal die Gegenanstrengungen des Bischofs Ruch von Straßburg (Abzweigung der „Nationalen Volkspartei“ von der autonomistisch eingestellten Katholischen Volkspartei) vermochten den Wahlausgang nennenswert zugunsten von Paris zu beeinflussen. Und wie urteilt man jetzt in Frankreich? Man begreift die wirkliche Lage im Elsaß auch jetzt noch nicht, schwatzt von „klerikaler Verschwörung“, von Feinden des Vaterlandes usw. und empfiehlt, die Krise im Elsaß diktatorisch zu lösen! Wann wird die Stunde kommen, wo man in Paris die nun einmal nicht wegzuleugnende Tatsache einseht, daß das Elsaß in geographischer und völkischer Beziehung in keiner Weise zu dem Raumorganismus Frankreich gehört, sondern Teil der Oberrheinlande ist und bleibt? — Die Nachrichten über schwere Unruhen in Französisch-Äquatorialafrika treffen bis jetzt nur über Antwerpen ein. Paris hüllt sich in Schweigen, obwohl Europäer als Geiseln gefangen gesetzt worden sind und die Eingeborenen unter Androhung von Mord und Plünderung ultimative Forderungen an die französischen Behörden gerichtet haben sollen (Einstellung der Rekrutierungen und des Zwanges zu öffentlichen Arbeiten).

Aus Mittel- und Südeuropa sind geopolitisch wichtige Ereignisse nicht zu berichten. Nur die schandbaren Enteignungen deutscher Besitzungen in Südtirol mögen erwähnt werden als Beleg dafür, daß Mussolini nach wie vor rücksichtslos die Entnationalisierung dieses alten deutschen Volks- und Kulturbodens betreibt. Für eine weitere zielbewußte Expansion Italiens nach dem Balkan sprechen die Absichten, den bulgarischen Zaren Boris mit der italienischen Prinzessin Giovanna zu vermählen.

In Osteuropa werden die Gemüter bei weitem nicht mehr so stark durch das Reparationsproblem in Bann gehalten. Hier sehen wir daher im Süden wie im



Norden die Politiker eifrig am Werk, die im eigenen Lebens- und Staatsraum wurzelnden Probleme zu meistern. Der Gegensatz zwischen Zentralismus und Föderalismus, zwischen Belgrad und Agram vor allem, drohte sich nachgerade zu einer Gefahr für den Bestand des jugoslawischen Staates auszuwachsen. König Alexander hat sich schließlich keinen anderen Rat mehr gewußt, als zum Staatsstreich zu greifen (6. Januar), die Verfassung außer Kraft zu setzen, das Parlament, alle Parteien und Gewerkschaften aufzulösen usw. Europa ist also wiederum um einen „faschistisch“ regierten Staat reicher geworden. Man darf gespannt darauf sein, wie vermittels der Diktatur der serbisch-kroatische Gegensatz aus der Welt geschafft werden soll. General Ziolkowitsch, der neue, nur dem König verantwortliche Ministerpräsident, ist vor eine ungeheuer schwierige Aufgabe gestellt.

Zwischen Polen und Rußland gehen die Verhandlungen wegen Abschluß eines „Kellog-Paktes für den Osten“ eifrigst hin und her. Der polnische Gesandte Patek hat am 19. Januar dem stellvertretenden Volkskommissar Litwinow in Moskau eine Note ausgehändigt, in der bereits Form und Prozedur der Unterzeichnung des Paktes geregelt wird. Von Wichtigkeit ist, daß an diesem „Kellog-Pakt für den Osten“ außer den beiden Hauptvertragspartnern auch die baltischen Staaten und Rumänien(!) teilnehmen sollen. Im Ganzen hat also Polen alle seine Wünsche durchgesetzt und fühlt sich wohl bereits als europäische Vormacht gegenüber Rußland.

Vielleicht ist es auf diese Erfolge Polens im Osten zurückzuführen, daß sich Warschau gegenüber dem westlichen Nachbarn neuerdings wieder besondere Übergriffe erlaubt, die die deutsch-polnischen Beziehungen noch mehr, als sie es schon ohnedies sind, trübe gestalten müssen. Entgegen den früher abgegebenen Versicherungen fährt man mit der Liquidation deutscher Güter fort und betreibt in Ostoberschlesien eine Polonisierung der dortigen Industrie, die in weiten Kreisen lebhafteste Entrüstung hervorgerufen hat. Eine ganze Reihe deutschstämmiger oder deutschgesinnter Bergwerksbeamte ist zur Einreichung des Pensionierungsgesuchs gezwungen worden. Im schlesischen Sejm wurde am 16. Januar die Dringlichkeit einer Entschließung anerkannt, in der die Regierung aufgefordert wird, die reichsdeutschen Ingenieure in den Leitungen der Betriebe, Hütten usw. kurzerhand auszuweisen! Und dann jammert Herr Zaleski darüber, daß die „bösen Deutschen“ die „gute Behandlung“ der deutschen Minderheit durch die polnische Regierung nicht anerkennen wollen!!!

Im Orient haben in erster Linie die Vorgänge in Afghanistan Aufmerksamkeit erregt. Dabei ist das Hin und Her der Thronräuber im Grunde ebenso wenig von Bedeutung wie die schwankende Haltung Aman Ullahs. Unendlich viel wichtiger ist die Frage, ob im Verlauf dieser Wirren England oder Rußland die Oberhand in Afghanistan gewinnen wird. Im Augenblick ist der Ausgang der Palastrevolution und damit auch das zähe Ringen zwischen England und Rußland noch völlig unentschieden. Aman Ullah, der wohl zweifellos russische Unterstützung genießt, soll sich jetzt von Kandahar aus zur Wiedereroberung von Kabul rüsten.



Für die steigende Bedeutung des Orients in weltwirtschaftlicher Beziehung spricht das immer spürbarer werdende Auftreten Amerikas und selbst Japans in diesem Gebiet. Die gefährlichsten Gegner der abendländischen Wirtschaft sind hier zweifellos die Amerikaner. Gestützt auf die Sympathien, die sie sich durch ihre über den ganzen Orient verstreuten und musterhaft eingerichteten Colleges erworben haben, gehen die Amerikaner zielbewußt daran, den Handel im nahen Osten an sich zu reißen. Die kürzlich in Alexandrien und Kairo eingesetzten amerikanischen Handelsattachés, die eigens für systematische Propagandatätigkeit nach dem Orient entsandten Vertreter der amerikanischen Textil- und Automobilindustrie entfalten eine Tätigkeit, wie sie rühriger kaum gedacht werden kann. Und Herr Crane, der bekannte Millionär und Orientfreund, reist Jahr für Jahr durch den nahen Osten, überall als uneigennützigem Förderer der Freiheitsbewegung und — der Handelsbeziehungen zu U. S. A. auftretend.

Sehr viel stärkerem Interesse begegnen neuerdings auch die Eisenerze von Algerien und Marokko. Schweden (Grängesberg-Trust), Engländer und Franzosen sind hier die wichtigsten Konkurrenten, nachdem die deutschen Interessen (Mannesmann) und die Unternehmungen der Holländer keine aktive Rolle mehr spielen. Da die spanische Erzförderung wesentlich zurückgegangen ist, hat sich namentlich englisches Kapital seit 1927 stark auf Marokko konzentriert; in Spanisch-Marokko dürften heute mehr als 90% der Erzförderung unter englischem Einfluß stehen. Der Erzexport allein aus dem Melilla-Bezirk ist von 378 000 t im Jahre 1925 auf 952 000 t im letzten Jahr gestiegen. Eine ähnliche Aktivität entfaltet die schwedische Gruppe in Französisch-Marokko. Neuesten Nachrichten zufolge sollen jetzt auch hier amerikanische Experten erschienen sein.

Aus Südafrika verdient eine Nachricht Beachtung, nach welcher das Kabinett 10 Mill. £ für Bewässerungsanlagen im Bereiche des Oranje bzw. Vaal bewilligt hat. Ungeheure Gebiete, die jetzt nahezu ungenutzt daliegen, sollen durch Stauanlagen am Oranje oder Vaal — beide Projekte bestehen einstweilen nebeneinander — der Wirtschaft und Besiedlung erschlossen werden. Die „African World“ weist in diesem Zusammenhang erneut auf die geplanten Bewässerungsanlagen in der Libyschen Wüste, auf die großartigen Unternehmungen der Engländer im Nildelta und dem ägyptischen Sudan hin und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß man sich im „Dominion of East Africa“ ebenfalls bald regen möchte. Die Kap-Kairo—Route dürfe nicht nur eine strategische Linie sein, sondern müsse auch wirtschaftlich verankert werden.



K. HAUSHOFER:

*Bericht über den indopazifischen Raum*

China: Innere Schwierigkeiten. — Interessenkämpfe Englands, Japans, der Vereinigten Staaten und Rußlands. — Japan: Vortrag von Sadao Saburi. — Stellung in der Mandschurei. — Besuch von Albert Thomas. — Flottenparade. — Notizen: Weltinstitut für buddhistische Forschung. — Demokratische Wahlen in Neuseeland. — Missionstätigkeit in China. — Neue englische China-Bücher und ihr Echo

Wer in den indopazifischen Berichten zurückblättert — eine Kontrolle unserer Prognosen, die wir dem Leser empfehlen, weil sie sein Vertrauen zur Geopolitik an sich erhöhen werden — der wird immer wieder den Hinweis auf die Notwendigkeit brauchbarer Lösungen der Länderfrage als Vorbedingung für die Wiedergeltung Chinas und Indiens als außenpolitisch anerkannter und wirk-samer Räume finden.

Papier ist für den augenblicklichen Besitzer von Druckerpressen sehr geduldig, um mit seiner Hilfe scheinbar blendende Augenblickerfolge zu feiern, wie die Hissung der roten Flagge mit dem sternartigen Sonnenbild im blauen inneren Eck der Kuo Min Tang in Mukden, der Hauptstadt der Mandschurei, und die Erschießung des alten, tüchtigen Stabschefs Chang-Tso-Lins, Yang-Yu-Ting durch den weniger fähigen Sohn Changs, Chang-Hsue-Liang, oder große Programme des zunächst zentralisierten, unifizierten Einheitstaats zu verheißen, dem dann später als *contradictio in adjecto*, als Widerspruch in sich selbst, der dezentralisierte Zentral- und Einheitstaat folgen soll — nebst Abrüstung von 2 Mill. Soldaten auf etwa 800 000 — sobald sie bezahlt werden können. Die größere Kunst ist aber, starke Länder, die zu sich selbst viel, zur Zentrale wenig Vertrauen haben, zum Zahlen und Leisten und zur Abschlachtung von sich selbst auf einem gemeinsamen Schwarmgeisteraltar zu bringen.

Da gibt die Klage des Finanzministers Sung, daß überhaupt nur die Nanking am nächsten gelegenen vier Länder in China von den achtzehn des altchinesischen Kulturkreises und den drei östlichen Provinzen zu den gemeinsamen Reichskosten beitragen, ebenso zu denken, wie die 505 Seiten starke Denkschrift des indischen Professors G. R. Abhyankar über das indische Staatenproblem, die der Gegen-schrift der Vertreter der indischen Fürsten-Staaten-Völker (278 Seiten!) gegen die Bemühungen der indischen Fürsten und des britischen Butlerkomitees beilag. Die Inder machen nur einen großen Fehler in ihrer geopolitischen Propaganda, der ihrer guten Sache schadet und von wenigen vermieden wird: sie sind für das von Lala Rajpat Rai gezeigte Ziel: „der einzige Weg, Aufmerksamkeit in Großbritannien zu erwecken, sei, das Gewissen der Welt gegen England aufzu-rufen“ („Week“, 13. Dezember 1928, S. 465) zu breit, zu lang und zu weit-schweifig in ihren Darlegungen.



Geschickter ist die zum Teil in amerikanischen und russischen Verhältnissen geschulte Nanking-Regierung; weitaus am gewandtesten ist ein Teil des Propaganda-Außendienstes der Sowjetbünde; er wäre in indopazifischen Angelegenheiten noch viel erfolgreicher, wenn ihm nicht das Drängen allzu doktrinärer Parteigenossen und ihr Nicht-Abwartenkönnen des langsameren Auslaufens östlicher Bewegungen, ein Überstürzen des Rhythmus, des Wellengangs immer wieder das Konzept verdürbe; ähnlich wie es sich im kleineren Stil Amanullah verdorben hat, als er sich mit Alexander des Großen, Baber, dem Islam-feindlichen Ghazi der Jungtürken Kemal, und anderen Heroen gleichstellte. Für Kenner des Puffergeländes zwischen der indischen Nordwestprovinz und Russisch-Turkestan stand angesichts seiner überstürzten Reformen nicht das Ob, sondern nur das Wann seines Falles in Frage.

Kräfte ganz anderen Ranges, ganz andern Bewegungsantriebs sind an der Widerstandswucht solcher Hemmungslandschaften seit vier Jahrtausenden immer wieder gescheitert, wenn sie zu viel auf einmal wollten.

Viel auf einmal will — zugleich in Mitteleuropa wie in Südamerika und in der Finanzierung Chinas mit dem Riesengeschäft des Wiederaufbaus der Verkehrsmöglichkeit dort — unter Führung der Morgangruppe auch die amerikanische Hochfinanz. Wir sind gespannt, ob die Art des Vorgehens von Professor Kameron und seinen 48 Gehilfen in Nanking bei der Investierung ihrer sicher höher als in Mitteleuropa verzinslichen Gelder der Länderfrage Rechnung trägt, in der sich die panasiatische Bewegung unter Moskauer Leitung zwar grollend vor dem geschickten transpazifischen Spiel zurückgezogen hat, ohne doch die Hoffnungen auf einen Ausgang zu ihren Gunsten der gewaltsamen Frühindustrialisierung Chinas und seiner Nachbarn aufzugeben. Hier stehen zähe und schwer angreifbare Gegner für einander bereit, Einsatz, Gewinnmöglichkeit und Wagnis dieses Spieles sind gleich großartig; sicher größer als in Mitteleuropa.

Mit altgeschulter Staatskunst und nicht geringen Mitteln ringen die zu kleinen, zu sehr mit vielseitigen Sorgen belasteten Inselmächte der alten Welt, England und Japan, angesichts dieses raumweiten Spiels zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjets um die Vorhand bei der Zukunftsgestaltung Asiens, auf daß ihnen nicht die so mühsam und blutig errungenen Trümpfe aus besseren Tagen im weiten Felde der Monsunländer allzu leichten Kaufs entwunden werden! Dieser gemeinsame Abwehrzweck drängt sie immer wieder zusammen, wie die Vereinigten Staaten instinktiv, die Sowjetdiplomaten bewußter und klarer erkennen.

Aus solch weiter, echt geopolitischer Auffassung müssen wir einem zusammenfassenden Aufsatz der „Iswestija“ vom 30. November 1928 weitschauende und scharf erkannte Blickziele zugestehen, da sein Verfasser zwangsläufige Annäherung zwischen England und Japan unvermeidlich kommen sieht und feststellt, daß sie sich im Grunde mehr gegen der Vereinigten Staaten robuste Chinapolitik als gegen China selber richte.

Vielleicht war sogar schon die winterliche Nankingfahrt des japanischen Parla-



mentariers Tokutomi, des Führers der 30 abtrünnigen, als Shinto neuorganisierten Minseitomitglieder (des Züngleins an der Wage in Japan) in ähnlichem Sinne zu deuten, so daß der Preis für eine leidliche Verständigung mit Jungchina (die damals nicht gelang) das Außenministerium unter einem reorganisierten Kabinet Tanaka gewesen wäre.

Der über die russische Fernostauffassung sicherlich sehr gut unterrichtete Leitartikel der „Iswestija“ meint: Die britische Thronrede, das Auftreten Chamberlains und Baldwins einerseits, des Prinzen Tokugawa, des Grafen Uchida andererseits wie auch der Ordensaustausch hätten bewiesen, „daß die Seele des britisch-japanischen Bündnisses noch fortlebe“, und nötigenfalls ihren Leib zu finden wisse. Ständige Fühlung und gemeinsames Vorgehen, wie ja bisher schon zwischen Frankreich und den Inselmächten, so zwischen diesen untereinander werde nun die Regel sein. Freilich zeige sich nach russischer Ansicht in diesem Teil seiner Erklärung Chamberlain „als vollendeter Heuchler“. „Was treibt eigentlich England dazu, sein Schicksal in China mit Japan zu verknüpfen? Im Grunde eine Spitze gegen Amerika!“

So sieht es Moskau nun einmal. Es ist im Grunde die weitsichtige geopolitische Auffassung, daß sich die machtimperialistische Einstellung der alten Kolonialmächte von der wirtschaftsimperialistischen der im Landraum noch gesättigten Vereinigten Staaten so schroff unterscheidet, daß immer wieder Spannungen, gerade in Süd- und Ostasien entstehen müssen. „Tatsächlich werden die englisch-amerikanischen Beziehungen in China, wie in der ganzen Welt in der letzten Zeit charakterisiert durch äußerste Verschärfung.“ In dieses Feuer bläst man von Panasien, vom eurasiatischen Standpunkt aus. Das Hängenlassen in der Frage des Nankinger Zwischenfalls, der amerikanisch-chinesische Abschluß vom 25. Juli 1928, der alle ändern trieb, die Finanzierungsmission Kameron in Nanking von den Vereinigten Staaten aus werden einzeln angeführt. Ebenso die unliebenswürdigen britischen Kommentare zu der Ernennung des amerikanischen Gesandten in China zum Botschafter, worin ja die Sowjets vorangingen. So entstehe ein Netz von im Grunde wehrpolitischen Geheimverpflichtungen Englands gegen die Vereinigten Staaten, mit Frankreich, mit Japan, und ein kriegerrisch-politischer Vorbereitungsschritt ziehe den ändern nach sich, erschwere aber auch die Möglichkeit des Anschlusses an eine amerikanisch-japanische Annäherung, „die den für Englands aggressiven Imperialismus“ (so Moskau) „wohlthätigen Effekt des Vertrages mit Frankreich paralisieren würde“. „So müsse man die englisch-französischen Geheimpakete und ihre britisch-japanischen Seitenstücke — obwohl zeitlich auseinanderliegend, immer als zusammengehörig betrachten.“ Sie alle fließen eben aus einer Auffassung von unzeitgemäßer kolonialer Gewaltpolitik, in der Japan durch seine mandchurische Lage mit den alten Kolonialmächten der Monsunländer verflochten ist, während die Vereinigten Staaten seltsamerweise glauben, im Besitz der Philippinen und anderer kolonialer Wertgegenstände als freigeschenkter Himmelsgabe zu sein —, was man natürlich hie und da in Eng-



land und Frankreich auch als Heuchelei empfindet, in Zeiten höchsten Unmuts sogar dem Weltbankier gegenüber so zu bezeichnen wagt, was in Amerika ungläubiges Kopfschütteln verursacht —, während die Sowjets keinen Grund haben, sich den konventionellen Lügen des Westens anzuschließen.

Ein Gegenstück zu dieser Sowjetauffassung bildet der geopolitische Vortrag von Sadao Saburi von der japanischen Botschaft in London (12. Dezember 1928; Auszug: „China Expr. & Tel.“ 27. Dezember 1928, S. 898) in der Royal United Service Institution unter Vorsitz von Feldmarschall Graf Allenby über „Japans Stellung im Fernen Osten“. Der Phrasen entkleidet zeigt er die harten Tatsachen, daß China als Hauptquelle der Rohstoffe für Japan und Hauptabnehmer seiner Veredelungsindustrie zwischen 30 und 31% seines Außenhandels nach Japan abgibt, und 27% des japanischen Außenhandels abnimmt. Die gleichen Zahlen seien für die Vereinigten Staaten und Großbritannien zwischen 15 und 17 und 8 einerseits, je 2 andererseits. Aus dieser ganz andern Verknüpfung ergebe sich die größere Schwierigkeit endgültiger Regelungen — trotz allem guten Willen Japans.

Die Mandschurei sei „Japans Schlüssel zur Sicherheit“, der „Gewölbe-Schlußstein seiner Wehrpolitik auch in reiner Abwehr“ . . . fremder Boden!! „Wichtiger für Japan als für China!“ . . . „Das bedeute nicht, daß Japan irgendwelche territoriale Ambitionen habe, noch die Absicht, ein Protektorat zu errichten, aber . . .“ Das weitere möge man dort nachlesen; es ist schon oft gesagt und durch die jüngsten Entwicklungen zum Teil durchkreuzt worden.

„Geographisch und politisch nimmt Japan eine ähnliche Position ein für den Fernen Osten wie Großbritannien für den Westen. Wie Großbritannien im Westen ist Japan das starke stabilisierende Element im Osten“ (nur nicht so übersättigt!). Man sieht: viele Gedankengänge lenken beiderseits wieder zu Mackinders gleichläufiger Politik der beiden Inselreiche nach der Jahrhundertwende zurück; und die Sowjets lesen ja doch solche Zeitungen und Vorträge auch, die in London der konservativsten der heutigen Weltmächte zu Gehör reden! — Wortreich wird der Gedanke abgelehnt, „daß es sich jetzt um eine Wahl Japans handeln könne, ob es sein Los mit dem Osten oder dem Westen in einen Topf werfen wolle“, wird die „Rolle als verbindendes Glied zwischen Ost und West“ besonders betont. „Amerika und das Britische Reich halten auch im Osten die Schlüssel des Friedens, unsere ältesten und sichersten Freunde und einstige Verbündete“. Dann folgte eine Apotheose um Baldwins Wortlaut: „Unsere Freundschaft ist durch eine geschichtlich gewordene Allianz besiegelt worden, und der Geist dieser Allianz ist noch in Blüte und ist die stärkste Gewähr des Friedens im Fernen Osten.“ „Pourvu que ça dure . . .“ pflegte Madame Laetitia in den guten Tagen des ersten Kaiserreiches zu sagen. „Iswestija“ und Japanische Botschaft in London fügen dieselben Zitate nach Baldwin, Fürst Tokugawa, Graf Uchida ein!

Schade nur, daß man solche Reden nicht mit beschränkter Öffentlichkeit oder doppeltem Boden halten kann; so aber lesen sie natürlich die Leute in Moskau, die an der „Iswestija“ schreiben, und die U. S. Diplomaten, die erst 1922 die



britisch-japanische Allianz zerschlugen, auch, und sie ziehen ihre Schlüsse! Ergänzungen zu beiden Gegenpolen finden sich in: Pacific Affairs, XII. 1928 b. C. Walter Young: „Sino-Japanese interests and issues in Manchuria“ — dem „internationalen Cockpit (Hahnenkampfplatz) des Fernen Ostens“, den er in seinen jüngsten Entwicklungen vortrefflich schildert. Hier halten wir die politisch-wissenschaftliche amerikanische, wie im Manch. Guardian v. 31. Dezember 1928 „Manchuria“ und „Mukden bows to Nanking“ die linke britische Auffassung des Augenblickszustands der mandschurischen Frage, zu der C. Walter Young wohl die umfangreichsten Quellenangaben der jüngsten Zeit beibringt.

Aber auch die französischen „sciences politiques“ gehen nicht müßig an den neuen Entwicklungen vorbei, sondern erfassen sie an einer Stelle, die den vorbeugenden Griff zur Abwehr der einzigen wahren „gelben Gefahr“ ermöglicht, die in dem gelben Fleiß und dem gelben Menschenüberdruck liegt — trotzdem Legendre in seinem neuen Buche die Chinesen zwar vorzügliche Gärtner, aber nicht gleich hochwertige Ackerbauer nennt und als die wahren Erfinder des sechstündigen Arbeitstages bezeichnet.

Als Albert Thomas aber in der Pan-Pacific-Association in Shanghai sprach, Thomas Tchu, der Direktor der Labour-Abtlg. d. Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit den weltbekannten, wohl gewählten Redner einführte, sowie bei der Kritik des neuen chinesischen Fabrikgesetzes (North China Herald 1928, S. 387) klang es aus anderm Ton. Grollende Stimmen der Vorkämpfer der frühen Industrialisierungszustände Chinas, die mit Nacharbeit von Frauen und Kindern, doppelten, schlechtgelohnten Schichten und überlangen Arbeitstagen ihre Gewinne machten, trübten die Empfangsstimmung, sie erhoben sich unfreundlich gegen den Vorkämpfer des internationalen Arbeitsamtes mit seinen 325 ratifizierten und manchen noch unratifizierten Schutzverträgen, dem tatsächlich in den Monsunländern aber eben noch nicht durchgeführten Achtstundentag! Sie betonten, daß man nicht frühkapitalistische Gewinne und Staatssozialismus zugleich haben könne. Albert Thomas wird auf seiner Winterreise durch China, Japan und Niederländisch-Indien viel gefunden haben, von dem er lieber weniger sähe! Trotzdem hieß es:

„... ich scheide mit der Überzeugung, daß Neu-China tätig mit den internationalen Einrichtungen in Genf zusammenarbeiten wird...“ „aber diese neue Regierung des einigen China muß tätig, aktiv sein...“ „ich bin der festen Meinung, daß ein Land von 400 Mill. die öffentliche Tätigkeit und die geistige Einstellung in Genf nicht außer acht lassen sollte — wo sich alle Länder auf gleichem Fuß mit gleichen Rechten begegnen.“ „Ich habe China nun ersucht, eine soziale Gesetzgebung zu unternehmen, die bisher fehlte, so daß das internationale Arbeitsamt ihre Anwendung in den Konzessionen und Pachtgebieten durchsetzen kann.“ „Die Grundsätze Sun-Yat-Sens, des großen Apostels von Jung-China, würden dann in vollem Widerklang im Westen die Grundlage des Verstehens zwischen allen Völkern sein.“ Hier wird im Irrealis geredet!

Es wäre zu schön, wenn es so wäre, klingt es da zwischen den Zeilen! Aber bis jetzt ist es nicht so; und das rauhe Echo des chin. u. kol. Unternehmertums zeigt, welche Widerstände zu überwinden sein werden. „Die Chinesen haben immer den Ruf gehabt, sich ihrem Ziel in Kurvenlinien zu nähern, und manchmal schwingen die Kurven so weit zurück, daß der Beschauer den Fortschritt nicht mehr merkt“ so schreibt der „Transpacific“ in einem Aufsatz „Staatsmänner und Kriegsherren“ über die enormen inneren Schwierigkeiten, die freilich ein niederländischer Gesandter dieser Tage als überwindbar ansieht, der sagt, das Kuomintang-Regiment sitze fester im Sattel, als man glaube. Um so eher wird es Albert Thomas nicht zu enttäuschen brauchen!

Damit man die ultima ratio nicht ganz vergesse, enthüllte sie die Kaiser-Revue der japanischen Flotte (The Naval Review, Transpacific, Tokio, 8. Dezember 1928) und mit ihr die Tatsache „daß Japan zwar früher zahlenstärkere Flotten gehabt habe, aber mit der heutigen mächtigsten jene starken von einst aus dem Wasser blasen könne.“ —

„Die mächtigste Flotte, die je auf asiatischen Gewässern fuhr;“ „nur 2 Schlachtschiffe und 4 Schlachtkreuzer der Flotte von 1915 sind noch da; 1915 waren es 12 Schlachtschiffe, heute 6; aber die Tonnenzahl war 1915 231700 t, heute ist sie für die halbe Zahl 191320 t! Das Kaliber ist um ein Viertel, mindestens ein Achtel vergrößert; „der Treaty“ (Vertrags)-Typ hat mit seinen 10000 t den großen Schlachtkreuzer getötet: „Japans große Schlachtkreuzer haben nie einen Schuß im Zorn(anger), im Ernst verfeuert, und werden in 7 Jahren wohl im selben jungfräulichen Stand ausrangiert werden.“ — —

So geht es lange fort; solche Revuevergleiche sind sehr lehrreich. Dennoch wird behauptet „die Washington-Konferenz habe amerikanischen und japanischen Steuerzahlern viel Geld gespart, und die Japan-Flotte von heute sei nur ein Werkzeug der reinen Abwehr, die aber Japan unbedingte Überlegenheit in den Gewässern Ostasiens gebe.“ Recht viel mehr hat es bis jetzt auch nicht gewollt, und seine 28 starken, schnellen Kreuzer von 33 Kn., seine U-Boot-Flotte garantieren ihm wohl die Dauer des Zustandes gegenseitiger Unangreifbarkeit, den sich die großen pazifischen Machträger 1922 für ein Menschenalter schaffen wollten.

„In Anbetracht seiner geographischen Sicherheit und seiner höchst schwierigen Wirtschaftslage kann wohl geurteilt werden, daß Japan überversichert ist. Es scheint nicht möglich, zu bestreiten, daß Japans Flotte, wie sie schwimmt, einen aggressiven Charakter hat, oder eine Drohung für irgend eine andere Seemacht bedeutet.“ So schließt der doppeldeutige Aufsatz: ein lehrreiches Probestück zweizüngiger geopolitischer Darstellung!

Das Werkzeug starker Einheitswirkung des Inselreiches wirkt gegenüber seinem Festlandnachbarn auch ohne beständige äußere Beziehung auf seine Stärke deshalb so nachdrücklich, weil die schon früher betonten regionalen Einflüsse in China auch nach der formalen Angleichung der Mandschurei immer wieder Fugen für eine geschickte Außenpolitik Japans in China öffnen. Der Gruppe



Chiang-Kai-Sheks stehen nicht nur die überwundenen Leute des linken Flügels und der Kommunistischen Partei China entgegen, sondern auch die Kwangsi-Gruppe von Li-Tsung-Ien (Hupe), Li-Chai-Sum (Kanton) und Pai-Chung-Hsi (Chili, jetzt Ho-Pe). Ganz lose vom Zügel ist das große Szetchwan. Unsicher immer noch bleibt Feng-Yu-Hsiang und der typische alte Tatarenkopf Yen-Shi-Shans von Shansi. Sinkiang führte ein gelegentlich rau unterbrochenes Sonderleben, wie Kansu.

In diesen örtlichen Kräftespielen, bei denen es schließlich auf die autarkische Leistung der betreffenden Landschaft ankommt, ist natürlich das Ringen um einzelne ertragreiche Zollhäfen und die an sie anschließenden Zubringerlinien von ausschlaggebender Bedeutung, wie z. B. das zwischen Feng-Yu-Hsiang und Yen-Shi-Shan um Tientsin, oder zwischen Li-Chai-Sum und dem radikalen Chen-Kung-Po; dieser Kampf ist äußerlich erkennbar in dem Streit um die Beibehaltung oder Abschaffung der provinzialen Räte, welche der Kwangsi-Klüngel aufrecht zu erhalten wünschte, während Chiang-Kai-Shek sie opferte und somit die Partei des wegen seiner kommunistischen Neigungen in der Kuomintang mattgesetzten Chen-Kung-Po ergriff.

Das sind Vorgänge, die in Napoleons Verhältnis zum jüngern Robespierre und seinem Niederkartätschen der Kommune Analogieen haben. Der von links gekommene Diktator verleugnet seine Freunde nicht ganz und schreckt die klüngelgütige Rechte mit der Möglichkeit, auch einmal wieder mit den wilderen Gespannen der andern Seite zu fahren; nur, daß diese Gespanne alle in China einen viel ausgesprochenen Landschaftscharakter haben, geopolitisch erkennbarer sind, als etwa bei der französischen Revolution. Das ausgesprochene „Talent für Selbstregierung“, das (North China Herald, 1928, S. 392) gelegentlich am chinesischen fernen Nordwesten (Sinkiang) gerühmt wird und ihn allein in den 17 Jahren der Landesregierung des vielfach gelobten, durch Mord beseitigten Yang-Tseng-Sin aufrecht und außerhalb beständiger Wirren hielt, ist eben ein Vorzug der ganzen Rasse und ihrer geopolitischen Erziehung durch die Eigenart ihres im tiefsten autarkischen Lebensraumes. Sinkiang schuf sich durch 10 Jahre seine eigene Provinzwährung, während es früher auf einen Jahreszuschuß von 2,4 Mill. Taeln rechnete. Trotzdem der Nordwesten 6 oder 7 Zehntel des russischen Exports nach dem Osten aufnahm, lehnte er den Export des Kommunismus ab (bis auf eine allerdings recht katastrophale Entladung!) Die Kehrseite sind allerdings solche Ausbrüche, wie der Aufstand des Gen. Ma-Ting-Hsiang in Kansu, mit Massenmorden hüben und drüben. 3 Mill. Menschen in höchstem Elend,  $\frac{1}{4}$  Mill. tot: das sind die Opfer eines kurzen Frontwechsels im Bürgerkrieg des einzigen Feng-Yu-Hsiang.

Einige lose Notizen:

Mit Geschäftstellen im Musée Guimet, Paris, und im Chianinstitut, Frankfurt, will Taishü, Präsident d. Buddh. Vereinigung Chinas, Zweigbauten eines Weltinstituts für buddhistische Forschung errichten.

Daß es sich in diesem Falle um einen „culte du passé“ im Verhältnis zum China von heute handelt, geht allein daraus hervor, daß der Vorwurf der Berau-

bung des Grabes der letzten, in alten Riten beigesetzten chinesischen Herrscherin des „alten Buddha“ Tsushi um Grabbeigaben im Werte von etwa 120 Mill. RM ohne wesentlichen Nachteil für sie an dem guten Ruf der chinesischen Generalbank hängt, die ihn geschehen ließen; in erster Linie doch wohl an dem territorialen zum Grabschutz berufenen „Christen“ Feng-Yu-Hsiang, der die Schändung mindestens leicht hätte hindern können.

Der euramerikanische Kunsthandel wird also mit Kaufangeboten echter und falscher Nachlaßstücke aus dieser Friedhofschändung bestürmt werden, und damit die so gewonnenen Stücke bei kunst- oder religionswissenschaftlichen „séances“ in Mittel- und Westeuropa vorzeigen können. —

In Neuseeland hat eine rationalistisch-demokratische Wahlwelle die bisher aufrecht gestandene imperialistische Richtung weggespült. Diese Tatsache ist für die künftige Gesamteinstellung der pazifischen Dominien sehr wichtig, innerhalb derer die Tory-Richtung bislang ziemlich sicher auf Neuseeland rechnen konnte, dessen politische Dynamik durch die Novemberwahlen wesentlich verändert ist (Vgl. u. a. Manch. Guard. 22. Dezember 1928, S. 8).

Henri Brenier veröffentlichte (Journal des Débats, 21. November; 9. Dezember 11. Dezember und 16. Dezember 1928) wertvolle Berichte: „Nos Missionnaires en Extrême Orient“, „En Chine“, die der ungeheuren Erschließungsleistung des katholischen französischen Missionswesens in Südchina (Yünnan, Kwangsi, Kwangtung, Kweitschau, Setschwan) nur gerecht werden. Freilich sind im Verhältnis zu diesem Aufwand 342000 unmittelbar beeinflusste Christen nicht viel, von denen über 3000 dem kommunistischen Wirbel gerade in diesem Raum wichen.

Die hochgebildeten Führer dieser Arbeit kennen auch genau die Gefahr und die Vergänglichkeit ihres Werks an dieser Stelle der Erde (Guébriant!); gerade so wie die politischen Vorkämpfer Gérard, Stephen Pichon, Paul Doumer, u. a., die in entscheidenden Augenblicken des kulturpolitischen Beistandes der Missionen selten entraten konnten. Aber freilich ist damit auch der unscheidbare Zusammenhang aufgedeckt, der neuerdings so schnell zur Schaffung eines außenpolitisch unbedenklichen einheimischen Klerus in Süd- und Ostasien führt und führen mußte.

Darin ist die katholische Kirche den andern voraus, während Andrews, der bekannte Freund Gandhis, der anglikanischen jüngst in dieser Frage die Gefahr ihrer Rückständigkeit vorhielt. —

Etwas boshaft faßt der „North China Herald“ in seiner Buchseite T. C. Wood „The Kuomintang and the Future of the Chinese Revolution“, George Allen & Unwin (vgl. Lit. Ber. I/29) und die englische Übersetzung von R. Wilhelm „Die Seele Chinas (London, J. Cape) unter der Aufschrift „Pundits and Politics in China“ zusammen. Er nennt Woods Werk „eine Studie über die Kunst der Mißregierung, durch einen, der eine kurze, aber weithin sichtbare Rolle darin gespielt habe“, und beklagt „die weite Spannung, die zwischen Bücherweisheit und praktischer Erfahrung mit Menschen und Geschäften aufgerissen sei“. Retrospektive Arbeiten, wie Philip Josephs: „Foreign diplomacy in China 1894 bis



1900“, London, Allen Unwin od. W. W. Keeton: „Development of Extraterritoriality in China“ suchen diesen Spalt zu überbrücken, reichen aber eben als historisch rückschauend zu wenig an unsere Zeit heran; und andere, wie Sir Stanley Reed u. P. R. Cadell: „India: the new phase,“ obwohl ausgezeichnete Handbücher, die sich wirklich in die Tagesgeschichte hereinstellen, bleiben natürlich etwas unter dem Schatten der Tagesereignisse, so sehr sie sich mühen, objektiv zu sein. —

Ernstere Warnungen stecken in den Alarmnachrichten Dr. Walter Philipps und Dr. Wu Lien Tehs (d. Pest-Überwachungs-Amtes), daß natürlich die neue Eisenbahn- und Verkehrserschließung der Mandschurei und Mongolei auch die Ausfallpforten des „schwarzen Todes“, der Tarbogapest weiter öffne, und in den japanischen Bauernunruhen am Sainikawa bei Gifu, sowie in den düsteren Berichten über den Mohammedaneraufstand in Kansu, mit mehr als 200 000 chinesischen Toten.

In letzter Stunde bei Abschluß des Berichts kommen uns noch zwei außerordentlich nützliche Hilfsmittel zur Hand, die eingehend leider erst im Literaturbericht V/29 gewürdigt werden können, aber schon jetzt der Aufmerksamkeit unsrer Leser empfohlen werden müssen:

Oskar Scholz und Dr. Karl Vogt: „Japan“ in der Sammlung: Handbücher des Weltverkehrs. Berlin: Carl Heymanns Verlag, 1928, und des gleichen Herausgebers. Oskar Scholz und Dr. Werner Vogel, Shanghai: „China“. Wer das erste Japan-Handbuch von 1913 in seiner außerordentlich praktischen lexikalischen Anordnung kannte, der hat das Veralten und Verschwinden dieses nützlichen Beraters und Helfers bedauert und begrüßt sein Wiedererscheinen für beide ostasiatische Wirtschaftsgebiete freudig; er hofft, daß sie nun dauernd eine klaffende Lücke verlässiger, praktischer Auskunft über den Fernen Osten in deutscher Sprache ausfüllen und sich in steter Erneuerung behaupten werden.

Ihr Wiedererscheinen ist geradezu als ein gutes geopolitisches Vorzeichen zu begrüßen! — —

#### OTTO MAULL:

##### *Berichterstattung aus der amerikanischen Welt*

Annahme des Kelloggpaktes im vereinsstaatlichen Senat. — Beilegung des bolivianisch-paraguayischen Grenzstreits. — Vereinsstaatliche Flottenrüstung. — Die amerikanischen Sachverständigen im Reparationsausschuß und Amerikas Verhältnis zur Reparationskonferenz. — Programm der gegenwärtigen Sitzungsperiode des amerikanischen Kongresses. — Der amerikanisch-englische Konkurrenzkampf. — Zahl der Arbeitslosen in der Union. — Carl-Schurz-Professur in Madison. — Nikaragua — Mexiko — Guatemala.

Wer die Dinge betrachtet, wie sie sind und wie sie sich wirklich entwickeln und nicht, wie sie sein sollen, der wird in dem Kelloggpaakt sicher keine hermetisch gegen den Krieg abschließende Sicherheit sehen. Er wird aber in ihm doch eine wichtige Etappe einer großen ethischen Idee erblicken, die keineswegs ihrer tatsächlichen Auswirkung in die Welt des Seins entbehrt. Daß dabei die

Idee in ihrer Formulierung sich schon an die Wirklichkeit anpassen muß, ist im Grunde selbstverständlich. Dieser Prozeß spielt sich gerade im amerikanischen Senat ab. Hier hat der Pakt nicht nur Befürworter gefunden. Das Kernproblem der Debatte war, ob die Monroedoktrin auch in jeder Hinsicht bei der Annahme des Paktes gewahrt bliebe. Borahs Behauptung, daß die Monroedoktrin von dem Pakt nicht berührt und eingeschränkt würde, ist von dem Senator Molean bezweifelt worden: Wie sich das Recht der Verteidigung auf jedes dem Staate zugehörige Territorium beziehe, so würden durch das gleiche Recht auch die von der Monroedoktrin umfaßten Gebiete betroffen. Das löse das Verlangen nach einer entsprechenden Klausel im Pakt aus. Andere Einwände entsprangen einer von einer Anzahl Senatoren getragenen Skepsis gegenüber der praktischen Wirksamkeit des Paktes. Auch wurde betont, daß sich der Pakt nicht mit dem Vertrag von Versailles und mit den Locarnoverträgen verträge. Auf der anderen Seite wurde bedingungslose Ratifizierung verlangt. So hat die Debatte um den Kellogg-pakt den vereinsstaatlichen Senat gespalten, und es ist den Paktgegnern gelungen, etwa ein Drittel des Senats auf ihre Seite zu ziehen. Darum schien mit einer baldigen Abstimmung nicht zu rechnen zu sein. Trotzdem hat der Senat die Ratifizierung des Kelloggpaktes am 15. Januar mit 85 gegen 1 Stimme beschlossen. Der den Pakt begleitende Bericht des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten hat dabei keineswegs als Vorbehalt oder Abänderung, sondern nur als Erklärung zu gelten. Von Coolidge ist die Ratifikationsurkunde in feierlicher Zeremonie im Weißen Hause unterzeichnet worden. Der Pakt ist inzwischen von 14 Staaten ratifiziert worden. Es sind vorwiegend außereuropäische, Abessinien, Afghanistan, Albanien, San Domingo, Haiti, Kuba, Liberia, Österreich, Panama, Paraguay, Portugal, Sowjet-Union, Siam und die Vereinigten Staaten.

Diesem Kampf um die Ratifizierung des Paktes in dem Staate, in dem die Idee geboren worden ist, muß man Zeugnisse der tatsächlichen Wirksamkeit der Idee gegenüberstellen. Dahin gehört Rußlands Vorschlag an Polen, Litauen und Rumänien, der von Litauen seinerseits auch hinsichtlich Lettlands und Estlands aufgenommen wurde, den Kellogg-pakt durch die Unterzeichnung eines besonderen Protokolls sofort in Wirksamkeit treten zu lassen. Dahin gehört aber unstreitig auch die Unterbindung der kriegerischen Handlungen im bolivianisch-paraguayischen Grenzstreit. Diese Beilegung des Streites scheint aber nicht ganz leicht gewesen zu sein. Denn auch nach den vorbereitenden Schritten zur Bildung des Schiedsgerichts haben angeblich die Bolivianer wieder aufs neue das Fort Vanguardia besetzt. Doch ist diese paraguayische Mitteilung durch die Bolivianer dementiert worden; das Fort befinde sich seit der ersten Besetzung dauernd in bolivianischen Händen. Anscheinend hat der Vermittlungsausschuß der Pan-amerikanischen Schiedskonferenz unbekümmert um solche Meldungen gearbeitet, ein Protokoll entworfen und einen Sonderausschuß gebildet, dem Argentinien, Brasilien, Kuba und die Vereinigten Staaten angehören, und in den Bolivien und Paraguay je zwei Vertreter schicken sollen.



Solchen Bemühungen um den Frieden gegenüber gehen die Vereinigten Staaten den Weg der Flottenrüstung ruhig weiter. Erst Kelloggspakt, dann Flottenvorlage! das ist das Programm. Große Kreuzer sind die bekannte konkrete Forderung. Doch auch für die Armee sind beträchtliche Mittel bereitgestellt worden (435 Milliarden Dollar), die alle bisherigen Aufwände der Friedenszeit übertreffen.

Vermutlich hat die bevorstehende Kabinettsbildung ebenso wie die Wahl der beiden amerikanischen Sachverständigen im Reparationsausschuß die Heimkehr Hoovers von seiner Südamerikareise beschleunigt. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Reparationskonferenz war ja in irgendeiner Form vorauszusehen. Hieß es zunächst, daß sie nur rein privater Natur sein werde, so vollzieht sich die Beteiligung der amerikanischen Sachverständigen doch nach Richtlinien, die Coolidge gegeben hat. Dabei sollen allerdings die vereinsstaatlichen Vertreter nicht an eine bestimmte Marschroute gebunden sein. Als wichtig in dem Zusammenhang erachtet es freilich Amerika, daß die Frage der alliierten Schulden mit dem Beratungsgegenstand der Konferenz nicht verquickt werde, und daß keine Einmischung in europäische Angelegenheiten erfolgen dürfe. Um den Schein aller Aktivität zu vermeiden und größte Zurückhaltung zu wahren, hat die amerikanische Regierung gewünscht, daß die europäischen Regierungen die amerikanischen Sachverständigen ernennen, um sich nur das Recht der Billigung vorzubehalten. So glaubt die amerikanische Regierung am besten den Charakter der privaten Mitarbeit der amerikanischen Sachverständigen an der Konferenz gewährleisten zu können. Es ist daraus selbstverständlich die Frage entstanden, ob die amerikanische Regierung bekunden wolle, daß sie jede Verantwortung für die Konferenz ablehne; während man auf der anderen Seite doch annimmt, daß auf Grund der Machtstellung des amerikanischen Kapitals die Konferenz gerade von den Amerikanern beherrscht werden dürfte. Bei den Verhandlungen wird ja schon unstreitig der letzte Jahresbericht Parker Gilberts eine sehr bedeutsame Rolle spielen. Der Inhalt des Berichts geht natürlich in erster Linie Deutschland selbst an und soll selbstverständlich nicht referiert werden. Nur die Note der Urhebererschaft interessiert hier. In dem Sinne zeichnet sich der Bericht durch eine nüchtern-sachliche Auffassung aus, die sich wohl mit der Einhaltung des Dawesplans bestätigt, aber trotzdem glaubt, in ermahrender Kritik für die Zukunft Wege weisen zu sollen, die die Funktionierung des Plans auch weiterhin garantieren. Fraglich ist, ob deutsche Wirtschaftskraft und Konjunktur eine richtige Wertung erfahren haben. Gerade diese Punkte sind zum Gegenstand der Kritik der Presse der verschiedensten Staaten geworden. Daneben interessiert das Urteil eines anderen amerikanischen Beobachters, des Handelsattachés bei der amerikanischen Botschaft in Berlin, der die deutsche Wirtschaftslage gar nicht als zufriedenstellend bezeichnet, besonders auf das Anwachsen der Arbeitslosenziffern hinweist. Aus diesen Differenzen ergibt sich natürlich auch die verschiedene Einstellung zu dem Bericht. Im Anschluß an den Bericht hat sich die Frage ergeben, wie weit die deutschen Kriegsschulden in Amerika kommerzialisiert werden

könnten; es ist die Frage, in welchem Grade der amerikanische Geldmarkt deutsche Reparationsbonds aufnehmen könne und wolle. Bei der Annahme, daß die Teilnahme Amerikas an der Reparationskonferenz infolge der Gläubigerstellung Amerikas von ganz besonderer Geltung sei, gewinnt naturgemäß die amerikanische Auffassung von den Aufgaben der Konferenz eindringliche Bedeutung, obgleich die vereinsstaatliche Regierung dauernd bemüht ist, sich den europäischen Fragen gegenüber größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Darum werden die Sachverständigen auch nicht in amtlichem Auftrag an der Konferenz teilnehmen, sondern nur als inoffizielle Beobachter. Immerhin wird aber schon jetzt von Washington aus ganz klar die Stellung zum Kern der Reparationsfrage präzisiert: entweder müßten die heutigen Zahlungen zeitlich begrenzt werden, wie das der Dawesplan noch nicht vorgesehen hat, oder aber die Höhe der Zahlungen müsse herabgesetzt werden. Offiziellen Charakter einer Erklärung trägt natürlich auch die Auffassung nicht. Als amerikanische Sachverständige bei der Konferenz sind inzwischen John Pierpont Morgan, Owen D. Young und Thomas Nelson Perkins, welch letzterer die beiden ersten abwechselnd vertreten solle, ausersehen worden. Man spricht sogar von einem amerikanischen Vorsitzenden und nennt Young. Die Beratungen der Konferenz werden vermutlich Mitte Februar beginnen.

Von besonderer Wichtigkeit ist das Programm der gegenwärtigen Sitzungsperiode des amerikanischen Kongresses, die anfangs Dezember begonnen hat und anfangs März zu Ende geht. Die Mc. Nary-Haugen-Bill soll vor allem den notleidenden Farmern Hilfe bringen. Trotz eifriger Befürwortung und trotzdem beide Parteien in der Wahlkampagne weitgehendste Unterstützung versprochen haben, wird die Bill aber höchstwahrscheinlich doch zurückgestellt werden zugunsten zweier anderer schon erwähnter Fragen, der Ratifizierung des Kelloggpaktes und der Flottenvorlage. Schließlich steht eine Revision des Zolltarifs auf der Tagesordnung. Dabei wird es wiederum nicht so sehr um die Heraufsetzung der Zölle für die Produkte der Farmer gehen, wie das in Aussicht gestellt worden ist. In erster Linie soll die Heraufsetzung der Zollsätze für Öle, Chemikalien, Farben, Glas- und Steingutwaren, Metalle und Metallprodukte, Holz- und Holzprodukte, Zucker und Melasse, Tabak und Tabakerzeugnisse, beraten werden. Später erst sollen die Zollsätze für Agrarprodukte, Weine, Spirituosen und andere Getränke, Baumwolle und Baumwollprodukte, Flachs, Hanf, Jute, Wolle und Wollwaren, Seide und Seidewaren, Papier und Bucher zur Diskussion stehen. Besonders wird eine beträchtliche Erhöhung der Einfuhrsätze für Chemikalien gefordert, da das Ausland, namentlich Deutschland, große Kartelle und Trusts bilde, die selbst bei den heutigen Zöllen die Möglichkeit hätten, ihre Waren zu niedrigen Preisen auf den amerikanischen Markt zu werfen und damit die amerikanische chemische Industrie lahm zu legen. Der Einfuhrzoll auf alle unklassifizierte Chemikalien solle darum von 25 auf 40 Prozent erhöht werden. Ebenso beantragen die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen einen Zoll von 45 Prozent auf alle pflanzlichen Öle und Fette und Fischöle. Wir werden in



einem der nächsten Hefte zur Beurteilung dieser amerikanischen Zollpolitik entsprechend orientierende Aufsätze bringen. Schließlich wird sich der amerikanische Senat auch mit dem Problem des Eintritts Amerikas in den Weltgerichtshof zu beschäftigen haben, dessen Behandlung zwei Jahre geruht hat. Vermutlich drängt der Friedenspakt wieder zur Aufnahme an diesen schiedsgerichtlichen Arbeiten, der sonst dem Weltschiedsgericht gegenüber in einer merkwürdig isolierten Stellung bliebe.

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte jüngst einen inhaltreichen Aufsatz über den amerikanisch-englischen Konkurrenzkampf, der im Sinne einer Lese Frucht behandelt werden möge. Er geht aus von der Beobachtung der englischen Arbeitslosigkeit, stellt fest, daß seit 1921 die Zahl der Arbeitslosen sich kaum mehr unter der Millionengrenze bewegt und daß im Jahre 1928 250 000 Menschen mehr arbeitslos waren als im Vorjahre. Zu einem Teil ist ganz bestimmt die amerikanische Konkurrenz an diesen Verhältnissen, die sich fast dem gesamten englischen Wirtschaftsleben mitteilen, schuld. Dieser Konkurrenzkampf ist innerhalb des Britischen Weltreiches selbst nicht so sehr spürbar, wenn man von Kanada absieht. Denn in fast allen übrigen Teilen nutzen die Engländer noch eine Vorzugsposition aus und haben darum ein absolutes Handelsübergewicht bewahren können. Immerhin sieht England auch hier überall seine Position zugunsten von Amerika geschmälert. So betrug der Anteil Englands am Import Indiens im Jahre 1913 64,2%, der der Vereinigten Staaten nur 2,6%. Bis 1927/28 war die erste Zahl auf 47,7% gesunken und die zweite auf 8,2% gestiegen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Südafrika. 1913 betrug Englands Import in Südafrika 56,8%, der der Union 8,9%; 1927 ist der Anteil Englands an der südafrikanischen Einfuhr mit 44,8% nur noch dreimal so groß wie die amerikanische Einfuhr dorthin mit 15,4%. Für Australien lauten die gleichen Zahlen für 1913 51,8% und 13,7%. Heute ist England nur noch mit zwei Fünftel, Amerika mit einem Viertel an der Einfuhr in Australien beteiligt. Auch in Ägypten und Neuseeland, wo allerdings England noch das absolute Übergewicht hat, ist dieses doch auch verringert worden. Damit wird die Erkenntnis gewonnen, daß selbst in diesen Gebieten, wo kein freier Konkurrenzkampf besteht, wo natürlich die Engländer jederzeit bemüht waren, ihre Position zu sichern und sich garantieren zu lassen, die amerikanische Wirtschaftsmacht unaufhaltsam vordringt. Noch ganz anders ist das aber im Bereich der Zonen, die entweder in nächster Nachbarschaft der Vereinigten Staaten liegen, also in Kanada, Mexiko und im amerikanischen Mittelmeergebiet, oder wo Engländer wie Amerikaner jeder besonders garantierten Bevorzugung entbehren, wo sich also das wirtschaftliche Machtverhältnis frei entfalten kann. In Kanada ist der englische Anteil noch weiter zurückgegangen als vor dem Kriege; freilich der vereinsstaatliche ist nur schwach gestiegen. Mexiko bezog schon im Jahre 1913 50,6% seiner Waren aus den Vereinigten Staaten und nur ein 13,5% aus England. Der Anteil der Vereinigten Staaten ist inzwischen auf 70% gestiegen und der Englands auf

ein knappes Zwölftel zurückgegangen. Ähnliches läßt sich von Kuba, dem übrigen Westindien und von Mittelamerika sagen. Besonders hat sich aber der Kampf um China und Südamerika entwickelt. Freilich fehlt für China eine geschlossene Statistik. Um so wertvoller sind aber die Angaben des Referenten, die deutlich zeigen, wie Amerika unaufhörlich in Ostasien Fuß gefaßt hat, wenn es auch zu einer Handelsvorherrschaft weder für Amerika noch für England gekommen ist. Die drei wichtigsten Importeure Chinas sind mit folgenden Prozentsätzen beteiligt:

	1913	1922	1923	1924	1925	1926
England mit.....	16,5	14,9	12,7	12,1	9,7	10,2 %
Vereinigte Staaten mit.	6,0	17,3	16,8	18,4	14,8	16,4 %
Japan mit.....	20,4	23,7	22,2	22,6	31,0	29,4 %

In Japan waren die Vereinigten Staaten und England mit gleichen Prozentsätzen, 16,8%, an dem Import beteiligt. Heute dagegen liefert die Union dreimal so viel Waren nach Japan wie England. Vor dem Krieg lag Südamerika in sehr hohem Grade in der britischen Handelssphäre. Der amerikanische Import stand in den wichtigsten Aufnahmegebieten ganz wesentlich hinter dem englischen zurück. Das lehren die folgenden Zahlen für 1913.

	Argentinien	Brasilien	Chile	Peru
England mit.....	31,1 %	24,5 %	80,0 %	26,3 %
Vereinigte Staaten mit.	14,7 %	15,7 %	16,7 %	28,8 %

Das Blatt hat sich aber jäh gewendet. Fast überall ist heute der amerikanische Anteil an dem Import größer als der englische, wie für eine Reihe der wichtigsten südamerikanischen Märkte wiederum die Zusammenstellung zeigt:

in %	Argentinien				Brasilien				Chile				Peru			
	1922	1923	1924	1925	1922	1923	1924	1925	1922	1923	1924	1925	1922	1923	1924	1925
England ..	23,4	23,8	23,4	22,6	25,8	26,6	23,9	22,2	24,0	24,0	20,9	20,9	19,1	20,3	18,7	18,9
U. S. A. . .	22,1	20,9	22,0	23,4	22,8	22,2	24,2	24,8	26,8	26,7	23,5	27,8	39,9	40,5	39,1	37,6

Die Vormachtstellung Englands in Südamerika vor dem Krieg war ganz besonders auf den englischen Kapitalimport in den einzelnen Staaten des Kontinents gegründet. Dieser englische Kapitaleexport nach Südamerika ist aber inzwischen recht bescheiden geworden. Er betrug 1913 nach Brasilien und Argentinien 21 und 18 Mill. £, 1927 nur noch 7 und 3,5 Mill. £. Auch Chile verlangte 1913 noch 2,5 Mill. £, während es heute kaum mehr Geld aus England aufnimmt. Während der englische Kapitalimport in Gesamt-Südamerika von 1913 bis



1927 von 40 Mill. auf 14 Mill. gesunken ist, hat der amerikanische Kapitalimport im Jahre 1927 70 Mill. £ aufzuweisen. So hat gerade hier der englische Handel versagt, weil ihm die wichtigste Hilfskraft, der Kapitalimport, nicht in der einstigen Stärke mehr zur Seite stand. Man muß sich solcher Entwicklung gegenüber klarmachen, daß Englands Lebensnerv der Handel ist, und daß aber auch der Handel immer mehr Bedeutung in den Vereinigten Staaten gewinnt. Zur Zeit bietet sich allerdings dem englischen Mutterland noch ein ganz großer Markt innerhalb des Britischen Reiches und auch außerhalb desselben. Man muß sich selbstverständlich hüten, darin unmittelbaren Konfliktstoff sehen zu wollen. Daß hier aber Spannungen stärkster Art sich vorbereiten, wenn sich die beiden gewaltigsten Wirtschaftsmächte der Erde in solcher Weise Konkurrenz machen müssen, darf nicht übersehen werden. Und schon ist die Linie der politischen Maßnahmen beider Mächte an diesem wirtschaftlichen Gegensatz orientiert.

Die Zahl der Arbeitslosen der Union wird für Ende 1928 auf 1795000 angegeben.

Vom deutschen Standpunkt aus muß herzlich der Plan begrüßt werden, die Carl-Schurz-Gedächtnisprofessur an der Staatsuniversität von Wisconsin, Madison, auf die bisher nur alle zwei Jahre ein namhafter Gelehrter berufen werden konnte, zu einer Dauereinrichtung zu machen.

Wilbur hat zugesagt, daß die Rückbeförderung von 1500 Mann Marinetruppen aus Nikaragua angeordnet würde, sobald eine Beförderungsmöglichkeit vorhanden sei (!).

Mexiko wartet immer noch auf eine durchgängige Befriedung. Über lokale Unruhen laufen stets wieder Mitteilungen ein. Aber auch der Kirchenstreit hat sein Ende noch nicht gefunden. Als ein Schritt der Versöhnung entgegen kann ein Hirtenbrief der verbannten mexikanischen Bischöfe aufgefaßt werden, den sie nach der Rückkehr des Erzbischofs von Morelia aus Rom von Texas aus an die Katholiken Mexikos gerichtet haben. Sie betonen darin, daß das Ende des Konflikts von der mexikanischen Regierung abhängt. Um es zu erreichen, geloben sie, daß sie ihr Wirken nicht über religiösen und sozialen Aufgaben der katholischen Kirche ausdehnen wollen, allerdings unter der Bedingung, daß die religiösen Rechte und Freiheiten der Katholiken nicht angetastet würden.

Die letzten Nachrichten bringen Kunde von einem Aufstand in Guatemala, der aber schon wieder abzuflauen scheint.

HANS ZECK:

*Kann Deutschland die Reparationen aufbringen?*

Der Bericht des Reparationsagenten vom 1. Januar 1929 bejaht diese Frage mit solch auffallendem Optimismus, daß sich die Annahme geradezu aufzwingt, der Bericht ist nicht unter objektiv-wirtschaftlichen, sondern politischen Gesichtspunkten geschrieben. Diese Vermutung wird noch bestärkt durch das Echo, das der Bericht gefunden hat. Mehr noch, daß dieser übermäßige Optimismus einige Wochen vor dem Zusammentritt der Reparationskonferenz ausgesprochen wird, deren Aufgabe es sein soll, die Schuldenfrage endgültig zu regeln. Frankreich jubelt über dieses „schönste Neujahrsgeschenk“ (Journal des Débats). Amerika ist zufrieden, denn „kann Deutschland zahlen, können es die Alliierten auch, und man braucht die so kitzelige Frage der internationalen Schuldenregelung überhaupt nicht anzuschneiden“ (New York Times). Zu diesen Stimmen gewinnt man aber erst die rechte Einstellung, wenn man sie vor den Hintergrund der kommenden Reparationskonferenz stellt. Die Weltmeinung wird systematisch in der Vorstellung eines schnell reich gewordenen Deutschland gedrillt, das vielleicht morgen schon wieder zum gefährlichen Kräfte- und damit Machtfaktor wird und einen Aderlaß nicht bloß vertragen kann, sondern im Interesse seiner „Kriegsopfer“ und der ganzen Welt zur Ader gelassen werden muß. Geschickt arbeitet eine internationale Propaganda daran, den Massen einzuhämmern, daß das „Gestöhne Deutschlands und seiner Regierung unnütz sei, denn der Reparationsagent kenne die deutschen Kraftquellen aus eigenem jahrelangem Studium besser als viele Deutsche“ (L'Œuvre). Man versteht sich im Ententelager auf Presseregie. Man spekuliert mit Geschick und Erfolg auf das primitive Empfinden der breiten Schichten, die wissen, daß jeder Schuldner seine Notlage in grellen Farben schildern und mehr oder minder nachdrücklich seine Zahlungsunfähigkeit beteuern wird. Wer sieht in diesem Für und Wider der Polemik noch klar? Und doch tut nüchterne Klarheit bitter not.

Klarheit über die Verpflichtungen.

Klarheit über das Mindestmaß der Wirtschaftsgröße, um die Dawesverpflichtungen überhaupt erfüllen zu können.

Klarheit über die wirklichen Größenverhältnisse unserer Wirtschaft, denn erst aus der Gegenüberstellung der notwendigen Mindestgröße mit den tatsächlich vorhandenen Größen ergibt sich eine objektive Antwort auf die gestellte Frage.



## I.

Das Suchen nach Klarheit wird schon gehemmt, weil wir die Gesamtsumme der geforderten Leistungen nicht kennen. Wir kennen nur die Forderungen eines Provisoriums, mit jährlich mindestens  $2\frac{1}{2}$  Milliarden RM. Diese Summe kann größer werden. Aber um wieviel wissen wir nicht, weil wir die Wirkungen des Wohlstandsindex nicht vorausschauend in einigermaßen feste Werte pressen können. So bleibt als einziger realer Wert die Forderungen von  $2\frac{1}{2}$  Milliarden RM übrig.

## II.

Die Mindestgröße der Wirtschaft zur reibungslosen Erfüllung der Reparationsforderungen läßt sich ebenfalls schwer in konkrete Zahlen fassen. Immerhin ist in der Bilanz der internationalen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands eine wenigstens praktisch verwertbare Zahlengröße zu finden. Diese Bilanz hat sich durch Verlust der Auslandswerte und der Flotte einerseits, durch Auferlegung der Daweslasten andererseits um rund  $4\frac{1}{2}$  Milliarden RM verschlechtert. Bei dieser Rechnung ist die Daweslast mit  $2\frac{1}{2}$  Milliarden RM angenommen. Der fortgefallene Aktivsaldo der Zins- und Diensteeinnahmen betrug 1,7 Milliarden M. Bei einem Index von  $140\%$  ergibt das einen fehlenden Gegenwartswert von  $2,4$  Milliarden RM. Das Gesamdefizit beträgt also 4,9 Milliarden RM, von denen jedoch der Aktivsaldo der heutigen Dienstebilanz in Höhe von 0,4 Milliarden abzusetzen ist. Die Verschlechterung beträgt also  $4\frac{1}{2}$  Milliarden RM.

Wir können diese Lasten vernünftigerweise nicht aus der Kapitalsubstanz decken, sondern nur aus den laufenden Produktionseinnahmen und Überschüssen. Das ist ja auch der ausdrückliche Sinn und Wille des Dawesplanes gewesen. Wir müssen also unsere Produktion so weit über den Friedensstand steigern, daß ein zusätzlicher Gewinn von  $4\frac{1}{2}$  Milliarden RM entsteht.

Neuere Berechnungen, vor allem von englischer Seite nehmen den durchschnittlichen Produktionsgewinn der Volkswirtschaft mit  $12\%$  an. Auf dieser Basis müßte also eine Produktionssteigerung um 40 Milliarden RM jährlich erzielt werden, um einen zusätzlichen Gewinn von 4,8 Milliarden RM zu erhalten. Oder anders ausgedrückt: Wir müssen eine Produktionssteigerung auf  $170\%$  des Vorkriegsvolumens erreichen, um aus den laufenden Einnahmen die heutigen Daweslasten erfüllen zu können.

## III.

Haben sich die produktiven Faktoren in Deutschland so entwickelt, daß wir eine Leistungssteigerung auf etwa  $170\%$  zu verzeichnen haben? Bei der starken weltwirtschaftlichen Verflechtung tut man gut, diese Frage mit einem Vergleich der deutschen und der Entwicklung der anderen großen Industrieländer zu verbinden. So sehr man auch in Deutschland an der Mobilisierung der produktiven Kräfte gearbeitet hat und so aner kennenswert unsere Leistungen auch sein mögen, wir sind

1. noch weit von dem Stande entfernt, den wir zur Erfüllung unserer Verpflichtungen erreichen müssen;

2. im Vergleich zu den übrigen Industrieländern erheblich zurückgeblieben.

Zur Stützung dieser Thesen greifen wir die Entwicklung einiger symptomatischer Wirtschaftszweige heraus. Wenn wir den Status von 1913 gleich 100 setzen, so lautet die Meßziffer für das Jahr 1928:

	Holland	Frankreich	Belgien	England	U. S. A.	Italien	Schweiz	Deutschland
Kohle .....	451,0	122,1	119,0	78,8	74,8	—	—	94,3
Erdöl .....	—	—	—	—	289,5	—	—	—
Roheisen .....	—	181,5	154,1	61,9	95,6	110,0	—	71,1
Rohstahl .....	—	187,9	155,0	102,0	126,2	145,6	—	87,6
Walzwerkerzeugnisse .....	—	123,8 <sup>1)</sup>	148,0 <sup>2)</sup>	107,8 <sup>2)</sup>	107,9 <sup>2)</sup>	—	—	99,4
Maschinen <sup>3)</sup> .....	—	129,4	69,5	118,1	104,5	85,0	121,7	74,4
Teerfarbenerzeugung <sup>4)</sup> .....	—	324,5	—	365,6	1051,0	—	254,7	139,5
Ammoniumsulfat .....	—	234,4 <sup>2)</sup>	164,3 <sup>4)</sup>	113,1 <sup>2)</sup>	291,3 <sup>4)</sup>	410,8 <sup>4)</sup>	—	331,3 <sup>4)</sup>
Kunstseide <sup>2)</sup> .....	—	762,5	460,0	544,3	4000,0	13315,0	2975,0	490,7
Vorhandene Baumwollspindeln <sup>2)</sup> .....	162,5	121,0	130,0	95,6	93,9	92,3	—	100,0
Brotgetreide <sup>5)</sup> .....	—	81,6	94,5	89,0	83,5	106,0	—	67,5
Futtergetreide <sup>5)</sup> .....	—	89,0	104,5	93,2	73,7	—	—	70,3
Kartoffeln <sup>5)</sup> .....	—	101,3	100,5	105,0	87,5	109,5	—	75,5
Zucker <sup>6)</sup> .....	—	86,0	87,7	—	133,3	107,0	—	75,1
Stand der Handelsflotte .....	143,9	138,0	138,6	95,9	323,1	171,7	—	73,0 <sup>7)</sup>
Bautätigkeit .....	—	—	—	397,8	366,8	—	—	159,9
Automobilbestand .....	—	1031 <sup>8)</sup>	—	674 <sup>8)</sup>	1085 <sup>8)</sup>	938 <sup>8)</sup>	—	872 <sup>8)</sup>
Ausfuhr .....	—	153,8	113,1	133,9	197,3	154,6	—	117,7
Ausfuhr in % der Einfuhr im Jahre 1928 .....	—	96,4	88,9	70,8	118,0	67,5	—	85,7

<sup>1)</sup> Ziffer von 1924. — <sup>2)</sup> Ziffer von 1927. — <sup>3)</sup> Ziffer von 1925. — <sup>4)</sup> Ziffer von 1926. — <sup>5)</sup> Durchschnitt 1924/28 verglichen mit 1909/13. — <sup>6)</sup> Durchschnitt 1912/13 verglichen mit 1927/28. — <sup>7)</sup> Stand von 1914 verglichen mit 1928. — <sup>8)</sup> In % von 1913.

Diese Tabelle ist bearbeitet auf Grund des statistischen Materials der Reichskreditgesellschaft.

Das Überraschende dieser Tabelle ist, daß Frankreich und Belgien neben den U. S. A. zu jenen Ländern gehören, welche ihre produktiven Kräfte am stärksten gesteigert haben. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat offenbar in beiden Ländern gewaltige wirtschaftliche Energien ausgelöst. Wenn diese Produktionssteigerung im Export nicht zum Ausbruch kommt, so beweist das nur, daß im Wiederaufbau erhebliche Warenmengen absorbiert wurden. Da aber der Wiederaufbau im wesentlichen beendet ist, muß sich die überschüssige Produktionskraft auf den Weltmarkt drängen und wird dort in absehbarer Zeit die Schwierigkeiten der stark belasteten deutschen Produktion vergrößern.



Man geht kaum fehl, wenn man das mangelnde Interesse an der Revision des „tadellos funktionierenden Dawesplans“ und das Streben, die deutsche Gesamtschuld in der Schwebe zu halten, dahin charakterisiert, daß man zum mindesten in Belgien und Frankreich, offenbar aber auch in England, weniger Interesse an einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems, als an einem ständig regulierbaren Zwangsmittel hat, um die deutsche Wirtschaft je nach Wunsch stärker unter Druck setzen zu können. Von hier aus betrachtet stellt der Dawesplan nur eine Verlegenheitslösung dar, gut genug, um über die grundsätzliche Einstellung hinaus aus Deutschland herauszupressen, was herauszupressen ist.

Wesentlicher aber für die Beantwortung der vorgelegten Frage ist, daß Deutschland nicht einmal entfernt den notwendigen Mindestgrad von 170% seiner Vorkriegsproduktion erreicht hat. Nicht einmal  $\frac{2}{3}$  hat es erreicht! Das gleiche Bild erhalten wir auch beim Vergleich der für die wichtigsten Industrieländer errechneten Produktionsindices, die ebenfalls auf der Basis 1913 gleich 100 aufbauen.

	Meßziffer 1928	berechnet von	umfaßt
U. S. A.	155	Snyders u. Fed. Res. Board	Gesamtproduktion
Belgien	131	Reichskreditgesellschaft	nur Industrie
Frankreich	127	Statistique Générale	" "
Italien	124 <sup>1)</sup>	Reichskreditgesellschaft	Landw. Industrie
England	104,3	Board of Trade	nur Industrie
England	104,8 <sup>2)</sup>	Economist	Gesamtproduktion
Deutschland <sup>3)</sup>	109,6	Reichskreditgesellschaft	Industrie u. Landwirtschaft

Auch diese Produktionsindices beweisen

1. die auffallend starke Mobilisierung der Wirtschaftskräfte in Belgien und Frankreich;

2. daß Deutschland nicht bloß relativ stark zurückgeblieben ist, sondern auch absolut noch weit von jenem Grade der Produktionssteigerung entfernt ist, der allein ermöglicht, die Reparationsforderungen aus den Erträgen der Wirtschaft zu erfüllen. Hier liegt zugleich der Beweis dafür, daß wir auch die bisherigen Reparationszahlungen nicht aus den laufenden Wirtschaftseinnahmen gedeckt, sondern tatsächlich mit geborgtem Auslandsgeld bezahlt haben.

Zusammenfassend ergibt sich, daß unsere Wirtschaft die Reparationen nicht aufbringen kann. Deutschland erwartet von der bevorstehenden Reparationskonferenz, daß sie den wirtschaftlichen Tatsachen Rechnung trägt und die Zahlungsverpflichtungen — sowohl die Gesamtsumme wie die Jahresraten — in erträglicher Höhe festsetzt. Jede untragbare, durch Machtspruch aufgezwungene Entscheidung muß unsere Lage verschlimmern und die heroischen Anstrengungen der letzten Jahre zur Unfruchtbarkeit verdammen.

<sup>1)</sup> Durchschnitt 1925—1927. — <sup>2)</sup> Meßziffer 1927. — <sup>3)</sup> Heutiges Reichsgebiet ohne Saargebiet.

CURT WIMMER:

*Zwei Jahre kontinentale Rohstahlgemeinschaft II*

Andererseits haben die französische und belgische Eisengruppe versucht, die ungünstige Wirkung für Deutschland dadurch abzuschwächen, daß sie die Abgaben, die für die Tonnage aus dem gesteigerten Inlandsgeschäft berechnet sind, von 4 auf 2 Dollar je Tonne für das II. und III. Quartal 1927 und auf 1 Dollar für das IV. Quartal 1927 ermäßigten. Auch für das I. und II. Quartal 1928 blieben die Abgaben auf 2 Dollar, während die Abgabe für Unterschreitungen von 2 auf 1 Dollar herabgesetzt wurde. Nebenbei ist die K. R. G. nicht nur der deutschen Eisenindustrie allein entgegengekommen; sie hat vielmehr auch die Abgabe für die zentraleuropäische Eisengruppe ermäßigt, und zwar am 7. 3. 1928. Hiervon haben im übrigen einzig und allein die tschechoslowakischen Werke Vorteile, deren Quote im Jahre 1927 um 70 000 t Rohstahl überschritten worden war, was einer Pönale von etwa 9,5 Mill. Kronen entspricht.

Trotz alledem: Auch die Ermäßigung der Pönale für Deutschland ist nur ein Teilerfolg, der gewiss anerkannt werden soll. Aber sie bedeutet keinen Ausgleich für die schlechte, der Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie keinesfalls entsprechende Quotierung. Das Finanzierungssystem ist das alte geblieben, nur sind die Abgaben geringer als bisher und immer noch erheblich genug, um Deutschland auf dem Weltmarkt seiner Wettbewerbsmöglichkeiten zu berauben. Das gilt gleichfalls von der am 1. Juli 1928 vereinbarten Regelung der Abrechnung, die für alle Mitglieder der K. R. G. Geltung hat. Ein Überschreiten der Quote um  $7\frac{1}{2}\%$  wird nunmehr mit 1 Dollar, weitere  $2\frac{1}{2}\%$  mit 2 Dollar und erst darüber mit 4 Dollar straffällig. Im Jahre 1927 hatte Deutschland die Quote mit etwa 3,6 Mill. t überschritten. Das sind ungefähr 30% der Soll-Erzeugung. Auf Grund der neuen Regelung wäre die deutsche Eisenindustrie im Durchschnitt mit 4 Dollar für etwa 20% der Erzeugung straffällig.

## V.

Eine doppelte Aufgabe hatte sich bekanntlich die K. R. G. gestellt; einmal wollte sie die Erzeugung der ihr angeschlossenen Eisenländer auf die Dauer aufrechterhalten sowie deren natürliche Entwicklung auf dem In- und Auslandsmarkt sichern, zum anderen die Preisbildung wirksam beeinflussen und die zum großen Teil verlustbringenden Exportpreise heben. Wenn sie zur allgemeinen Zufriedenheit der Beteiligten, namentlich der deutschen Eisenindustrie, nicht gelöst worden ist, ist dies in erster Linie auf das Pönalsystem in Verbindung mit der ungleichen Behandlung Deutschlands bei der Quotierung zurückzuführen.

Was zunächst die Entwicklung der Erzeugung angeht, so haben bisher von der K. R. G. nur die Länder Vorteile gehabt, die bei der Quotierung besonders günstig abgeschnitten hatten, vor allem die französische Eisenindustrie. Sie



konnte, ungehindert durch die Pönapolitik, ihren inländischen Markt entwickeln, die Ausfuhr stärker anspannen und ohne Umstände und ohne Lasten in ihre Quote hineinwachsen. In ihrem Bestreben um die Erweiterung des inländischen und ausländischen Eisengeschäftes wurde sie unterstützt durch die Überproduktions-Abgaben der deutschen Eisenindustrie, die nach Abzug der Bonifikationen nach der Quotierung auf alle beteiligten Länder umgelegt wurden, sowie auch durch die Vergütung von Unterschreitungen. Dem entsprechen die statistischen Zahlen für Erzeugung und Ausfuhr. Es betrug die französische Stahlerzeugung im Jahre 1925 7 446 000 t, 1926 8 386 000 t und im Jahre 1927 8 380 000 t; die Ausfuhr an Stahl im Jahre 1925 3 860 400 t und im Jahre 1926 3 921 000 t. Das Bild hat sich in der Folgezeit noch wesentlich gebessert. Namentlich Frankreich nutzte die hohe Beteiligung geschickt aus, stärkte seinen inneren Markt und schob außerdem seinen Absatz stärker in den Weltmarkt hinein. Auch den zentraleuropäischen Eisenländern hat die K. R. G. mit Bezug auf die Sicherung des Absatzes im allgemeinen wohl Vorteile gebracht.

Demgegenüber läßt sich nicht sagen, daß der Pakt die Entwicklung der deutschen Eisenindustrie sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt gleichfalls günstig beeinflußt hätte. Zwar hat sich der Absatz nach Abschluß der K. R. G. gehoben. Doch war dies vorauszusehen, da sich die deutsche Eisenindustrie zu Anfang des Jahres 1926 in einer argen Krise befand und der Verbrauch mit Aufträgen sehr zurückhielt. Immerhin entspricht die Erweiterung des Marktes noch keineswegs der Leistungsfähigkeit der deutschen Werke, ja sie beschränkt sich überhaupt nur auf den inländischen Markt, ein Zeichen, daß Deutschland das Geschäft auf das Inland konzentrierte, um seinerseits der Gesundung des Weltmarktes die Wege zu bereiten. Und die natürliche Erweiterung des inländischen Geschäfts mußte zum guten Teil mit den Pönapalen aus den Überschreitungen erkaufte werden, die eine Folge der ungünstigen und ungerechten Quotierung der deutschen Eisenindustrie sind. Im ganzen hat daher die K. R. G. die normale Entwicklung aller beteiligten Eisenindustrien, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, nicht gewährleistet. Die geltende Pönapflicht stärkte, hervorgerufen durch die ungleiche Quotierung, der französischen Eisenindustrie den Rücken, andererseits erschwerte sie Deutschland den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und hemmte außerdem noch das Inlandsgeschäft.

Aber auch die Befestigung der Exportpreise hat die K. R. G. bisher noch nicht erreichen können. Gleich nach ihrem Inkrafttreten hatten sich zwar die Preise gehoben, was jedoch nur eine Wirkung des englischen Kohlenstreikes war. Denn schon nach Beendigung des Streikes gingen sie wieder zurück, schließlich bis auf den niedrigsten Stand der Vorkriegszeit. Das ist um so bemerkenswerter, als, wie bereits an anderer Stelle gesagt, die deutsche Eisenindustrie im Interesse der Konsolidierung der Verhältnisse auf dem europäischen Eisenmarkt sich vom Ausfuhrgeschäft mehr oder minder zurückhielt. Die Schuld an der Preissenkung ist nach Würdigung aller näheren Umstände darauf zurückzuführen, daß die west-

lichen Länder, begünstigt durch die deutschen Überproduktions-Abgaben, mit Erfolg versuchten, durch überaus billige Angebote ins Geschäft zu kommen. Die Absicht der deutschen Industrie, erkaufte mit großen Opfern, wurde von ihnen schlecht belohnt. Trotzdem waren die Auslandsgeschäfte Frankreichs und Belgiens infolge ihrer Schleuderpolitik wenig oder gar nicht gewinnbringend, ja vielfach sogar verlustbringend.

Erst im Jahre 1928 zeigte sich in Verbindung mit einer lebhafteren Auslands-konjunktur ein Anziehen der Preise, wovon allerdings die deutsche Eisenindustrie kaum Nutzen hatte, da ihre Wettbewerbsmöglichkeiten durch die trotz Verbesserungen immer noch beträchtlichen Abgaben nach wie vor beschränkt sind. Die französische und belgische Eisenindustrie kann sich immer freier als die deutsche auf dem Exportmarkt bewegen, was in jedem Fall von Nachteil für Deutschland ist, namentlich aber dann, wenn die Schwächung des Inlandsmarktes es für wünschenswert erscheinen läßt, stärker als bisher in den Export zu gehen. Bleibt auch der Inlandsmarkt die Hauptstütze der deutschen Eisenindustrie, so darf diese sich des Ausfuhrgeschäftes nicht versagen.

## VI.

Fassen wir kurz das Ergebnis der bisherigen Betrachtungen zusammen: Außer Deutschland haben alle übrigen Beteiligten mit Hinblick auf die Entwicklung ihrer Industrien Nutzen von der K. R. G. gehabt. Dagegen ist die deutsche Eisenindustrie infolge ihrer schlechten Beteiligung, die nicht dem Umstand Rechnung trägt, daß die deutsche Industrie die entwicklungsfähigste ist, in der Ausnutzung der Leistungsfähigkeit gehemmt. Sie stärkt durch ihre Abgaben für Überschreitungen der Quote den Wettbewerb des Auslandes und hemmt ihre Entwicklung auf dem In- und Auslandsmarkt. Eine Befestigung der Preise ist bisher nicht erreicht, dank der Preispolitik der französischen und belgischen Eisenindustrie, gleich wie ins Geschäft zu kommen, eine Politik, die durch die als indirekte Ausfuhrsubvention wirkenden deutschen Abgaben gefördert wird.

Kurz: Die Ziele, die sich die K. R. G. gesetzt hat, sind nicht in allen Beziehungen erreicht. Weshalb schon länger erörtert wird, die K. R. G. wirksamer zu gestalten und insbesondere die Mängel auszumerzen, die der Gemeinschaft anhaften und den Erfolg ihrer Existenz für die Beteiligten schmälern. Namentlich Deutschland ist hieran lebhaft interessiert. Man kann es der heimischen Eisenindustrie wohl verdenken, daß sie aus einem Zustand heraus will, der für sie nur Opfer bedeutet, und sie bemüht ist, innerhalb der Gemeinschaft als gleichberechtigter Partner gewertet und behandelt zu werden. Das Übel, das sie seit nunmehr 2 Jahren mit sich herumträgt und das ihr den Atem raubt ist die schlechte Beteiligung an der Gesamterzeugung. Hier gilt es zunächst zu ändern. Daß man im Ausland nur ungern bereit ist, die Quoten gerecht und ehrlich umzulegen, ist verständlich mit Hinblick auf die günstigen Wirkungen, die die bisherige Verteilung der Quoten für die französische Eisenindustrie gehabt hat.



Dagegen haben an einer inneren Befestigung der K. R. G., die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht, alle Mitglieder lebhaftes Interesse, zum mindesten sollten sie es haben. Die Gemeinschaft kann der Bestimmung, den europäischen Eisenmarkt wirksam zu beeinflussen, nur dann genügen, wenn wenigstens auch alle wichtigeren Eisenländer Europas ihr angehören und ihre Politik stützen. Nur in diesem Falle ist sie richtunggebend für den Gang der eisenproduktionsellen Entwicklung. Außenseiter haben die Möglichkeit, unter dem Schutz der K. R. G. an den günstigen Wirkungen des Zusammenschlusses teilzunehmen, ohne zu ihren Lasten beizutragen und ohne gezwungen zu sein, sich im Ausfuhrgeschäft oder auf dem inländischen Markt einer obligaten Beschränkung zu unterwerfen, die von der Gemeinschaft im Interesse des Gesamtmarktes gefordert wird. Die Notwendigkeit, neue Mitglieder zu gewinnen, hat die K. R. G. bereits bei ihrem Zustandekommen begriffen und den Beitritt weiterer europäischer Eisenländer offen gelassen. Jedoch ist es bisher erst gelungen, die zentraleuropäischen Eisenländer, die Tschecho-Slowakei, Österreich und Ungarn sowie noch Jugoslawien, als Mitglieder aufzunehmen. Damit darf es aber nicht genug sein.

Außer der Erweiterung der Beteiligung war schon längere Zeit die Bildung von festen Verkaufsverbänden für die einzelnen Erzeugnisse, Halbzeug, Formeisen usw. in Erwägung gezogen, wodurch man die Befestigung des Stahlkartells zu erreichen hofft, insbesondere die Regulierung der Exportpreise auf ein Niveau, das dem Durchschnitts-Selbstkostenstandard der Vereinigten entspricht. Wie wir ausführten, ist zwar die unzulängliche Eisenpreispolitik eine innere Wirkung der ungleichen Behandlung Deutschlands in Verbindung mit der geltenden Pönalpolitik. Bei gleicher Verteilung der Quoten fallen die Überproduktions-Abgaben fort, die Frankreich zum guten Teil zur Finanzierung seines Exportgeschäftes benutzt. Doch ist dann immer noch nicht die Gewähr dafür gegeben, daß die in der K. R. G. angeschlossenen Eisenländer die Hebung der Exportpreise nicht sabotieren, um im Geschäft zu bleiben. Weshalb die Verkaufsverbände als zusätzliche Gemeinschaften zu begrüßen sind; es sei denn, daß der Stärkung der K. R. G. nicht das Wort geredet wird.

Die notwendige und wohlbegründete Reform der K. R. G. schließt also im wesentlichen drei Forderungen ein, und zwar:

1. Die Änderung der Quotierung;
2. Der Beitritt weiterer europäischer Eisenländer und
3. Die Bildung von Verkaufsverbänden.

## VII.

Der jetzige Zustand ist für Deutschland untragbar, was wir dadurch demonstrierten, daß nach der am 1. Juli 1928 vereinbarten Pönal-Regelung ungefähr 20% der Erzeugung mit 4 Dollar je Tonne straffällig ist. Das muß unter dem Gesichtspunkt geändert werden, daß der heimischen Eisenindustrie die natür-

liche Entwicklung auf dem In- und Auslandsmarkt ohne irgendwelche Lasten gesichert wird. Wie kann dies erreicht werden?

Gelegentlich wurde in der Öffentlichkeit verlautet, daß die französischen Werke immer mehr in ihre Quote hineinwüchsen und, von der Bedeutung des inländischen Marktes überzeugt, sich vom Exportgeschäft zurückziehen wollten. Hierdurch käme Deutschland in die angenehme Lage, die Spannweite seines Auslandsabsatzes zu erweitern. Das ist fürwahr ein so geringer Vorteil, daß wir ihn als Vorteil überhaupt nicht werten können. Eine gute französische Inlandskonjunktur ist nicht für alle Zeiten garantiert. Hinzu kommt, daß, wenn Frankreich seine Quote überschreitet und für die ersten  $7\frac{1}{2}\%$  der Überschreitungen mit 1 Dollar je Tonne Rohstahl straffällig wird, sich die deutsche Eisenindustrie bereits in der Höchstbelastung befindet. Was wir brauchen, ist ein Ausgleich für die völlige Unzulänglichkeit der Quotenfestsetzung.

Dieser Ausgleich kann zunächst durch weitgehende Zugeständnisse bei der Abrechnung erreicht werden, und zwar etwa in der Weise, daß die deutsche Eisenindustrie von der geltenden Abrechnung ausgenommen und ihr eine Überschreitung der Quote zwischen 20—30% der Gesamterzeugung gestattet wird, ohne daß hierfür Pönale an die Zentralkasse abzuführen sind. Weil indessen ein solches Entgegenkommen nach außen wie eine Bevorzugung der deutschen Eisenindustrie aussieht, ist es auch von unserem Standpunkte aus wenig zweckmäßig. Anders ist es dagegen mit der Änderung der Quotierung, die nach der Entwicklungsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie zu erfolgen hat. Hierbei müßte erreicht werden, daß Deutschland die letztjährige Überschreitung prozentual als Zusatz zur jetzigen Beteiligung gewährt wird. Diese Reform, als Forderung erhoben, hat aber praktisch nur Wert, wenn gleichzeitig mit der Heraufsetzung der deutschen Quote nicht auch die Beteiligung der übrigen Länder erhöht wird, weil dadurch die Regelung der europäischen Stahlerzeugung nach den Bedürfnissen des Marktes, d. h. die Erfüllung des Gemeinschaftszieles unmöglich gemacht würde. Geradezu absurd kann es bezeichnet werden, daß die französische Eisenindustrie gelegentlich durch ihre Presse der Öffentlichkeit wissen ließen, sie beansprucht eine Erhöhung ihres Kontingents um 1 Million Tonnen, wo sie bei der Quotierung so besonders günstig abgeschnitten hatte. Die Regelung der Abrechnung vom 1. Juli 1928 ist durchaus zweckmäßig, und gegen sie ist bei Heraufsetzung der deutschen Quote auch von unserem Standpunkt aus nichts einzuwenden, wie wir uns auch nicht gegen die eigentliche Verfassung der K. R. G. wandten.

Nun werden die berechtigten deutschen Forderungen ganz natürlich den Widerstand der übrigen Mitglieder finden, die sich mit dem geltenden Zustand gut abfinden und nicht ohne weiteres zu einem Entgegenkommen bereit sein werden. Deutschland steht freilich nicht mit leeren Händen da: Das Interesse aller Beteiligten an der Aufrechterhaltung der K. R. G. Auch Frankreich und Belgien werden im Ernstfall nicht mehr auf den Eisenpakt verzichten wollen. Diesen Trumpf, den die deutsche Eisenindustrie besitzt, gilt es bei Gelegenheit auszu-



spielen. Und wenn wir die Stimmung, die in der deutschen Wirtschaft besteht, richtig kennzeichnen, so ist es die: Entweder keine K. R. G. oder aber eine Gemeinschaft, die den deutschen Belangen Rechnung trägt.

### VIII.

Die zweite Forderung lautet: Erweiterung der K. R. G. durch Beitritt wichtiger europäischer Eisenländer. Hierfür kämen in erster Linie England und Italien in Frage. Über den Anschluß Englands brachte nach Inkrafttreten des Eisenpaktes eine deutsche Tageszeitung den bemerkenswerten Aufschluß, „daß Großbritannien bei dem Zustandekommen der K. R. G. nicht verliere. Es stehe dem Lande aber der Weg offen, der Vereinbarung zu jeder Zeit beizutreten. Im übrigen würde es sich in der Lage des Außenseiters befinden, der unter dem Schutze eines Syndikates an den günstigen Wirkungen des Zusammenschlusses teilnehme, ohne zu den Lasten beizutragen“. Seitdem ist es um die Teilnahme des Landes sehr still geworden, und trotzdem die englische Stahlindustrie reorganisiert und rationalisiert werden muß, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, besteht nur wenig Hoffnung, England für das Kartell zu gewinnen. In der letzten Zeit wurde vielfach behauptet, das Land würde sich mit der U. So. Export Steel Association verbünden. Doch können wir auch hieran nicht glauben, da einmal die K. R. G. England schon näher steht als die amerikanische Steel Corporation und zum anderen zwischen England und Amerika unüberbrückbare Gegensätze wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art bestehen. Amerika wird der K. R. G. gegenüber immer der vorsichtige Beobachter europäischer Wirtschaftsverhältnisse bleiben.

Auch Italien hat sich bisher nicht zum Anschluß bewegen können. Die italienische Zeitung „Lavoro d'Italia“ meldete seinerzeit über den Pakt, „daß Italien zwar die Teilnahme an den Verhandlungen vorläufig verbindlich abgelehnt, sich aber den Weg zu einer späteren Übereinkunft keineswegs versperrt habe. Italien werde die Entscheidung über seinen Beitritt oder Nichtbeitritt treffen, wenn man erst genau übersehen könne, welche Schädigungen seiner Interessen von dem Kartell drohen oder welchen Nutzen es aus ihm ziehen könne. Italien brauche sich nicht ohne weiteres unter das Diktat eines westeuropäischen Eisenkartells zu beugen, da es über genügend Mittel verfüge, um seine Interessen zu schützen“. Seitdem ist die Frage einer italienischen Beteiligung nicht mehr erörtert worden. Immerhin wird die K. R. G. in der nächsten Zeit versuchen müssen, in Verhandlungen mit der italienischen Eisenindustrie Italien als Mitglied zu gewinnen, wodurch das Kartell gestärkt würde.

Selbst die zentraleuropäischen Eisenländer sind noch nicht geschlossen dem Pakt beigetreten. Wenn auch für Österreich die Alpine und für Ungarn die Rima die Haupterzeugungsstätten sind, so darf andererseits nicht verkannt werden, das im Interesse des Paktzieles und seiner wirksamen Durchführung die Beteiligung der übrigen Eisenwerke nicht minder von Nutzen ist. Im Augenblick erscheint ohne Frage die Aufnahme Polens dringender und auch wichtiger, um die sich schon

längere Zeit ein Streit dreht. Die polnische Eisenindustrie machte ihren Anschluß davon abhängig, daß ihr 1. der Inlandsmarkt und 2. ein Ausfuhrkontingent von 500 000 t Rohstahl zugebilligt wird. Im Rahmen eines deutsch-polnischen Wirtschafts- und Handelsabkommens hofft sie, außerdem noch eine deutsche Einfuhrquote von 245 000 t zu erhalten. Daß solche weitgehende Forderungen für die Mitglieder der K. R. G. unannehmbar waren, liegt auf der Hand. Namentlich auch Deutschland hat ein besonderes Interesse daran, daß sie nicht die Billigung finden, zumal die heimische Eisenindustrie in den noch immer laufenden Verhandlungen mit Polen in die Gewährung eines polnischen Ausfuhrkontingents wird einwilligen müssen und daher durch die Gewährung eines weiteren polnischen Ausfuhrkontingents in der geforderten Höhe ihr Exportgeschäft bedroht ist. Schließlich hat Polen auch nachgegeben und seine Wünsche auf 300 000 bzw. 350 000 t herabgesetzt, doch wurde dieses Entgegenkommen als nicht genügend anerkannt und mit Recht auf den Umstand hingewiesen, daß Polen ohne Einschränkung seinen Inlandsmarkt entwickeln könne, was eine Bevorzugung gegenüber den übrigen Mitgliedern der K. R. G. bedeute. Man verlangte, daß, wenn der polnische Eisenmarkt ein größeres Quantum als angenommen aufnehme, das Ausfuhrkontingent planmäßig herabgesetzt würde. Da Polen dieses Verlangen bisher abgelehnt hat, ist die Beteiligung des Landes am Eisenpakt noch ungeklärt. Doch ist auf eine gütige Einigung zu hoffen, die auf jeden Fall aber nur unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen hat, daß durch die K. R. G. die polnische Gesamtzeugung kontrolliert wird, wie dies bei allen Beteiligten geschieht. Nur dann wird die deutsche Eisenindustrie zustimmen dürfen, die bisher allein der opfernde Teil gewesen ist und auf die Dauer nicht zusehen kann, wie andere Wettbewerber aus dieser opfernden Stellung unseres Landes Vorteile ziehen.

#### IX.

Ein wirksames Instrument gesunder Produktions-, Absatz- und Preisverhältnisse kann, wie übrigens Dr. Klotzbach in dem Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster vom Jahre 1927 zugibt, die K. R. G. nur sein, wenn im Rahmen des Rohstahlkartells Verkaufsverbände für die einzelnen Erzeugnisse gebildet werden, die den Absatz und den Preis regeln. Das haben die verschiedenen Eisengruppen frühzeitig erkannt, weshalb sie internationale Verkaufsverbände anstreben. Erfolge sind schon erreicht und nach der Schienengemeinschaft, die vor dem Kriege bereits wirksam war, sind der Internationale Röhrenverband und Walzdrahtverband ins Leben getreten. Dem Röhrenverband, der nach einer Bemerkung von Nothmann, Vorsitzendem des Vorstandes des Röhrenverbandes G. m. b. H. in der Röhrenindustrie vom 1. August 1926, bewußt zum Zwecke zustande gekommen ist, der Preisschleuderei auf dem Weltmarkt ein Ende zu machen, sind heute fast alle kontinentalen Röhrenwerke angeschlossen, „Es muß“, so führt Nothmann weiter aus, „hervorgehoben werden, daß die Struktur dieses Verbandes



sich den erprobten Normen eines fest geschlossenen Syndikates anpaßt. Es sind feste prozentuale Quoten vereinbart, es ist eine preisliche Durcheinanderrechnung der Exporterlöse vorgesehen, und es sind alle sonstigen Garantien und Kautelen geschaffen, die eine genaue Beobachtung der Vereinbarungen gewährleisten. Es ist selbstverständlich, daß in preislicher Hinsicht nicht über das Ziel hinausgeschossen werden soll, und daß dabei insbesondere die Interessen der deutschen weiterverarbeitenden Industrie, auf deren Gedeihen die deutsche Röhrenindustrie angewiesen ist, nicht zu kurz kommen dürfen. Bei allen diesen Abmachungen handelt es sich um eine notwendige Maßnahme der Selbsthilfe und des wirtschaftlichen Aufbaues, der auch in Kreisen, die der Industrie ferne stehen, Verständnis entgegengebracht werden sollte. Es ist eine Arbeit von volkswirtschaftlicher Bedeutung, die durch die Bildung der internationalen Kartelle geleistet wird; auch ist der Beitrag im Dienste der Völkerversöhnung, den sie damit leisten, nicht zu unterschätzen.“

Auch Verhandlungen wegen Bildung eines Halbzeug- und Formeisenverbandes sind geführt worden, ohne indessen zu einem positiven Ergebnis zu reifen. Es ist bekannt, daß sich insbesondere der Verwaltungsausschuß der K. R. G. mit solchen Fragen befaßt hat und für die Vorbereitung ein engerer Ausschuß gewählt worden ist. Namentlich die deutsche Eisenindustrie ist für die Verbandsbildung eingetreten. Wenn jedoch gelegentlich behauptet wird, daß sie sie unterstütze, um hierdurch einen Ausgleich für die quotenmäßige Schlechterbehandlung zu erzielen, so ist dieser Ansicht nicht beizupflichten. Deutschland darf den Ausgleich nicht in dem Wirken der Verkaufsverbände erreichen wollen, sondern vielmehr in der bereits eingehend begründeten Reform der Quotierung. Die Verkaufsverbände sind nur zusätzliche Organisationen, die ihren Teil dazu beitragen, den Eisenmarkt Europas zu festigen und zu heben. Und nur so sind die Bestrebungen der deutschen Eisenindustrie um die Bildung eines Halbzeug- und Formeisenverbandes aufzufassen. Bisher sind die Verhandlungen dadurch erschwert gewesen, daß Frankreich und Belgien über keine festen Verkaufsorganisationen verfügten, die den Abschluß internationaler Kartelle erst voraussetzen. Nun hat Frankreich inzwischen einen Halbzeug- und Formeisenverband, weshalb es möglich ist, internationale Verbände für diese Erzeugnisse zu gründen. Schwierigkeiten werden immerhin noch zu überwinden sein, namentlich was die Quotenreglung angeht. Gerade Deutschland hat ein Interesse daran, daß hierbei Frankreich und Belgien nicht besser abschneiden als die heimische Industrie und dieser eine Quote zugewilligt wird, die ihr das Hineinschieben in den Weltmarkt gestattet. Keinen Sinn hat es dagegen, den übrigen Beteiligten Ausfuhrkontingente einzuräumen, die sogar über den jetzigen Ausfuhrstand hinausgehen.

ANTONIO BENNI:

*Italiens Wirtschaft und der Faschismus*

Außerordentlich vielseitig sind die Leistungen des Faschismus zum Segen der italienischen Industrie gewesen, erstreckten sie sich doch auf so wichtige Gebiete wie die Industriegesetzgebung, die Finanzpolitik, das Steuerwesen sowie die Handels- und Verkehrspolitik. Der Weltkrieg hinterließ bekanntlich viele Hemmnisse für die freie Entwicklung des Welthandels. Diese ungünstigen Auswirkungen des Krieges wurden besonders stark in Italien empfunden, das früher schon stets die wichtigsten Rohmaterialien für seine Industrie sowie bedeutende Mengen von Lebensmitteln aus dem Auslande eingeführt hatte. Nach dem Weltkriege bestand diese Notwendigkeit in noch viel höherem Maße, denn sowohl Wirtschafts- wie Bevölkerungspolitik verlangten eine allgemeine Steigerung der Exporte.

Zur Durchführung dieser Politik war es für Italien erforderlich, innerhalb der gegebenen Grenzen die für den Ausbau der Handelsbeziehungen notwendigen Vorbedingungen zu schaffen. Die Regierung bemühte sich zunächst um den Abschluß von Handelsverträgen mit den wichtigsten Ländern, die für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Italien in Frage kamen. So wurde bereits im November 1922 ein Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen und im Jahre 1923 Verträge mit der Schweiz, Österreich und Spanien. Zu Beginn des Jahres 1924 wurden Verträge mit Rußland und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Im Jahre 1925 kam dann der Handelsvertrag mit Deutschland zustande, dem im Laufe der Jahre noch Verträge mit den verschiedensten Ländern Europas — ich nenne nur Polen, Finnland, Lettland, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien — sowie mit einer Reihe außereuropäischer Gebiete folgten. Diese Verträge haben sich zum Teil bereits sehr günstig auf die italienische Wirtschaft ausgewirkt.

Der Pflege des Exportgeschäftes diente ferner das staatliche Institut für Exportförderung, das von der faschistischen Regierung ins Leben gerufen und in großzügiger Weise aufgezogen wurde. Dieses Institut befaßt sich vor allen Dingen mit der Kreditversicherung, der Schifffahrtspolitik sowie mit der Anlage von Freihäfen. Daneben wendet es der Regelung des Importgeschäftes seine Aufmerksamkeit zu.

Zur Hebung des Verkehrs wurde eine weitgehende Reorganisation der staatlichen Eisenbahnen durchgeführt. Der Bahnbetrieb hat unter der faschistischen Regierung eine früher nie gekannte Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit erreicht. Ein absolut zuverlässiger Verkehr ist ja für jede Industrie und für den gesamten Handel eines Landes von höchster Bedeutung. Er bietet die Möglichkeit einer schnellen Zufuhr von Rohmaterialien und gestattet den rechtzeitigen Transport der Fertigfabrikate. Durch den Verkehr kommt Leben und Tempo in die Wirtschaft eines Landes. Es ist demzufolge nicht verwunderlich, daß nach der Durchführung der Verkehrsreformen die industrielle Produktion unseres Landes erheb-



lich stieg, und daß die Betriebe heute weit reibungsloser arbeiten als früher. Aber nicht nur für die Industrie hatte die Reorganisation der Eisenbahnen große Vorteile im Gefolge, sie hat auch dem Schatzamt bedeutende Einnahmen gebracht. Die letzte Geschäftsbilanz der staatlichen Bahnen wies — statt eines Defizits von 1,26 Milliarden Lire im Geschäftsjahr 1921/22 — einen Gewinn von 156 Mill. Lire aus.

Ein weiteres Problem, das die faschistische Regierung in durchaus glücklicher Weise löste, war die Vereinheitlichung der Bergwerksgerechtsame. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung dieser Rechte wurde bereits seit langem im Bergbau erkannt, da die verschiedenen Systeme, die in den einzelnen Distrikten in Kraft waren, oft voneinander wesentlich abwichen. Hierdurch wurde natürlich eine gesunde Entwicklung dieses so wichtigen Zweiges wirtschaftlicher Betätigung verhindert. Eine durchgreifende Reform, welche die Besitzer des Landes ihres alleinigen Verfügungsrechtes beraubte und dieses Recht dem Staate übertrug, war früher stets abgelehnt worden, da es angeblich einflußreiche Interessen des Landes schädigte. Es ist das Verdienst des faschistischen Regimes, ohne irgendwelche politische Voreingenommenheit der Nation die Grundlage für eine rationelle Entwicklung des Bergbaus gegeben zu haben.

Die faschistische Regierung befaßte sich ferner mit der Feststellung des Umfanges der unter Tage befindlichen Naturschätze. Es handelt sich hier um eine recht weitgehende und komplizierte Untersuchung, die ich im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht im einzelnen beschreiben kann. Ich möchte jedoch auf die bedeutungsvolle Arbeit hinweisen, welche die faschistische Regierung dadurch geleistet hat, daß die Petroleumvorkommen im Lande festgestellt und in gewissenhafter Weise abgeschätzt wurden. Zu diesem Zwecke wurde eine besondere Gesellschaft, die „Azida Generale Italiana Petroli“, gegründet, deren Aufgabe die Kontrolle dieser Bodenschätze ist. Privatfirmen, die sich mit dem Abbau dieser Vorkommen innerhalb des Königreiches befassen wollen, erhalten entsprechende Erleichterungen von seiten der Regierung.

Die Notwendigkeit, den stets wachsenden Bedürfnissen des Staatshaushaltes gerecht zu werden, hatte die früheren Regierungen immer wieder zu der Einführung neuer Steuern veranlaßt. Dies hatte nicht nur eine erhebliche Verstärkung des schon bestehenden Steuerdrucks im Gefolge, sondern die Verwirrung, die durch die dauernde Änderung der Steuervorschriften entstand, brachte stets neue schwerwiegende Probleme mit sich. Die faschistische Regierung fand nun sehr bald heraus, daß gewisse Bevölkerungsklassen außerordentlich stark besteuert waren, andere dagegen aus der bestehenden Unklarheit Vorteil zogen und sich ihrer Verpflichtung zur Steuerleistung möglichst zu entziehen suchten. Mussolinis Regierung schritt sofort zu einer wesentlichen Vereinfachung des Steuersystems, indem sie eine Reihe von Steuern abschaffte, andere schon vorhandene revidierte und verbesserte und die Grundlage der allgemeinen Besteuerung erheblich erweiterte.

Zu gleicher Zeit leitete die Regierung einen scharfen Kampf gegen jede Steuerhinterziehung ein. Dieser Kampf war durchaus erfolgreich; die Steuereingänge wuchsen und kamen dem Staate und der Wirtschaft zugute. So hoben sich z. B. die Eingänge aus der Grund- und Gebäudesteuer von 6 Milliarden Lire im Jahre 1922 auf über  $18\frac{1}{3}$  Milliarden Lire im Jahre 1927.

Auch auf dem Gebiete der Kreditpolitik zeigte die faschistische Regierung eine glückliche Hand und einen klugen Weitblick. Es gelang ihr, in den schwierigen Zeiten allgemeiner Valutenschwankungen den Kredit stabil zu erhalten, indem sie eine ungesunde Anspannung des Kredites oder seine allzu starke Einschränkung vermied, Vorgänge, die dem gesunden Ablauf des Wirtschaftslebens hätten gefährlich werden können.

Es würde zu weit führen, die verschiedensten Mittel und Wege aufzuzählen, durch die es der faschistischen Regierung gelang, die Kreditpolitik auszubauen und zu verfeinern. Es mag mir nur gestattet sein darauf hinzuweisen, daß, als die Entwicklung der Industrie ungesunde Formen annahm und das außergewöhnliche Gründungsfieber der beiden Jahre 1924/25 einsetzte, die faschistische Regierung, deren Hauptziel die Herbeiführung einer gesunden Währung war, keinen Augenblick zögerte, energisch einzugreifen. Sie stellte kurzerhand die Bildung neuer Gesellschaften und die Erhöhung des Kapitals schon bestehender Unternehmungen unter Regierungskontrolle.

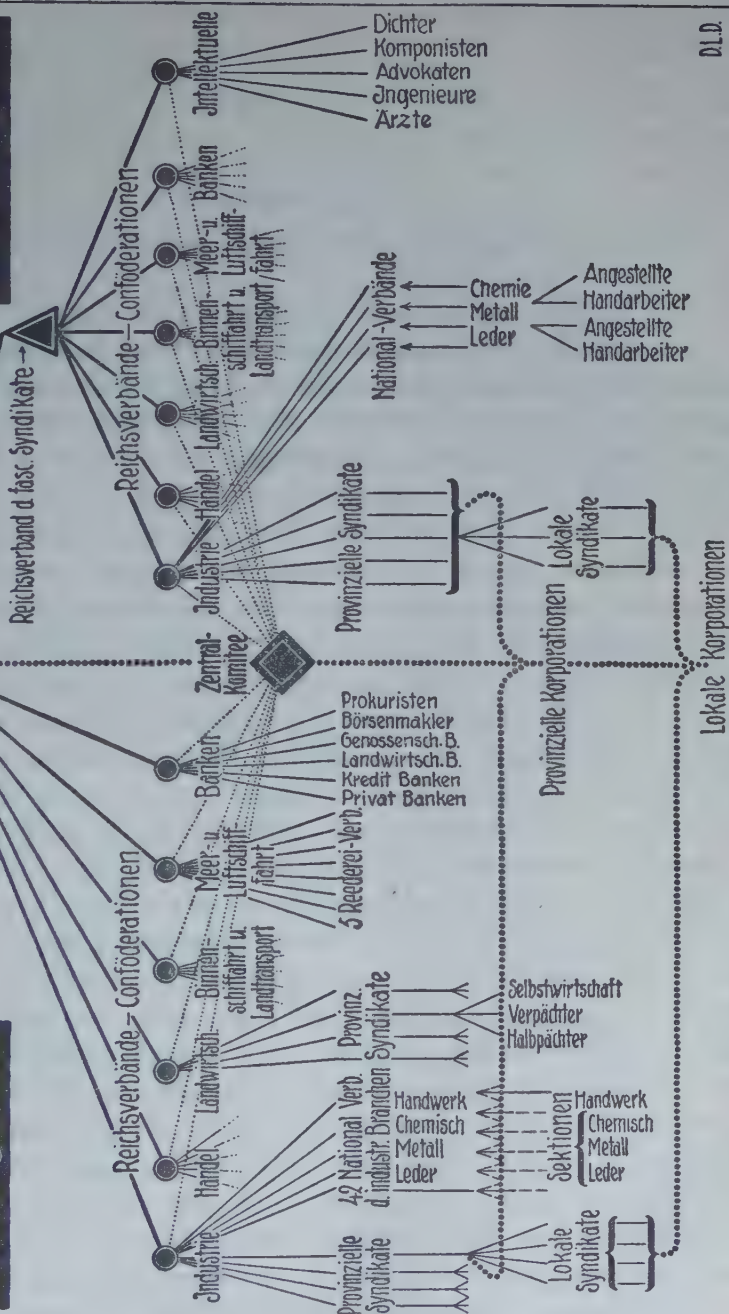
Eine würdige Krönung der gesamten Finanzpolitik der faschistischen Regierung war schließlich die Stabilisierung der italienischen Währung, die durch Ausschaltung aller Unsicherheitsfaktoren bezüglich der künftigen Valutenentwicklung es der Wirtschaft gestattete, ihre weitschauenden Pläne in Ruhe und auf wirklich gesunder Grundlage durchzuführen.



# Ministerium der Korporationen

## Arbeitgeber

## Arbeitnehmer



D.L.D.

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion entnommen dem Aufsatz Freiherr Rüdiger von Collenberg „Die Wirtschaftsstruktur des Faschismus“, Europäische Revue Heft 11, 1929

O. WELSCH:

*Italiens Rohstoff-Dispositionen für den nächsten Krieg II*

Es war die Zeit, wo bereits die politische Annäherung an Albanien in der Luft lag, deren Verwirklichung in naher Zukunft bei der Regierung die Hoffnung erweckte, das ganze Problem auf andere Basis stellen und auf die amerikanische Hilfe verzichten zu können. Seit dem Dekret vom 25. Januar 1925 werden sämtliche Maßnahmen, Gründungen und Bohrungen, Verkaufs- und Handelsorganisationen usw. der Petroleumwirtschaft von dem Staate kontrolliert und inspiriert. Die einheimische Produktion beschränkte sich damals auf nur zwei Gebiete. Das eine am Nordhange des Apennin, südlich der Via Aemilia, wo das Petroleum schon in einer durchschnittlichen Tiefe von 250 bis 300 m getroffen wird; und in den Abruzzen östlich von Rom. Sie geschieht durch die Gesellschaft „Petrolifera Italiana“, deren Zentrum in Vallezio liegt, und die „Petrolifera d'Italia“, welche die Gegend von Montecchio und San Giovanni Incarico ausbeutet. Ihre gegenwärtige Förderung beträgt nur 10 000 t im Jahre. Ob und in welchem Maße sie gesteigert werden kann, wird sich erst in 2—3 Jahren zeigen, wo sich die neuen Maßnahmen der Regierung auswirken.

Inzwischen wurden auch alle Möglichkeiten erörtert und erschöpft, um die Destillation oder synthetische Herstellung von Ersatzbrennstoffen im Lande zu heben. Man dachte in erster Linie an die Steigerung der Alkoholproduktion zur Streckung der vorhandenen Betriebsmittel. Dieser wird in Italien aus Melasse und Zerealien, aus Wein und Traubenresten, Feigen und Johannisbrot bereitet. Seine Herstellung ließe sich ohne weiteres vermehren, jedoch nur unter Verminderung von Lebensmitteln, auf welche ein Teil der Bevölkerung angewiesen ist. Ähnliche Überlegungen hielten die Regierung auch von der Massenproduktion von Gasogen ab, weil diese einen Überschuß von Holzkohle voraussetzt, der jedoch nicht im Lande vorhanden ist.

Dagegen hat sich die Ausbeutung der viel vorkommenden bituminösen Schiefer, sowohl als Brennmittel wie zur Destillation leichter Öle als sehr lohnend erwiesen. Sie wird hauptsächlich in Ragusa, in Sevrà di Falco, sowie



seitens des Marineministeriums im Trentino betrieben und geht anscheinend einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen.

Endlich aber hat man auch in Italien nach dem Kriege das Augenmerk auf eine intensive Verwertung aller bei der Verkoksung und Destillierung entstehenden Nebenprodukte gerichtet. In Ermangelung von Steinkohle wird dafür Braunkohle verwendet, zumal sich die italienische Industrie mehr und mehr auf Braunkohlenkoks einzurichten beginnt. Die sämtlichen Koks- und Gasfabriken sind durch Dekret vom Oktober 1926 gesetzlich zur Benzolgewinnung verpflichtet; der „Italagas-Trust“ hat 1926 allein 550 000 t Öl destilliert.

Alle diese Versuche können jedoch, wenn sie auch mit der Zeit dazu beitragen werden, den italienischen Import relativ um ein Geringes herabzudrücken, niemals Italien von seiner Tributpflicht ans Ausland befreien. Daher strebte die Regierung zugleich nach Erwerbung von Petroleumlagern in befreundeten oder in solchen Ländern, die sich im Falle eines Konfliktes voraussichtlich neutral verhalten werden.

Der Beginn der

#### italienischen Petroleumpolitik im Ausland

fällt chronologisch mit der gesteigerten Expansions- und Kolonialpolitik Mussolinis zusammen, die nach außen hin hauptsächlich durch seine Tripolisfahrt und den Vertrag von Tirana (Nov. 1926) in Erscheinung trat. Namentlich mit dem letzteren verfolgt die faschistische Regierung mindestens ebenso wichtige wirtschaftliche als politische Ziele, nachdem Albanien reich an Kohlen und Petroleum ist, und sozusagen vor der italienischen Türe liegt. Schon während des Krieges hatte die italienische Marine dort wertvolle Ölfelder in der Gegend von Drachkowitza entdeckt und sich mit England in deren Konzessionen geteilt. Die Ausbeutung derselben durch die „SIMSA“ (Società Italiana della Miniera di Seleniza) mußte jedoch lange hinausgeschoben werden, weil die Italiener kurz nach Beendigung des Krieges durch einen albanischen Aufstand gezwungen wurden, das Land zu räumen, und weil die albanische Regierung zeitweise jede Ausfuhr von mineralischen Ölen verbot.

Die 1. Petroleumkonvention zwischen Tirana und Rom wurde im März 1925 perfekt. Wenige Monate später wurde die „Gestiona Autonoma Petroli Albania“ mit 30 Mill. Lire gegründet, welche die Nachforschungen in Albanien aufnahm. Gleichzeitig öffnete die Regierung die Grenzen für alle Art von Bohrgeräten, und verfügte, daß der sonst allgemein geltende 8 Stundentag auf die Arbeiter der Petroleumindustrie keine Anwendung zu finden habe.

Neben den genannten Gesellschaften operieren außerdem in Albanien noch die „Soc. Ital. Petroli Albania“ und die „Acienda Ital. Petr. Alb.“, deren Bohrtürme bei Penkowa und bei Trevlasari, beide unweit von Vallona, stehen, sowie endlich seit 1925 die „ALPA“, die direkt unter dem italienischen Verkehrsministerium steht. In der Konvention vom April 1925 mußte sich der Konzessionär zu beträchtlichen Leistungen verpflichten:

Gründung einer oder mehrerer Gesellschaften mit einem Kapital von mindestens 10 Millionen Goldfrancs,

Sondagen, im 1. Jahre des Betriebs von 1000 m, ansteigend bis 4000 m Tiefe im 4. und 5. Jahre, sowie

Errichtung einer Raffinerie in Albanien, sobald wenigstens 50 000 t der albanischen Produktion dazu zur Verfügung stehen.

Die italienische Tätigkeit in Albanien ist demnach auf diesem Gebiete ebenso intensive als offizielle und entspricht dem Protektoratsverhältnis, in welchem sich die beiden Staaten befinden.

In Rumänien ging die Regierung andere Wege. Sie versteckt sich dabei hinter der „AGIP“ (Acienda Generale Ital. Petr.), einer ursprünglich privaten Gesellschaft, die aber offiziös mit dem gesamten Kampfe Italiens um seine Versorgung mit flüssigen Brennstoffen betraut wurde. Sie hat alle früheren im In- und Auslande bestehenden Fabriken der Petroleumindustrie als Spitzeninstitut in sich aufgenommen, und ist seit 3. 8. 26 das italienische Nationalbüro für alle Petroleumangelegenheiten. Sie besitzt ein Kapital von 100 Mill. Lire, wovon 60% vom Staat und 20% von dem offiziösen „Nationalen Versicherungsinstitut“ zur Verfügung gestellt wurden.

Vor dem Kriege beschränkten sich die italienischen Interessen in Rumänien auf eine Beteiligung der „Petrolifera Italia“ an den rumänischen Gesellschaften „Prohawa“ und „Petroli Bukaresti“. Daneben bestand noch die „Petrolifera Italo-Roumana“ und die „Petrolifera Latina“, welche anfangs 1926 mit zusammen 40 Mill. Lei arbeiteten. Die „Prohawa“ hat nach dem Kriege große Gelände bei Gura-Ocnitci und Colibaneki erworben. Sie ist das produzierende Werk, während die „Petr. Bukaresti“ die Raffinage und eine 3. Gesellschaft „Atlas Petroli“ den Verkauf betreibt. Den Haupt-Coup landete Mussolini jedoch erst, als es ihm unter dem italienfreundlichen Kabinet Avarescu im Juni 1926 gelang, seine Petroleumpläne mit der Konsolidierung der rumänischen Handelsschuld an Italien zu verquicken. Es drehte sich dabei um die nette Summe von 157 Mill. Lire, die in 30 Jahresraten zu begleichen waren.

Er bot der rumänischen Regierung durch die Vermittlung der „AGIP“ eine Anleihe von 200 Mill. für 10 Jahre an, und es dauerte nicht lange, so wurde das Geschäft perfekt, indem Italien 2 wertvolle Ölkonzessionen in Rumänien zugesprochen erhielt, welche durch die „AGIP“ und die „Petroli Italia“ ausgebeutet werden sollen. Gleichzeitig hat sich auch die italienische Beteiligung an der „Prohawa“ von 120 auf 300, bei der „Petr. Buk.“ von 12 auf 25 und bei der „Atlas Petroli“ von 10 auf 30 Mill. Lei erhöht, so daß der italienische Einfluß in der Leitung dieser Gesellschaften der dominierende geworden ist. Rumänien wurde seinerseits dafür außer einem Handels- und Freundschaftsvertrag durch das sogenannte Bessarabien-abkommen entschädigt, durch welches ihm der Besitz seines territorialen Kriegsgewinnes im Osten garantiert wird.

Auch in Rußland hat Italien verschiedene Fäden gesponnen, um seine Ölvorsorgung in Zukunft zu sichern. Neu gegründet wurden die „Consorzio Utenti Nafta“ und die „Societa Nazionale Olii Minerali“, während bei einer dritten, der „Societa Minerva Italo-Belga“, die Konzessionen in Georgien besitzt, nur italienisches Kapital die Vorherrschaft hat.

Auch aus Persien bezieht Italien namhafte Mengen von Petroleum. Doch liegen z. Z. darüber keine detaillierten Nachrichten vor.

### Organisation von Öl-Handel und Industrie

Aus dem Gesagten erhellt zur Genüge, daß die italienische Regierung tatsächlich seit einigen Jahren eine ganz außergewöhnlich aktive Petroleumpolitik betreibt, und daß sie hier Saaten gestreut hat, welche in der Zukunft gute Ernten erhoffen läßt. Ob diese der Höhe der investierten Mittel entsprechen, ist heute noch nicht zu beurteilen. Aber das damit verfolgte Ziel wirtschaftlicher Selbständigkeit ist bei der Lage Italiens auch der höchsten Opfer wert.

Zunächst war die Regierung durch ihre Erwerbungen im Ausland vor die Notwendigkeit gestellt, in der Heimat auch die notwendigen Voraussetzungen zum Transport und zur Lagerung, zur Raffinage und zum Verkauf der hereinkommenden Rohstoffmengen zu schaffen. Zu diesem Zwecke soll die italienische Tankflotte, die gegenwärtig 250 000 t umfaßt, bis 1929 um 50 000 t erhöht werden. Die bestehenden Reservoirs verschiedener Gesellschaften, die, mehr als 20 an Zahl, die Bedürfnisse des Landes für 6 Monate zu decken vermögen, sollen ebenso bis Ende 1929 durch private und Neubauten der Marine verdoppelt werden. Mit dem Handel und der Raffinage sind 2 Filialen der „AGIP“ betraut, nämlich die „SNOM“ (Soc. Nazionale Olii Minerali) und die



„ROMSA“ (Raffineria Olli Minerali Fiume). Diese letztere spaltet sich wieder in eine Transportgesellschaft „SPEM“ (Soc. Petr. Esercizi Marittimi) und eine für den Verkauf, die „Soc. Commerciale Itala-Araba“. Sogar ein Absatzgebiet für das in Friedenszeit überschüssige Petroleum hat Italien bereits gefunden und ist auf dem besten Wege, in den Häfen des Roten Meeres das amerikanische Petroleum durch das russische, in Fiume raffinierte, zu verdrängen.

So verfügt Italien heute nach kurzer Arbeit bereits über eine weitverzweigte und großzügig aufgezugene Organisation, die alle Arten des Petroleumgeschäftes umfängt, und wohl geeignet ist, seine Abhängigkeit vom Ausland auf diesem Gebiete mit Erfolg zu bekämpfen.

Ein symptomatisches Zeichen macht sich dabei schon jetzt bemerkbar: die allmähliche Verschiebung der italienischen Öl-Importländer von Westen nach Osten. Zwar nimmt das amerikanische Öl zahlenmäßig heute noch immer den ersten Platz ein. Aber trotzdem ist sein Import seit 1923 um ein Neuntel zurückgegangen, während sich der holländische in derselben Zeit verdoppelte, der persische verdreifacht, der rumänische fünfmal und der russische gar 14 mal so groß geworden ist. Dieser Umstand leitet über zu dem letzten Gedanken, dem wir Ausdruck verleihen wollten, d. i. nach der Frage der

#### Sicherung der italienischen Seetransporte im Kriegsfall

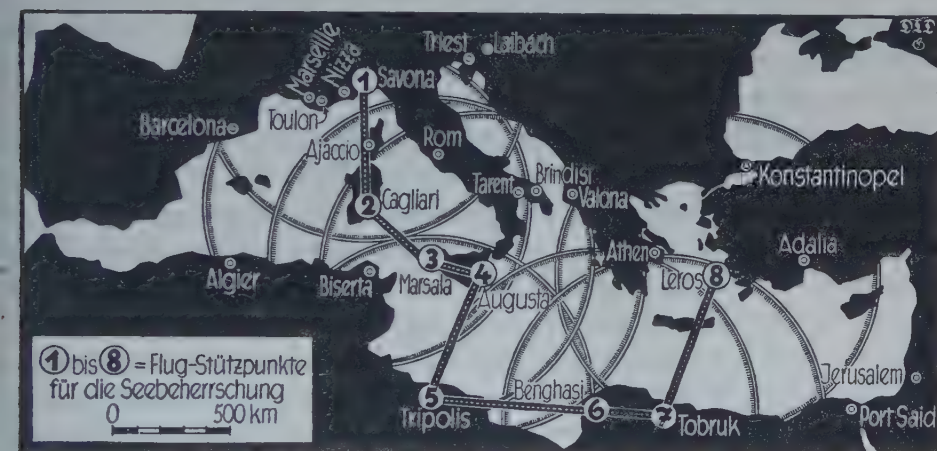
Die bewußte Auswahl von nur östlichen Ländern für die Petroleumversorgung Italiens zeigt von der systematischen Arbeit, die hier geleistet wurde. Auch Mussolinis Liebäugeln mit einem Protektorat über Syrien oder Palästina hängt mit seinen Rohstoffnöten zusammen, weil in absehbarer Zeit hier die Öl-Fernleitungen von Mossul irgendwo münden werden, und seine Verträge mit dem Yemen und Abessinien sollen ihm den Kaffee, die Baumwolle und andere Kolonialprodukte sichern, die sich in den italienischen Provinzen Afrikas nicht oder nicht genügend vorfinden.

Die Ansprüche des faschistischen Italien auf das östliche Mittelmeer sind bekannt. Mussolini sucht ihre Verwirklichung handelspolitisch, indem er die Zeiten der Venetianer und Genuesen noch einmal erstehen läßt, und die italienische Flagge wieder zu dominierender Stellung vom Schwarzen bis zum Roten Meer gebracht hat. Machtpolitisch, indem er sich bemüht, einen östlichen Mittelmeerblock unter italienischer Führung zu bilden. Militärisch endlich, indem er, die geographische Lage seines Mutterlandes ausnützend, im Kriegsfall die schmale Lücke zwischen Sizilien und Tunis mit Minenfeldern und

U-Booten absperrrt, und alles, was östlich davon liegt, zu einem Mare Romanum macht.

Gelingt dies, so braucht ihm um die Verbindung mit seinen Öl-Ländern nicht bange zu sein; namentlich wenn sich die rumänische Freundschaft aufrechterhalten oder das italienisch-griechisch-türkische Bündnis zustande bringen läßt. Für alle Fälle ist jedoch auch die italienische Luftwaffe auf einem Standpunkte der Organisation angelangt, welcher es gestattet, nötigenfalls den Schutz der Überseetransporte zu übernehmen.

Wir fügen hier zur Veranschaulichung eine Skizze bei, die nebst einigen statistischen Einzelheiten einer Artikelserie des „Le Temps“ aus der Feder des Obstlt.



Reboul entnommen und für gegenwärtiges Thema zurechtgemacht ist. Sie geht von der Erwägung aus, daß ein moderner Hydroplan 3000—3500 kg tragen, und selbst bei Berücksichtigung einer Ölreserve für 2 Stunden eine Entfernung von 1400 km zurücklegen kann. Was, ins Militärische übersetzt, so viel heißt, als daß er mit Besatzung, Bewaffnung und 600 kg Bomben einen Aktionsradius von 700 km besitzt. Zieht man nun von den italienischen Luftstützpunkten, deren Achse durch die Namen Savona (an der französischen Grenze), Cagliari (Sardinien), Marsala, Augusta, Tripolis, Bengasi, Tobruk und die Insel Leros bezeichnet wird, einen Kreis von 700 km Radius, so wird man sehen, daß durch diese Kreise die Oberfläche des Mittelmeeres theoretisch fast restlos gedeckt wird, d. h. daß es keinen geographischen Punkt auf demselben gibt, der nicht von einem oder zwei italienischen Flugzeugen zu gleicher Zeit

zu erreichen ist. Die italienische Beherrschung des Mittelmeers aus der Luft erstreckt sich demnach von Algier bis Port Said, von den Balearen bis Zypern und den Dodecanes, und von Barcelona bis Konstantinopel.

Ob die Praxis halten wird, was die Theorie verspricht, ist eine Frage für sich. Theoretisch ist nicht zu leugnen, daß sich das Rohstoffproblem Italiens dank der riesigen Anstrengungen seiner Regierung wesentlich gebessert hat.

#### ARPAD TÖRÖK:

##### *Ist ein selbständiges Kroatien möglich?*

Die Kräfte, die in Südslawien gegeneinander gerichtet waren und die Staatskrise heraufbeschwörten, sind für den Augenblick zum Stehen gebracht worden. Das neue Regime, welches über Nacht gekommen ist, hat sich die nicht geringe Aufgabe gestellt, die Staatskrise endgültig zu lösen. Ob ihm das gelingen wird, entzieht sich fast gänzlich der Beurteilung. Von einer geopolitisch-historischen Warte aus betrachtet, bleiben die alten Probleme — wenn auch nicht so aufdringlich — weiter bestehen. Das neue Regime kann allein durch seine Ideologie und seinen Willen dem Lande keine neue Physiognomie aufprägen. Immerhin bleibt für das neue Regime als günstige Voraussetzung der Umstand, daß der Bogen von beiden Seiten entschieden überspannt wurde. Das was in den Kämpfen der Tagespolitik zum Ausdruck gelangte, war eine fast hysterische Überpotenzierung des Tatsächlichen: die wirklichen Probleme des Staates sind nicht so gewaltig, wie sie hier zum Ausdruck kamen. Das Grundproblem des Staates, das Zusammenleben zwischen Serben und Kroaten, wurde im politischen Tageskampf bis zur Idee eines unabhängigen Kroatiens zugespitzt. Wie problematisch dieser Gedanke auch immer sein mag, er ist vorhanden und ist schließlich auch, als Ultima ratio, aus einer theoretischen Betrachtung nicht auszuschalten.

Es kann daher nicht ohne Interesse sein, eine Untersuchung über die Möglichkeit einer selbständigen kroatischen Staatsexistenz anzustellen. Im südslawischen Staate gibt es ungefähr 2 700 000 Kroaten. Nehmen wir nun an, daß davon 2,5 Mill. im geschlossenen Siedlungsgebiet wohnen, so wäre das die Einwohnerzahl eines selbständigen Kroatiens. Es gibt zwar Staaten in Europa, die eine geringere Bevölkerungszahl aufweisen, auch ist die frühere Halbstaatlichkeit des kroatisch-slawnischen Kerngebietes (staatsrechtliche Sonderstellung



im alten Ungarn) eine nicht ungünstige Vorbedingung staatlicher Lebensfähigkeit, trotzdem wird man ein schweres Bedenken gegen die Kleinstaaterei in diesem Wetterwinkel Europas nicht unterdrücken können. Die Zeit ist heute nicht günstig für Kleinstaaten, insbesondere wenn sie arm sind und keine staatlichen Traditionen besitzen. Vor allem stellt die Eigenstaatlichkeit gewisse finanzielle Anforderungen an die Bevölkerung, die innerhalb bestimmter Grenzen von der Größe des Staates unabhängig sind, auf einem Kleinstaat daher viel schwerer lasten. Mit der Eigenstaatlichkeit ist sogleich eine nationale Wirtschaftspolitik verbunden, die dem Handel neue Schranken stellt und, infolge der künstlich verursachten Irrationalität der Volkswirtschaft, die Lebenslage der Bevölkerung herabsetzt. Diese Wirtschaftslage führt dann aus sich selbst zu größerer Abhängigkeit vom Ausland, denn es müssen Anleihen aufgenommen werden, für die eine verhältnismäßig geringe Sicherheit geboten werden kann, die mangelnde Sicherheit wird dann durch politische Willfähigkeit ausgeglichen. Es werden auch neue internationale Probleme heraufbeschworen. Die Geburt eines neuen Staates kann so schmerzlos vor sich gehen, daß sie nicht auf der einen oder anderen Seite Wunden hinterlassen würde. Sollte aber auch das nicht der Fall sein, so entstehen in der geopolitischen Sphäre des neuen Staates neue oder erneuerte Aspirationen fremder Staaten, die aufleben können, weil der Widerstand in dieser Sphäre eben schwächer geworden ist. Also eine neue Kampffront für internationalen Hader. Und last not least, der neue Staat kann selbst Komplikationen heraufbeschwören, weil all seine ihm berechtigt erscheinenden Forderungen gewiß nicht befriedigt sind.

Aber trotz alledem! Wenn ein Volk einmal fest entschlossen ist, ein eigenstaatliches Dasein zu führen, wenn dieser Drang auch noch einen geschichtlichen Halt hat, so wird es auf die Dauer immer schwerer, ein solches Volk innerhalb staatlicher Grenzen festzuhalten, aus welchen es herauswill. Das Recht auf Selbstbestimmung kann ihm auf die Dauer nicht verwehrt werden! Von diesem Standpunkt aus ist es nicht leicht, ein gerechtes Urteil über die vermutlichen kroatischen Bestrebungen zu fällen. Kroatien hat im Vorkriegs-ungarn eine staatsrechtliche Sonderstellung genossen. Aus dieser Lage heraus, von der es keineswegs befriedigt war, hat es sich ein politisches Ideal geformt, welches sehr ähnlich einem selbständigen Kroatien war. Man kann auch nicht behaupten, Kroaten und Serben wären eine Nation, will man unter dem Begriff der Nation mehr als Rassenverwandtschaft verstehen. Trotzdem muß als Aktivum der staatlichen Einheit die Rassenverwandtschaft, das gemeinsame

Siedlungsgebiet und nicht weniger auch die bereits historisch verankerte kulturelle und politische Bestrebung nach Schaffung einer einheitlichen Nation und eines einheitlichen Staates, das ist also die südslawische Idee, gewertet werden.

Man kann die Behauptung aufstellen, ohne dabei zu übertreiben, daß es vom geopolitischen und pazifistischen Standpunkt nicht nur Europas, sondern der betreffenden Völker selbst ein Glück ist, wenn in diesem Teil Europas die südslawischen Stämme einen einheitlichen Staat bilden. Wir können nicht umhin, den Kroaten gegenüber den Verdacht zu schöpfen, daß ihre Bestrebungen nach Eigenstaatlichkeit nicht ganz ernst gemeint sind, sondern als taktisches Mittel verwendet werden, um bei dem inneren Umbau des Staates günstig abzuschneiden: so selbstverständlich erscheint es, daß der heutige Staat eine Lebensnotwendigkeit der drei Stämme ist. Das ergibt sich bei der Betrachtung jener Probleme, die im Falle einer staatlichen Neugründung heraufbeschworen werden. Vor allem tritt für dieses Gebiet sofort eine serbische Frage auf, die schon durch die Grenzziehung akut werden dürfte. Die Kroaten bewohnen das historische Kroatien-Slawonien, Dalmatien und einen kleinen Teil von Bosnien. Es wird nicht leicht sein, eine solche Linie zu ziehen, daß auf der einen oder anderen Seite keine Minderheit des anderen Stammes zurückbleibt. Wird aber kein gerechter Ausgleich geschaffen, was schon sachlich kaum möglich ist, so treten sofort Aspirationen auf das noch unerlöste Gebiet auf. Besonders schwierig wird sich die Sache in dem östlichen Teil Kroatiens gestalten. Dieser Teil befand sich früher innerhalb des staatsrechtlichen Gebietes von Kroatien-Slawonien, es wird aber zum großen Teil von einer serbisch-orthodoxen Bevölkerung bewohnt. Die Kroaten werden dieses Gebiet auf Grund des historischen, die Serben auf Grund des nationalen Rechtes anfordern.

Noch größere Schwierigkeiten dürfte die Hafenfrage bereiten. Serbien hat seit jeher um einen Ausgang zum Meer gekämpft. Es ist sogar vielfach zu einem Dogma geworden, daß die alte Spannung zwischen Serbien und der österreichisch-ungarischen Monarchie auf die wirtschaftliche und verkehrspolitische Isolierung Serbiens zurückzuführen ist. Vor dem Weltkriege stand es schon fest, daß man Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer gewähren muß. Trotz der langen Adriaküste hat der südslawische Staat auch nach dem Weltkriege einen harten Kampf um einen günstigen Hafen geführt. Die italienische Besetzung Fiumes wurde nicht ohne weiteres hingenommen, sondern man führte einen politischen und diplomatischen Kampf, um die südslawischen

Rechte auf den Hafen von Fiume durchzusetzen. Zu gleicher Zeit wurde auch ein diplomatischer Kampf um einen freien Ausgang an das Ägäische Meer geführt. Es wurde wiederholt der Versuch gemacht, mit Griechenland ein diesbezügliches Übereinkommen zu treffen. Zur Zeit der Diktatur Pangalos' hat Südslawien besonders günstige Bedingungen erlangt, die aber nach dem Sturz der Diktatur wieder verloren gingen.

Wie sehr sich gerade das historische Serbien um einen eigenen Hafen, auch im heutigen Staate, bemüht, beweist der Umstand, daß gewisse serbische Kreise den Ausgangspunkt des bekannten Bahnprojekts Adria-Hafen—Belgrad nicht in Spalato, sondern in dem südlicher gelegenen Cattaro wissen wollen. Dieses Projekt ist vom wirtschaftlichen Standpunkt viel ungünstiger als jenes mit Spalato, hat aber den Vorteil, daß die Linie durch serbisches Siedlungsgebiet führt. Treten nun die Kroaten aus dem Staatsverbände aus, so wird die Hafenfrage für Serbien sofort akut. Ist das Bahnprojekt nach Cattaro auch ein Wunsch der Nationalisten, so wird seine Verwirklichung in einem kleineren Staate als es der heutige ist, ungemein schwieriger. Vor allem wird es nicht leicht fallen, ein so kostspieliges Bahnprojekt, welches weder vom Standpunkt einer finanziellen Rentabilität, noch von dem einer volkswirtschaftlichen Rationalität gerechtfertigt erscheint, zu verwirklichen. Dazu kommt noch, daß der Hafen Cattaro, als einziger Hafen des doch über die Vorkriegsdimension hinausgewachsenen Serbiens, unmöglich genügen kann. Der heutige Staat verfügt über fünf Häfen, während der verbleibende serbische Staat, der mehr als 60 % der heutigen Bevölkerung umfassen dürfte, mit einem kleinen, schwer zugänglichen Hafen sein Auslangen finden soll. Es muß nicht besonders erwiesen werden, daß hier Keime eines gewaltigen Konfliktes gelegt sind. Serbien wird ohne Zweifel den Hafen von Spalato mit womöglich einem Korridor dorthin beanspruchen. Dringt diese Forderung durch, so wird kroatisch-nationales Gebiet einverleibt und durchquert. Das wird Unzufriedenheit bei den Kroaten auslösen. Wird aber Serbien dieser Hafen verweigert, so wird es einen ewigen Kampf um diesen Hafen führen.

Von einem engeren nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus muß man zugeben, daß die Verteilung der einzelnen Wirtschaftszweige auf dem für ein selbständiges Kroatien in Betracht kommenden Gebiete ziemlich günstig ist. Ein beträchtlicher Teil der heutigen südslawischen Industrie liegt auf diesem Gebiete, das gleichzeitig eine ansehnliche landwirtschaftliche und Rohstoff-Produktion aufweist. Dazu kommt das relativ lange Adriaufer mit seinen Ver-



kehrsmöglichkeiten und der nicht zu unterschätzende Fremdenverkehr, der sich in Südslawien fast restlos auf das dalmatinische Adriagebiet erstreckt. Ein günstiger Umstand ist auch, daß dieses Gebiet kaum nennenswerte passive Gegenden hat, während solche in Bosnien und Montenegro vorhanden sind. Diese Gebiete müssen in schlechten Jahren staatliche Zuschüsse erhalten, um die Bevölkerung vor dem Ärgsten zu bewahren. Diese ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte zuungunsten Serbiens wird dieses zwingen, die östliche Spitze Kroatiens mit seiner serbischen Bevölkerung und relativ hoch entwickelten landwirtschaftlichen Produktion auf alle Fälle für sich zu fordern.

Sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein selbständiges Kroatien auch nicht gerade ungünstig zu nennen, so ist die geopolitische Lage die denkbar schlechteste. Das kroatische Siedlungsgebiet erstreckt sich im Norden zwischen der Drave und der Save, im Süden entlang des Adriaufers. Es bildet einen spitzen Winkel mit zwei stark vorgeschobenen, sich nach vorne verschmälernden Flanken. Diese Lage ist an und für sich ganz ungeeignet für selbständige Staatsbildung. Eine historische Neugeburt in solcher Lage, ohne historische staatliche Tradition, ohne Freunde und ohne jedwede Autorität ruft unwillkürlich die Expansionsgelüste imperialistischer Nachbarn heraus. Erschwert wird diese schon theoretisch ungünstige Lage durch die konkreten Nachbarn. Im Inneren des spitzen Winkels liegt Serbien, dessen Ansprüche kaum voll befriedigt werden können. Viel größer ist die Gefahr, die seitens Italien droht. Der Gegensatz, der heute zwischen Italien und Südslawien besteht, ist eigentlich ein solcher zwischen Italien und den Stämmen der Kroaten und Slowenen. Wie bekannt, wurde im Londoner Pakt Italien ein großer Teil des heutigen südslawischen Adriaufers zugesprochen, der dann später, infolge Eingreifen des südslawischen Komitees, dem zukünftigen südslawischen Staat zuerkannt wurde. Nun ist aber diese Adriatendenz Italiens keine Augenblickserscheinung, aus einer spontanen Stimmung entsprungen, und daher auch nicht leicht zu überwinden. Auch wenn man Italien eines ungerechtfertigten Imperialismus bezichtigt, der italienische Drang nach dem östlichen Adriaufer ist so tief verwurzelt, daß ein sittliches Urteil allein weder die Italiener ändern, noch die Sicherheit des kroatischen Staates steigern kann. Bei der geistig-seelischen Anlage des italienischen Volkes ist ein Verzicht auf dieses alte Ideal schon deshalb äußerst schwer, weil das östliche Adriaufer einstens unter venezianischer Herrschaft stand und die Kultur dieses Gebietes bis in die letzte

Zeit einen ausgeprägt italienischen Charakter trug. Zu diesen historischen Umständen, die zur italienischen Mentalität vielfach beigetragen haben, kommt noch der Glaube Italiens, daß der Besitz des östlichen Adriaufers aus Gründen der politischen und militärischen Sicherheit des Landes notwendig ist. Zu dieser historischen Unterlage gesellt sich in der Gegenwart auch noch ein besonders starkes Expansionsstreben der italienischen Nation, dessen Ziel unter anderem auch der Balkan ist.

Es bleibt sich nun gleich, ob Italien am östlichen Adriaufers einen weiteren Vorstoß unternimmt oder nicht; es mag sein, daß es von einer internationalen öffentlichen Meinung davon zurückgehalten wird. Eine sorglose und gesicherte Zukunft wird es aber für den kroatischen Staat trotzdem solange nicht geben, als die traditionelle Mentalität und der imperialistische Drang in Italien vorherrschen. Ein solcher Nachbar, auch wenn er sich Zwang auferlegt oder unter dem Drucke fremder Gewalten ruhig bleibt, wird niemals das Gefühl der Sicherheit aufleben lassen. Wenn nun das, was wir von Italien gesagt haben, auch für den heutigen südslawischen Staat volle Geltung hat, so ist die Gefahr, die sich daraus ergeben kann, für den kleinen kroatischen Staat naturgemäß viel größer. Dazu kommt noch, um die Lage schwieriger zu gestalten, die Nachbarschaft Ungarns. Es ist zwar keineswegs anzunehmen, daß Ungarn seine Revisionsbestrebungen auch auf Kroatien ausdehnt oder ausdehnen wird, aber der Drang an die Adria bleibt eine Tatsache, die unabhängig von jeder Augenblickspolitik ist. Dieser Drang macht Ungarn zum natürlichen Verbündeten Italiens. Es ist ja keineswegs notwendig, daß dieser Drang oder dieses Bündnis mit kriegerischen Absichten verbunden ist, aber auch hier genügt die Tatsache schon, um den Mangel eines Sicherheitsgefühls zu steigern.

Was wird aber ein Staat, eine historische Neuschöpfung, die mit solchen Mängeln behaftet ist, anfangen, um sein unabhängiges staatliches Dasein zu erhalten und zu sichern? Entweder er liefert sich den ihm gegnerischen Mächten aus oder er schließt sich einer Mächtekoalition an, mit der Spitze gegen seinen Gegner. Im ersten Falle wird es für Kroatien nur eine Scheinunabhängigkeit geben. Das Beispiel Albanien ist so beredtsam, daß es keiner weiteren Erläuterung bedarf. Sucht aber Kroatien einen engeren Anschluß an die Italiengegner, so ist damit der potentielle Krieg schon vorhanden. Eine solche Koalition bedeutet nicht nur Sicherung, sondern auch Bedrohung. Die Konfliktstoffe werden gehäuft, die Rüstung verstärkt, die Kriegsgefahr näher gebracht. Eine solche außenpolitische Einstellung mit damit notwendigerweise verbundener

Rüstungssteigerung führt zu verschärfter Anspannung der finanziellen Kräfte des Landes, in seiner weiteren Folge zu starker Verschuldung, und, was damit bei armen Kleinstaaten verbunden ist, zur politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit.

Die letzte und schwierigste Frage auch für Kroatien bleibt die Zukunft Sloweniens. Diese Provinz schließt im Westen des Staates unmittelbar an Kroatien an und müßte seine Verbindung mit Serbien verlieren. Die Slowenen sind zwar keine Anhänger des Zentralismus, sie wollen aber auch aus dem Staatsverband nicht heraus. Sollte es also zu einer Änderung kommen, so werden sie vor die Frage gestellt, sich entweder an den kroatischen Staat anzuschließen, sich ebenfalls selbständig zu machen, oder in irgendein staatsrechtliches Verhältnis zu Serbien treten, also eine Exklave dieses Staates bilden. Ein Anschluß an die Kroaten wäre zwar nicht ausgeschlossen, doch wäre das dann kein unabhängiges Kroatien, sondern doch wieder eine südslawische Föderation, und es ist nicht einzusehen, warum der größte Stamm, die Serben, davon ausgeschlossen bleiben sollen. Wie die staatsrechtliche Lage in diesem Falle zwischen Kroaten und Slowenen auch immer sein mag, das gleiche Verhältnis ließe sich auch zu den Serben herstellen. Ein selbständiger slowenischer Staat, mit etwas über 1 Mill. Einwohner, würde auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen als der kroatische. Die Slowenen bewohnen ein Gebiet, welches zwei große Völker, die Deutschen und die Italiener, trennt. Ihr Staat würde nicht einmal über jene historische Tradition verfügen, über welche die Kroaten verfügen, die vorher immerhin ein halbstaatliches Dasein führen konnten. Die Slowenen sind zwar ein tüchtiger und der kultivierteste Stamm der Südslawen, für ein so kleines Volk kann es aber keine leichte Aufgabe sein, sich neben zwei Großvölkern aus eigener Kraft politisch und national zu erhalten. Tritt aber Slowenien in ein engeres Verhältnis zu Serbien, so haben wir doch wieder eine südslawische Föderation, mit dem Ausschluß des mittleren verbindenden Stammes. Ist eine solche Lage für Slowenien auch nicht besonders günstig, so ist sie in gleichem, wenn nicht in größerem Maße für Kroatien ungünstig.

Wir sehen, wie die Lösung des kroatischen Staatenproblems auch immer erfolgen mag, es würde auf dem heutigen Staatsgebiet eine internationale Konstellation entstehen, die an sich nicht widerspruchsvoller sein könnte und deren einzige, sinnvolle Lösung doch nur die Vereinigung der drei Stämme zu einem Staate wäre. Wozu aber die Krise heraufbeschwören, wenn ihre Lösung doch nur die heutige Synthese sein könnte? Neigte man in Südslawien



auch eine Zeit hindurch dahin, die Bedeutung der südslawischen Idee für Entstehen und Bestand des Staates zu überschätzen, so darf man nicht in den entgegengesetzten Fehler fallen, die Bedeutung dieser Idee zu unterschätzen. Sie ist ein Aktivum, welches den Staatszusammenhalt allein zwar nicht garantieren, aber richtig verwaltet, zu einem kräftigen Staatsgedanken ausreifen kann. Es ist nicht einzusehen, warum man auf die Kraft des Aktivums verzichten soll, wenn nicht nur dieses selbst, nicht nur weltpolitische Vernunftgründe, sondern auch die Entwicklungstendenz unserer historischen Epoche für die Synthese alles dessen spricht, was irgendwie eine gemeinsame Grundlage besitzt und mit etwas gutem Willen auch auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden kann.

HEINRICH ZILlich:

*Die kulturelle Aufgabe der Deutschen in Rumänien*

Um die Lage der deutschen Minderheiten in Rumänien zu verstehen, ist es notwendig, den Grund klarzustellen, der zu ihrer Ansiedlung führte und der zum Teil durch Jahrhunderte bis in die Gegenwart fortwirkend den Charakter der Siedler bestimmt hat.

Osteuropa war und ist heute noch Interessengebiet der binnendeutschen Landschaft. Im frühen Mittelalter, nach der ungarischen Invasion, äußerte sich dies vorerst in kultureller Ausstrahlung: in der Christianisierung der Ungarn, Slaven und Balkanvölker; allerdings ist noch eine zweite Einflußquelle — die byzantinische — zu bemerken, die sich ungefähr an den Ostkarpathen von dieser römisch-katholischen abgrenzt, die durch deutsches Gebiet floß und deutsche Kultur mittrug. In dem Maße, wie sich das Gebiet westlich und nördlich der siebenbürgischen Karpathen politisch konsolidierte, bleibende staatliche Bindung fand, teils unmittelbar unter deutscher Hoheit, — wie im Gebiete der heutigen Tschechoslowakei — teils unter eigenen Fürsten — wie Polen und Ungarn — verstärkte sich das deutsche kulturelle Übergewicht und zog allmählich das politische nach. Die Nationalität war noch nicht so stark gefühlt wie heute, der werthaftere Geist, der arbeitswissendere Arm, die größeren Kenntnisse und die begabtere Rasse verführten die Ostvölker; sie waren ihrer Bedeutung auch bewußt. Das heißt nun: der Deutsche erkannte, daß das Land an den Ostgrenzen bis nach Rußland hinein seiner bedurfte, daß er es daher wesentlich bestimmen konnte.

Dies war der Reichsleitung klar, aber das Wunderbarste an der Eroberung Osteuropas leistete das Volk. Was immer die Auswanderer aus dem Reiche trieb, Not, Bedrückung, vor allem der tragische Raummangel der Deutschen, — sie kamen, in der Heimat vielleicht kleinste Leute, als Herren in die neuen Gebiete. Als Herren oft auch durch Privilegien, aber immer auf Grund ihrer Kultur. Den preußischen Osten germanisierten sie, im südlichen Osteuropa legten sie, zum Teil schon vor der preußischen Kolonisation, das Fundament für das spätere Großösterreich.

Eine solche Kolonisation geschah äußerlich mit tausend Mitteln: Waffengewalt, Unterdrückung — immer aber wandelte sie sich um in lebensformende Gebilde. Wie am Anfang großer Weltherrscher der Kampf steht, der erst nachträglich durch staatliche Gestaltung gerechtfertigt wird, so auch bei diesen ersten mittelalterlichen Landnahmen.

Aus solchen frühen Vorkämpfen stammen die zwei auffallendsten deutschen Auslandsiedlungen: die balusche und die siebenbürgische.

Die Balten erlebten das Los der Kulturbringer, die jahrhundertlang nicht bloß Herren ihrer Landschaft, sondern bis zur eben abgeschlossenen Zeitepoche eine wichtige Führerschicht Rußlands bildeten, in grauenhaftem Ausmaße nach 1917. Die Bolschewisierung Rußlands und die Schaffung der kurländischen Randstaaten vertilgte ihre Sitze, ihren Einfluß und ihr Leben bis auf einen Rest, der sich heute in winzigen Verhältnissen wieder seines Platzes zu behaupten begonnen hat. Im mitteleuropäischen deutschen Gebiet ist dieses tragische Geschick mit derselben Blindheit betrachtet worden wie andere Vorpostenkämpfe des eigenen Volkes.

In Siebenbürgen drangen — und dadurch liegen die Verhältnisse hier günstiger und für eine große deutsche Politik schicksalhaft griffbereit — gerufen um 1140 und später, Bauern und kleines Volk ein, nicht wie im Baltenlande erobernde Ritter\*), die über einer national fremden Unterschicht seßhaft wurden. In Siebenbürgen empfing deutsches Bauernvolk schwach- oder unbesiedeltes Land, rodete es und wuchs in sich und nach außen zu einem lebenden Organismus in ganzer vielfältiger Gliederung. Gewisse Strecken des Landes, der Süden, Teile der Mitte und des Nordens, wurden zu seinem Nutzen ihm untertan als deutsch-autonomes Land. Durch dieses Privileg geschützt, konnte sich ein deutsches staatsähnliches

\*) Mit einer Ausnahme! Kronstadt und Umgebung ist die Kolonisation — und zwar die erste — des deutschen Ritterordens unter Hermann von Salza, allerdings fast 100 Jahre später. Der Orden wurde aber nach wenig Jahren vertrieben und begann dann seine preußische Arbeit, während seine deutschen Bauern in Kronstadt zurückblieben.

Gebilde bilden. Siebenbürgen selbst blieb noch bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts staatlich selbständig, wurde dann österreichisches Kronland, von einem Gouverneur verwaltet, den erst das Jahr 1867 absetzte, als Ungarn das Gebiet einverleibte.

Siebenbürgen hatte in seiner mittelalterlichen Verfassung, die im wesentlichen auch bis 1867 geltend blieb, drei rechtsbesitzende und rechtsschaffende Stände: die ungarischen Adligen, den ungarischen Grenzstamm der Szekler und die Deutschen; diese wohnten auf dem deutsch-autonomen Gebiete, auf dem Königsboden, und wurden Sachsen genannt, obwohl ihre Mundart eher auf die Rhein-egend als Stammland hinweist. Die drei Stände regierten miteinander, manchmal gegeneinander. Die Rumänen des Landes waren leibeigen, aber noch nicht die Mehrzahl der Bewohner.

Der kulturelle Knotenpunkt in jeder Beziehung lag bei den Sachsen. Sie bauten Städte und in beinahe jedem ihrer Dörfer Burgen, die heute noch stehen; sie trieben Handel bis weit hinaus in den Orient, errichteten Schulen. Die Städte wurden uneinnehmbar. Einzelne von ihnen widerstanden den Türken, obwohl selbst Budapest viele Jahrzehnte besetzt war, und hatten eine Bevölkerungszahl, die den deutschen Handelsorten nicht nachstand. Kronstadt war noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts die volkreichste Stadt Ungarns. Die Städte waren aber, was wichtiger ist, deutsch. Andere Völker durften sich innerhalb ihrer Mauern nicht ansiedeln, kein Fremder Land auf ihrem Gebiete erwerben. Aus diesen rechtlichen Stützen stammt die unglaubliche Widerstandskraft der Sachsen trotz ihrer geringen Gesamtzahl, die früher nie über zweihunderttausend betrug, erst heute um 50 000 mehr aufweist.

Dabei aber hämmerten Kämpfe, Notzeiten, Bürgerkriege dieses Häuflein zu einem auch im Wesen einheitlichen Volk, dem Blick für politisches Handeln ganz entgegen der sonstigen deutschen Art angeboren wurde, weil es ununterbrochen seiner Haut sich wehren mußte und im Brennpunkt der europäischen Politik stand, als die Türken über sie hinwegstürmten. Damals nannte der Papst Hermannstadt das „Bollwerk der Christenheit“.

Weil aber der Hintergrund dieser politischen Disziplinierung, aus dem die führenden Männer stiegen, ein Volk war, von jeher frei — es gab keine Leibeigenschaft unter Sachsen —, so regten sich nicht bloß die Spitzenkräfte. Die Gesamtheit stellte einen lebendigen Kosmos dar, auch auf kulturellem Gebiete. Es gibt Zeugnisse davon in den Kirchen — vor allem die gotische „Schwarze Kirche“ in Kronstadt —, dann in Schmuckstücken, Profanbauten, im „Eigen-



landrecht der Sachsen“, im ganzen bis heute bewahrten Bestand. An geistiger Tat wichtigst war die einmütige und reibungslose Durchführung der Reformation kurz nach der reichsdeutschen. Dieses Ereignis hat hier vorwiegend politische Bedeutung. Als nach den Türkenkriegen mit Österreichs Eindringen die sächsische Macht sank und späterhin die Aufklärung allmählich sächsische Staatsrechte abbaute, schließlich die territoriale Autonomie zerschlagen wurde, jeder Sachse nur Bürger, gleichgestellt den übrigen, war, wurde die evangelische Eigenkirche die äußerliche Sammelorganisation, gewissermaßen die staatsvertretende Zusammenfassung der Sachsen.

Die Neuzeit zerschlug nicht bloß die Autonomie, sondern auch die europäische Wichtigkeit Siebenbürgens. Es war nicht mehr das Einfallstor östlicher Feinde, nicht mehr das Durchzugs- und Umschlagsland des östlichen Handels.

Diese Provinzialisierung wirkte zurück auf die Sachsen bis zur Gegenwart. Staatliche Notwendigkeit besaßen ihre Siedlungen nicht mehr. Sie waren „Provinz“ geworden, der ungarischen Krone wohl wichtig als gute Arbeiter, aber nicht mehr als Stand, als Bürger, nicht mehr als Führer und Herren. Deshalb erfuhren sie, wenn schon nicht in so scharfer Art wie andere nationale Minderheiten Ungarns, auch die entnationalisierende Politik Ungarns an sich; ohne innerlich Schaden zu leiden. Äußerlich drangen Ungarn und Rumänen in ihre Städte und Dörfer; die Siedlungen wurden zwei- und dreisprachig, doch der ideelle Zusammenhalt verschränkte sich noch mehr, weil er der einzige war.

Ihre kulturelle Bedeutung aber verlor nichts an Wert. Die Randvölker Deutschlands haben alle eine im wesentlichen durch Deutschland vermittelte Kultur, welche Sprache sie auch sprechen. Ja man kann mit einiger Übertreibung sagen, daß die Tschechen, Ungarn, Kroaten usw. eine in ihre Sprache übersetzte deutsche Kultur haben. Ist nun aber der innere Kern ihres kulturellen Bestandes deutsch, so muß eine deutsche Siedlungsinsel diese Wesenheit noch verstärken, besonders in den davon nur geringer berührten unteren Schichten der fremden Völker. Auf die Spitzen der um sie gelagerten Völker braucht sie gar nicht einzuwirken, diese können ihr überlegen sein an Macht, ja selbst an Kultur, aber das Volk ist es nicht. Die Spannung zwischenden Führern und der Masse ist im Osten sehr groß. Diese von westlicher Kultur nur angerührte Masse, diese nur gefühlsmäßig dahin gerichtete Menge zu erziehen, höher zu heben, ihr ein bewußtes und gestaltetes Leben vorzuleben — das ist aus den Aufgaben der deutschen Ansiedlungen übriggeblieben, nachdem die politischen und soldatischen längst verloren sind.

Sie als Vorposten Europas im Osten geben ununterbrochen dem Kampf gegen die Restbestände byzantinischen Geistes Nahrung. In dem gärenden Balkan, der sich seit Jahrzehnten zu europäisieren bemüht und aus verschiedenen Gründen noch immer weit davon entfernt ist, moralisch und geistig die westliche Höhe zu erreichen, sind die deutschen Ostsiedler die ungewollten Vorbilder, das Beispiel eines Lebens auf höherer Ebene.

Diese Aufgabe wurde nach dem Kriege zu schicksalhafter Last. Die neue Staatskarte dehnte den Osten und Ostgeist, der ja innerhalb des österreich-ungarischen Gebiets am Balkanrande auch schon fühlbar war, plötzlich weit nach Europa hinein, weil Staaten, deren Geistigkeit „östlich“ ist, über altösterreichische Landstriche herrschend wurden. Allerdings entspricht dieser Bewegung eine sehr kräftige und sicherlich auf die Dauer siegreiche Gegenbewegung, denn durch die räumliche Herrschaft über vorwiegend mitteleuropäisch, also kulturell deutsch gerichtete Striche wurde deren Einfluß auf die alten Balkangebiete losgelöst und kann sich ungehindert durch staatliche Begrenzung von Mensch zu Mensch auswirken. Das äußert sich auch in der politischen Parteigruppierung der neuen Staaten. So ist zum Beispiel in Rumänien ein Gegensatz zwischen den Westrumänen — das sind diejenigen, die unter Österreich-Ungarn standen — und den Altrumänen des früheren kleinen Reiches fühlbar. Er verästelt sich in viele Fragen der Anschauung, in die Einstellung zum Staate, zur Verwaltung, zur Lebensführung, im Ideellen also. Doch dringt er über die territoriale Gebundenheit hinaus, er geht wie jeder Kulturkampf von Mensch zu Mensch weiter. Daher wurde die anfangs „siebenbürgische“ Nationalpartei der Rumänen sehr bald eine auf das ganze Staatsgebiet übergreifende Organisation. Das heißt: die Scheidung zwischen West und Ost ist horizontal geworden, der Westen ist vorgedrungen, wenn auch die staatliche Praxis im allgemeinen noch in den Händen der Altrumänen liegt\*). Das Offizielle, das Technische, die sichtbare Tätigkeit ist noch östlich, infolge der Beharrlichkeit der bürokratischen Maschine, die vom Altreich auf die neuen Gebiete ausgedehnt wurde, in dem Moment, wo diese durch die Einverleibung widerstandslos waren.

Bedeutsam wird diese kulturelle Auseinandersetzung zwischen West und Ost aber durch die Deutschen. Und hier sprechen nicht mehr nur die Siebenbürger Sachsen mit.

---

\*) Der Regierungswechsel, der mit Maniu die nationale Bauernpartei an die Spitze stellte, wird die europäische Tendenz wahrscheinlich nicht bloß äußerlich verstärken.

Im Banat, das zur Hälfte auch an Rumänien fiel, hatte Maria Theresia Schwaben angesiedelt, die 1918 nahe daran waren, völlig magyarisiert zu werden. Sie siedeln geschlossener als die Sachsen, sind wirtschaftlich reicher; aber jene aus Jahrhunderten gewonnene Legitimität eigener Zusammengehörigkeit, die den Sachsen jedes Aufgeben des deutschen Volkstums verbot, fehlt ihnen, weil sie nicht politisch selbständig waren. Solange noch Österreich das Banat verwaltete, blieben sie deutsch; als Ungarn Herr wurde, wurde die gebildete Schicht aufgesogen. Der rasche Verfall ist aber durch den Regierungswechsel nicht allein erklärlich. Die Sachsen waren in ritterlicher Zeit als Grenzwacht berufen worden, die Schwaben in einem schon bürokratischen Jahrhundert als Roder des durch die Türkenkriege entvölkerten Landes, wohl auch — aber nur nebenbei — als Grenzschutz und ohne jene Überfülle von Aufgaben staatlicher Art, die den Sachsen überantwortet war. Für die Schwaben regierte Wien, man machte sie nicht mündig.

Erst die vollendete demokratische Idee, die nach dem Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufstellte, wirkte an den Schwaben ein Erneuerungswunder, dem allerdings ein sachlicher Umstand beistand. Der sachliche Umstand war dieser: Rumänien, der neue Herrscher des Landes, sah lieber Deutsche in seinem Westland als Ungarn und unterstützte die deutsche Propaganda, die — wunderbar trotz aller Politik — ein aufnahmeberechtigtes Ohr bei den schon halb entvolkten Schwaben fand. In kürzester Zeit war der an Rumänien gefallene Teil der Schwaben, rund 310 000 Menschen, wieder deutschgesinnt, die ungarische Zwangssprache der Schulen aufgehoben, deutsche Mittelschulen gegründet, und ein oft jugendlich unbedachtes Volksempfinden glühte seltsam wild neben dem bedächtigen und bewußten der Sachsen.

Wie sich im einzelnen der neue Staat, seine nicht zur Unterstützung der Minderheiten geneigte Politik, mit den Deutschen auseinandersetzt, daß ihr Leben keineswegs rosig ist, interessiert nicht in diesem auf die kulturellen Strömungen gerichteten Zusammenhang. Für diesen ist aber wichtig, daß zwei größere deutsche Siedlungsblöcke, der siebenbürgische und der im Banat, bewußt national gerichtet, in Rumänien eingingen. Außerdem schließen sich ihnen — auch politisch mitvereinigt in einer deutschen Partei — deutsche Siedlungsgruppen in der Bukowina, in Bessarabien und in der Dobrudscha an, die alle zusammen dem kulturellen Kampf zwischen West und Ost als durch Geburt und Art schärfste Exponenten Europas dienen.



Auf den deutschen Minderheiten ruht zum großen Teil das Vordringen europäischen Geistes in Rumänien. Denn es kommt nicht auf den Wissensstoff an, den die rumänischen Universitäten besser vertreiben, sondern auf das europäische Wesen. Die Deutschen leben es in verschiedenen Landesteilen gleichsam von verschiedenen Burgen aus beispielgebend vor.

Welche europäische Bedeutung hat dies? Die gleiche, die zur Ansiedlung der Sachsen führte. Die trennenden Gewalten im binneneuropäischen Land sind durch die Überschärfung nationaler und wirtschaftlicher Interessen in den viel zu vielen Staaten so groß, daß nur eine Synthese, eine Vereinigung auf Grund gemeinsamer Güter den kulturellen Bestand unseres Erdteiles gewährleistet. Ansätze zu solcher Gleichschaltung finden sich in Europa in den Aktionen Coudenhove-Kalergis, denen von Rohan und selbst im Völkerbund. Wirklichkeit kann all dies nur werden, wenn eine starke äußere Macht sich der staatsvereinigenden Idee bedient, und dazu scheint besonders geeignet die mitteleuropäische Bevölkerung, die ein Kulturgefühl, eben das deutsche, schon seit Jahrhunderten im Volke selbst (nicht wie französische Kultur in den Salons) erfüllt trotz verschiedener Nationen. Die Verwirklichung dieser im Kern synthetischen Kultur — die in Altösterreich ein großes Vor-Beispiel geschaffen hatte — bedarf einer guten Stunde, wo sich Macht und Idee eint. Jene zu schaffen, ist Schicksalswerk, diese zu verbreiten, sind Tausende und Millionen unbewußt tätig, indem sie den kulturell aufnahmefähigen Boden dafür kolonisieren.

Es gibt eine Weltsprache Osteuropas, das ist die deutsche. Sie dringt überall ein, sie ist wirklich im Gebrauch und nicht bloß der gebildeten Kreise, sie ist im Volk, auch im nichtdeutschen: ein gültiger, wenn schon nicht der schwerste Beweis der kulturellen Abhängigkeit dieses Striches von Mitteleuropa. Man gewinnt durch diese Verkehrssprache Anschluß an die Welt.

Diese Deutschen, nun ganz ins Geistige gerückt, halten die kolonisatorische Wacht gegen Osten, jeder nationalen Eroberung — die Utopie wäre — fern, mit der besonderen Note kolonisatorischer Tat, die niemals Abwehr allein, sondern Bekehrung ist. Rumänien aber wird durch diesen, durchaus nicht bloß von Deutschen, sondern auch von seinem eigenen Blute geführten Kampf, in eine Renaissance getragen werden, die weitaus wichtiger für seine Entwicklung ist als der Gebietszuwachs im Jahre 1919. Dieser erfüllte nur ein nationales Werk, jene wird ein europäisches beginnen.

EDUARD VON BEHRENS:

*Hochasien nach dem Weltkrieg*

„... stellt man das Maß des chinesischen Vordringens nach Hochasien dem russischen gegenüber, so kommt man zu der Überzeugung, daß die Weißen den Gelben in keiner Weise Schritt halten.“

Vor 1900 war die zwischen der großen Chinesenmauer und Russisch-Asien gelegene Hochebene in geopolitischer Hinsicht eine Tabula Rasa; — sie stellte den natürlichen, aus Wüsten bestehenden Puffer zwischen dem russischen Eurasien und — dem Ostasiatischen Kulturkreis dar. Die kolonisatorisch-imperialistische Expansion des Zarenreiches, welche die Welle der Russen bereits 1760 bis an die Gestaden Kaliforniens vordringen ließ, machte vor dem schwerpassierbaren Gebirgen des Altai, und des Sayan und vor den für den Ackerbau untauglichen Einöden der Dsungarei und Mongolei halt (wohin die Russen ja schon sehr früh gelangten: um 1630 am Oberlauf des Ob und des Jenissej, um 1655 des Amurflusses, um 1790 des Irtysch).

Von der anderen Seite, stellten sich auch der chinesischen Kolonistenwelle, die von Südosten her der europäischen entgegengestürmt kam, — unheimlich schwer zu überwindende Hemmnisse in den Weg in Gestalt der unfruchtbaren Stein- und Sandwüste Scha-Mo (mongolisch Gobi genannt) — und in Gestalt des ungastlichen, kalten, felsigen, sumpfbedeckten und unwegsamen Tangutenplateaus. So ist es nicht zu verwundern, wenn der zum Bersten überfüllte Menschenkessel China, dessen Armeen schon vor 1700 Jahren in das Kaspibecken siegreich einmarschierten, dessen Beamtenscharen und Kaufleute schon unter den Tschingiskhaniden (Mongolenweltreich 1200 — 1400) in Jar-kent, im Moskauer „Kitai-Gorod“, am Baikalsee und am Amur zuhause waren, — erst 1880 in der Kaschgarei (Tarimbecken) festen Fuß gefaßt haben und die Dsungarei tributpflichtig der Pekingener Regierung zu machen vermochten\*).

1900 finden wir beide administrativen Hauptzentren Eurasiens — St. Petersburg und Peking — noch im Zenit ihrer politischen Machtfülle; hier der „Weiße“ und dort der „Gelbe“ Bogdhokhan, Väterchen der 170 bzw. der 400 Millionen Menschenkinder, die zwischen der Ostsee und dem Stillen Ozean hausen. Die Freundschaftsverträge zwischen den beiden größten Kaisern dieser Weltreiche, Peter I. und Khangssi (1689—1717) haben die geopolitische Ent-

\*) Nach der endgültigen Niederwerfung des Mohammedaner-Aufstandes in Westchina. In jenen Jahren eroberten die Zarenarmeen West-Turkestan, — im besten Einvernehmen mit Peking.

wicklung für 200 Jahre vorausbestimmt. Der Artikel 3 des russisch-mandschurischen Vertrages von 1689 (denn das Reich der Bogdhokhanen war rechtlich kein Chinesischer, sondern ein Mandschu-Staat seit 1644, der Eroberung Chinas durch die Mukdener Fürsten) besagt ausdrücklich, daß die beiden Kaiserreiche in folgender Weise die zwischen China und Moskovien gelegenen Gebiete des Asiatischen Festlandes untereinander verteilen: „Alle nach Norden und Westen fließenden Ströme mit ihren Flußbecken sollen der Oberhoheit Petersburgs unterstellt sein, — alle nach Süden und gen Osten fließenden Wasseradern und ihre Stromgebiete — Peking unterworfen bleiben.“

So sollten ursprünglich auch die Grenzsteine gesetzt werden. Die Peking-Mandarine haben aber bereits zur Zeit Kaiser Tssjang-Lunj's (1735—1796) begonnen, die inneren Wirren am Zarenhofe nach Peters des Großen Tode (1727—1763) dahin auszunutzen, daß sie diese Grenzsteine in verschiedenen Stellen unbehindert vorzuschieben begannen. So geschah es, daß der obere Lauf des Jenissejflusses, — das Land der Urjankhai-Sojoten, eines den nordsibirischen Ostjaken verwandten Volkes, zu China geschlagen worden ist, nachdem dieselben Mandarinen es verstanden haben, den unbehilflichen sibirischen Tschinovniken weißzumachen, daß die Becken der Flüsse Eghijn-Goll, Seelenga und Orkhon vertragsmäßig Chinas Besitz darstellen, „weil das Wasser in diesen Flüssen doch vom Westen gen Osten fließt“. In den Akten der ehem. Sibirischen Statthalterschaft zu Irkutsk befinden sich sehr interessante Beweise dafür, daß die chinesischen Mandarine (wörtlich: „Die Großen unter den Mandschuren“; chinesisch: „Manj-da-jin“) den von Irkutsk in Sachen der Grenzsteinlegung geschickten Tschinovniken das Urjankhen-Gebiet (das nicht kleiner ist, als  $\frac{2}{3}$  Frankreichs!) für Bestechungsgelder glatt abzukaufen verstanden haben. Jedoch habe ich noch 1910 auch die älteren, 1720 gelegten Grenzsteine auf der Wasserscheide Tannu-Ola unversehrt vorgefunden.

Wenn die Mandarine bewußt und mit Hinterlist die durch Peter den Großen und Khangssi ausgesteckte Grenzlinie zugunsten Chinas zu verschieben geneigt waren, so taten dasselbe zugunsten Rußlands aus reinster geopolitischer Unwissenheit die Scharen der sibirischen Ansiedler, die dem wärmeren Süden auf eigene Faust immer wieder zuströmten. Diese Strömung der ackerbauenden russischen Kolonisten nach dem Süden machte sich dort mit elementarer Kraft geltend, wo reiche Weiden, Urwald und Schwarzerde, beinahe unbenutzt, von spärlich-zerstreuten Nomaden und Jägerstämmen bevölkert waren: in der Nordmandschurei, d. h. im Flußbecken des mächtigen Amurstromes, der



den Russen an die heimische Wolga so sehr erinnert. Dieses Land lag beinahe vollständig entvölkert, als im 17. Jahrhundert die ersten Kosaken hierher vordrangen, — weil die Eingeborenen unter Anführung der Mukdener Häuptlinge, die den Drachenthron für sich zu sichern verstanden hatten, (wie in Europa einst die Germanen des Weichsel- und Dnjeprgebietes) — nach dem Süden samt Kind und Kegel gezogen sind, um dort in besseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen völkisch unterzugehen.

So brachen die Russen über den Jablonowyj-Bergpass in den fernen Osten ein: die befestigten russischen Faktoreien Nertschinsk (1658), Kjachta (1728), Allbasin (1686) und Ajgunj (?) wurden des öfteren von den Mandschurisch-Chinesischen Generalen und Diplomaten angegriffen und zerstört aber von den ungestümen russischen Kolonisatoren wieder aufgebaut. Als die englische und französische Macht, von Übersee kommend, 1858 Peking angegriffen hatte, da sah sich der Himmelssohn genötigt, bei dem ihm seit längerer Zeit bekanntem und daher weniger Mißtrauen erregenden Russen Hilfe zu suchen; der Weiße Zar leistete ihm diplomatische Hilfe; doch ließ er sich diese Hilfe teuer bezahlen: das halbe Becken der Flüsse Argunj, Amur und Ussuri bis zur prachtvollen Hafenbucht Wladiwostok hinab — fiel in die Hände der Russen! So geschah es, daß der Russe eine Flankenumgehung der Hochasiatischen Ebene damals erzielte. Durch den Eisenbahnvertrag von Livadia (1898) gelang es ihm seine vorgeschobene Position am Japanischen Meere noch mehr zu festigen; — der direkte Eisenbahnstrang stützt seit 1900 den Amurbogen, indem er in einer geraden Linie die Südspitze des Baikalsees mit dem Bai Peters des Großen (Wladiwostokhafen) verbindet.

Europa, vertreten durch Rußland, machte in derselben Zeit noch einen voreiligen Versuch, die obenangezeigte Flankenumgarnung Hochasiens hakenartig selbst bis zu den Gestaden des Gelben Meeres (Port Arthur) vorzuschieben, jedoch sieht es sich gezwungen, 1905 (Russisch-Japanischer Krieg) von diesem voreiligen Plan Abstand zu nehmen. Der Frieden von Portsmouth (1905) und der Zusammenbruch der Zarenmacht (1917) endlich, — das Preisgeben der Exterritorialitätsprivilegien der Russen in der Nordmandschurei (1925) durch die schwachen Sowjets an die republikaniserten Chinesen bilden die Merksteine, an denen die rückgängige Flut der weißen Kolonisation jenseits des Baikalsees am besten zu erkennen ist. Wenn es richtig ist, daß der technische Aufschwung des modernen Abendlandes, der auch Rußlands Rückgrat zeitweilig gestärkt hat, — (der Transsibirische Schienenstrang von Petersburg

nach Wladivostok und Port Arthur 1900!) die Flankenbewegung der Weißen um Hochasien herum hervorgerufen hatte, — so ist es nicht weniger richtig, daß die Verbreitung abendländischer Weltanschauung inmitten der Völker Ostasiens — darunter auch unter den Chinesen, — die Hauptursache dafür ist, daß die Welle der chinesischen Kolonisten nach nördlicher Richtung hin — nach 1900 (Boxeraufstandsniederwerfung — als sichtliches Symbol des inneren Bankrotts der alten Chinesentraditionen in den Augen der Chinesen selbst!) besonders stark anschwellen ließ\*). Wo der Ahnenkultus stirbt, dort löst sich das alte Band zwischen dem Chinesen und den Friedhöfen seiner Heimat auf — der Chineser wird wanderlustig.

So sehen wir den Kampf der zwei Menschenwellen; der einen von der Wolga her und den anderen von dem Gelben Flusse her, besonders starke Brandungen gerade dort verursachen, wo das riesige Plateau Hochasiens im Osten sich den tiefer gelegenen Tälern der Mandschurei zuneigt: im Amurbecken, jenseits des Chingangebirges. Das ist die linke Flanke des „Waffenplatzes“, wo der beginnende Endkampf zwischen der Weißen und der Gelben Rasse um Asien im Laufe des 20.—21. Jahrhunderts auszufechten sein wird.

Die rechte Flanke ist durch die (auch für Luftschiffe unpassierbaren [? Der Herausg.]) Bergwände des Pamirs, des Alais, des Himmelsgebirges und des Altaigebirges ebensogut, wie die Zentralposition durch den Tannu-Ola und die Sajangebirge, gesichert. Die Lücken zwischen diesen Gebirgen sind durch die Ausläufer des Stein- und Sandmeeres Gobi nicht weniger sicher gefüllt. Die europäische (slawisch-russische) Kolonistenbewegung hat am Oberlauf der großen Flüsse Sibiriens gestockt.

Nun muß aber bemerkt werden, daß, wenn das weiße Kolonisationselement auf den rechten Flügel des hochasiatischen Kampfplatzes ins Wanken geraten ist und von der gelben Welle seit 1905 schon ganz unzweideutig zurückgedrängt wird, so haben die Weißen dafür seit derselben Zeit in der zentralen

---

\*) Obwohl die Japaner laut dem zwischen ihnen und Moskau am 20. 1. 25 geschlossenen Vertrag Nord-Sachalin, Wladivostok und Chabrowsk den Sowjetrussen in dem Umfange abgeben mußten, wie nach dem Frieden v. Portsmouth (23. 8. 1905) in bezug auf die Grenzen bestimmt worden ist; jedoch haben sie sich um so fester in der Südmandschurei eingenistet; neulich — durch den Vertrag mit dem Sohne Tschang-Tsolins, dem Mukdener ungekrönten König Tschang-Suj-Ljan, am 22. 5. 1928 gelang es Japan, sich zur leitenden Macht auch in der Nordmandschurei aufzuschwingen, — nachdem die Russen bereits durch den Peking-Vertrag v. 17. 6. 1925 endgültig auf ihre extraterritorialen Vorrechte auf chinesischem Boden Verzicht geleistet hatten. Europäerkolonisation ohne Schutz extraterritorialer Gerichtsbarkeit ist aber im Orient undenkbar.

Stellung — dort, wo der sibirische Eisenbahnstrang den Ob mit dem Amur verbindet (südwärts von diesem transozeanischen Wege) — auf dem ganzen Gebiet der sogenannten „Äußeren Mongolei“ gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Der Erfolg ist zum größten Teile durch die politischen Mißerfolge der Chinesen in jenen Gegenden verursacht. Seit ca. 1912 hat sich der Russe des Landes der Urjanchaj-Sojoten vollständig bemächtigt, — in der Chalcha (= „das Schild“ mongolisch — die Benennung des Verbandes der 4 größten Aimaks, d. h. mongolischer Großfürstentümer der äußeren Mongolei) gewinnt der Russe im Vergleich zum weichenden Chinesen zeitweilig immer größeren Einfluß und lediglich südwärts vom Altai — in der sogenannten Dsungarei — drängt in den letzten Jahren wiederum der Chinese mächtiger als zuvor zu den Quellen des Irtyschflusses vor, indem er auf direktem Wege aus Innerchina hierher strömt.

Bereits 1910 hat die Zarenregierung den vier mongolischen Großfürsten (Tsetsen-Khan, Sayn-Nojon, Tuschetu-Khan und Tsassakhtu-Khan) mitsamt je zwei Dutzenden der ihnen untertänigen Vasallenfürsten, und dem von ihnen allen gleichmäßig verehrten buddhistisch-lamaitischen Erzbischof von Urga (diese lebende Gottheit, genannt Khutuchtu, hat seine Kirchendomänen in der ganzen Chalcha; es war somit dieser Kirchenfürst auch in politischer Hinsicht der Mächtigste in der Mongolei) an der Spitze — zur Ausrufung eines eigenen souveränen Mongolenstaates verholten. Die chinesischen Beamten, Kaufleute, Soldaten und Gärtner, die hier nie mehr als etliche Zehntausende ausmachten, wurden zeitweilig aus dem Lande gejagt — und von sibirischen Russen ersetzt\*).

Die in Sibirien zur Zeit der Kämpfe Adm. Koltshaks mit der Bolschewiken-Revolution (1919—1922) wütende Bürgerfehde hat die besten Siedlungselemente

\*) Im etwas bereits veralteten Buche von Majskij „Die heutige Mongolei“ (Irkutsk 1921) finden wir auf Seite 76 des Anhangs eine statistische Zusammenstellung der Bevölkerung, die auf den 1 450 000 qkm der äußeren Mongolei 1918 hauste: Mongolen 542 000, Chinesen und Russen 100 000. Das gegenseitige Verhältnis war zu Zeiten meiner Amtierung in Uljassutai, der Hauptstadt der Ostmongolei, 1908: Mongolen 700 000, Chinesen 50 000 rund, Russen 3000. So ergibt es sich, daß die Mongolen, wie die Rothäute der amerikanischen Pampas zuzeiten der spanischen Invasion, aussterben — wenn bis 1928 die Zahl der russischen Ansiedler und Kleinhändler sich auch verfünffacht haben dürfte, so ist die Gesamtzahl der Chinesen seitdem sicherlich auch nicht gesunken. So darf man für 1928 annehmen: Mongolen 400 000 rund — Russen (Urjanchaj miteingeschlossen) — 18 000 und Chinesen über 80 000. Die am 20. Dezember 1921 proklamierte Unabhängigkeit der „Volksrevolutionären Regierung der Mongolei des Bürgers Bodo“ mit der bereits am 5. November 1921 mit derselben geschlossenen Konvention mit der „Russ. Soz. Föderativen Sowjetrepublik“ — haben den politischen Einfluß der Chinesen in der Nordmongolei etwas eingedämmt.



den mongolischen Steppen zugeführt; die „zeitweilig“ nach hierher geflüchteten Russen wurden sesshaft; die kleinen Mongolenfürsten wurden durch reiche Geschenke zur Duldung immer zahlreicheren russischen Ansiedlungen in ihren Ländereien bewogen — jetzt kann von einer Vertreibung dieser Ackerbauer durch die Nomaden keine Rede mehr sein; denn — in Urga weht seit 1923 die rote Fahne der „Mongolischen Sowjetrepublik“; Se. Heiligkeit der Khutuchtu wurde nach dem Siege der Roten Armeen über den zaren-treuen Freischarler Baron Ungern von Sternberg (der mit der Hilfe des Urgaer Erzbischofs hier auch nach dem Falle Koltschaks sich lange Zeit zu halten vermochte) — der politischen Macht entkleidet. Militärische Instruktooren aus Moskau, Irkutsk und Tschita leiten die Geschicke der ganzen nordwärts von Gobi gelegenen Hälfte der Mongolei und beschirmen indirekt auch die ursprünglich von den Bolschewiken geflüchteten Ansiedler, die heute zahlreich am Onon, am Tolafusse, am Selenga und am Kobdofusse zerstreut wohnen, Ackerbau, Viehzucht und Handel treiben und — das Land für das kommende (geordnete) Russenreich halten.

Wie aus verschiedenen auf Umwegen nach Europa gelangenden Nachrichten hervorgeht, soll aber auch die vom chinesischen Süden her in die Mongolei vordringende Welle wieder bedeutend angeschwollen sein. Die unendlichen Bürgerkriege am Gelben Flusse ließen 1912—1927 immer größere Scharen von chinesischen Ansiedlern aus den Provinzen jenseits der Großen Mauer fliehen, wie stark auch die traditionelle Anhänglichkeit zu den Gräbern der Ahnen dem Chinesen innewohnt. Zu bemerken sei, daß bereits in dem letzten Jahrzehnt des Kaiserregimes (1901—1912) von Peking eine gewaltige Kolonisierungspolitik in der sogenannten „Inneren Mongolei“ (beide Vorgebirge des Großen Chingan, die Gebiete der Großfürstentümer der Tschahar-, der Ordos- und Urot-Mongolen) in Angriff genommen worden ist — die pro Jahr in jener kleinen Zeitspanne bis 1 000 000 Chinesen jenen Randgebieten des eigentlichen Chinas zugeführt haben soll\*). Heute zählt die Mandschurei 25—30 Mill. Chinesen.

\*) Ich würde zur Charakteristik des Verfalls russischer Vorposten an den Ufern des Amurflusses folgende Worte aus dem schönen Werke des Botschaftsrates Dr. Asmis, „Als Wirtschaftspionier in Russisch-Asien“ (Berlin 1926) anführen: „... dafür hat sich auf dem chinesischen Ufer Amurs eine neue Stadt entwickelt; aus dem unansehnlichen Dorfe Sachaljan ist in den letzten Jahren eine ausgedehnte Stadt mit zahlreichen Steinbauten geworden. Fristet die russische Bank in Blagowjeschtschensk in dem einst prächtigen Bau der früheren russischen Staatsbankabteilung ihr Leben kümmerlich — so prosperieren in Sachaljan vier chinesische Banken. Stehen in Blagowjeschtschensk die sieben großen Mühlen still, so verarbeiten die neuerbauten Mühlen in Sachaljan jetzt das russische Getreide. Verfallen und verkommen in Blagowjeschtschensk die

Stellt man diesen Maßstab des chinesischen Vordringens nach Hochasien mit dem russischen zusammen, so kommt man zu der traurigen Überzeugung, daß die Weißen den Gelben in keiner Weise Schritt halten; denn, die russisch-sibirische Kolonisation in der Nordmongolei kann höchstens mit wenigen Zehntausenden bemessen werden\*).

Es ist lediglich a) das etwas rauhe Klima, b) die ungeordneten staatlichen Zustände sowohl in der Mongolei, wie in China selbst — und c) die schwer zu überschreitende Wüste Schamo-Gobi — die einstweilen der weißen Rasse noch das Halten der eingenommenen Position und sogar das Vordringen im Zentrum ermöglichen.

Die beiden Vorgebirge der Himmelsgebirge und der nördliche Abhang Altyn-daghs und Korakorums — aus denen die Provinz Ssjin-Tsjan (Chinesisch-Turkestan) in der Hauptsache besteht, werden seit 1912 von Chinesen überflutet. Hier setzt die gelbe Flankenumgarnung der weißen Kolonisierung Nordasiens ein. Gewiß, sind die fünf Dutzend von Oasen, in denen hier der Mensch leben kann — nicht allzusehr kolonistenaufnahmefähig: aber der Chinese ist, im Gegensatz zum Russen, und auch zum Eingeborenem jener trockenen Gegenden (3000000 „Sarten“ gemischter arisch-türkischer Abstammung) — sehr fleißig, und die Berieselungsarbeiten im Tarimbecken, z. B. wurden schon zu meiner Zeit (1910—1912) mit einer staunenswerten Ausdauer geführt. — Dagegen hat sich die Bauernkolonisation aus Rußland infolge der Errichtung kirgisischer Föderativstaaten durch die Bolschewiken sehr verringert. Der kernrussische Ackerbauer wird heute ganz offiziell von den autonomen Behörden der muselmännischen Nomaden Südwestsibiriens hinter den Ural zurückgeworfen!

So wird das 20. Jahrhundert Zeuge eines geopolitischen Ringens auf dem asiatischen Hochplateau zwischen dem weißen Abendlande und dem gelbem Orient. Der Weiße befindet sich in merklichem Nachteil. — Nur das nordwestliche Sibirien dürfte zum Ende des 20. Jahrhunderts n. Chr. „weiß“ bleiben. Das restliche Asien geht dem Abendlande ethnisch, kulturell und politisch sicherlich verloren ehe das 20. Jahrhundert n. Chr. zur Neige geht.

von früher her vorhandenen Prachtgebäude, so erstet in Sachaljan ein massives Kauf- oder Wohnhaus nach dem anderen“ (S. 103).

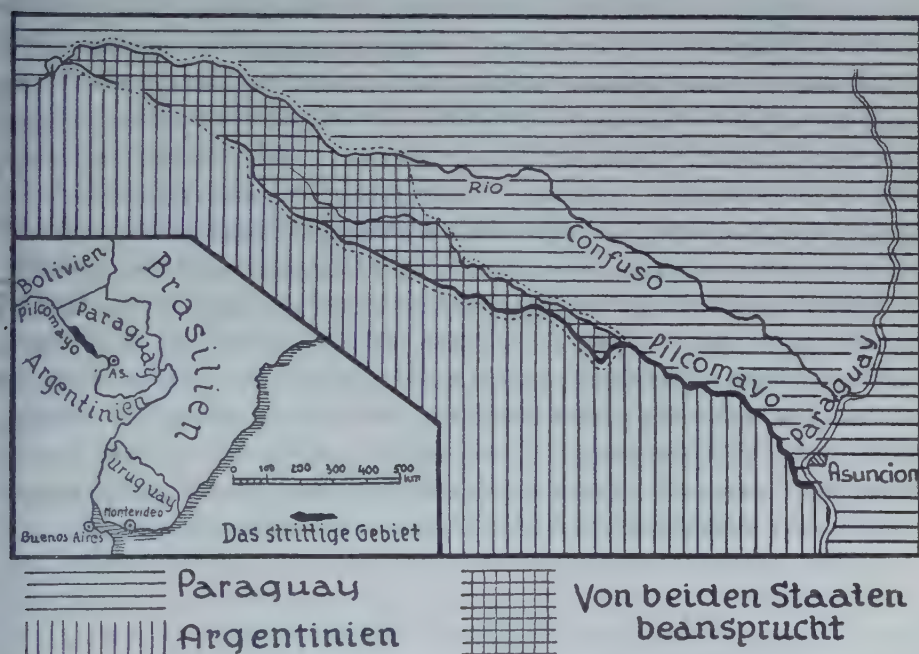
Das Bild ist jenseits des Baikals überall dasselbe.

\*) Ostwärts des Baikalsees zählen die Russen nicht viel mehr als  $\frac{1}{4}$  Million, und dies auf einem Areal, das ein volles Drittel des russischen Weltteils ausmacht.

MANFRED LANGHANS-RATZBURG:

*Das strittige Pilcomayo-Strombett*

Der Pilcomayo ist einer der Hauptflüsse der westparaguayischen Tiefebene, des sog. Gran Chaco. In den bolivischen Hochanden entspringend, durchfließt er den Chaco in südöstlicher Richtung, um gegenüber der paraguayischen Hauptstadt Asuncion in den Paraguay zu münden. Zur Trockenzeit ist er ein zahmer Fluß — übrigens einer der wenigen des Gran Chaco, dessen Wasser nicht gänzlich verrieselt und verdunstet, sondern noch den Paraguay erreicht —,



aber zur Regenzeit schwillt er so mächtig an, daß seine Wasser stellenweise über die Ufer abströmen, weithin das Land bedecken und selbständig zum Paraguay oder Bermejo gelangen. Wie alle Flüsse des Chaco wird der Pilcomayo von vielen Sümpfen begleitet und gabelt sich in seinem Unterlauf auf einer Strecke von 140 km in zwei Arme, wobei es wegen der schwankenden Wasserverhältnisse schwierig ist, festzustellen, welcher Arm als der Hauptarm zu betrachten ist. Das zwischen den beiden Armen liegende Land in einer



wechselnden Breite von 15—25 km bildet das hier zu behandelnde strittige Gebiet\*).

Als sich am Ende des von 1864—1869 währenden Krieges zwischen Paraguay einerseits, Argentinien und Brasilien andererseits Argentinien und Paraguay nicht über den Gran Chaco zu einigen vermochten, bestimmte der Friedensvertrag von Buenos Aires vom 3. Februar 1876, der sog. Machain-Irigoyen-Vertrag, daß das Chacogebiet zwischen Bahia Negra und Rio Verde Paraguay verbleiben sollte, während hinsichtlich der Zugehörigkeit des Gebiets zwischen Rio Verde und Pilcomayo der Schiedspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika angerufen wurde. Dieser setzte am 12. November 1878 den Pilcomayo als Grenze fest, so daß auch der zweitgenannte Chacostreifen bei Paraguay verblieb. Im Jahre 1904 erhob nun Argentinien die Streitfrage, ob der südliche oder vielmehr der nördliche Arm des Pilcomayo als Grenze anzusehen sei, und schob seinen Grenzposten bis zum nördlichen Arm vor. Auf Paraguays Einspruch kamen die Streitteile in einer Vereinbarung zu Buenos Aires am 11. September 1905 mit Zusatzprotokoll vom selben Tage überein, durch einen gemischten hydrographischen Sachverständigenausschuß an Ort und Stelle untersuchen zu lassen, welches der Hauptarm des Pilcomayo sei. Im Verlauf der Jahre 1908 und 1909 fanden Untersuchungen statt, und einstimmig stellte der Ausschuß den Südarm als Hauptstrom fest. Argentinien ratifizierte jedoch diese Entscheidung nicht und hält bis heute das Gebiet zwischen den beiden Flußarmen besetzt. Ergänzend hinzugefügt sei, daß der Chaco Boreal zwischen Paraguay und Bolivien strittig ist — in den letzten Monaten ist es ja sogar zu offenem Kampf zwischen beiden Mächten gekommen — so daß unsere Pilcomayo-Insel tatsächlich von drei Staaten beansprucht wird.

MANFRED LANGHANS-RATZBURG:

### *Die geopolitischen Reibungsgürtel der Erde*

In dem Aufsatz „Geographische Rechtswissenschaft“ (Jahrgang 1927 dieser Zeitschrift, S. 267) wiesen wir darauf hin, daß auch das geographische Völkerrecht als Erkenntnisquelle der Geopolitik gewertet und verwertet werden muß. Denn wenn es das Wesen der Geopolitik ausmacht, in dynamischer Betrachtungsweise politische Vorgänge unter dem chorologischen Gesichtspunkt der

\*) C. Balz, Le Paraguay, son évolution historique et sa situation actuelle. Paris 1927, S. 98.

Erdgebundenheit zu untersuchen, so handelt es sich dabei meist um völkerrechtliche Vorgänge, nämlich um die völkerrechtliche Regelung oder Beseitigung politischer Spannungszustände. Bringt man nun solche Vorgänge bzw. die durch sie betroffenen geographischen Räume auf einer Karte zur bildhaften Darstellung, so ergibt sich die Möglichkeit, nicht nur die verschiedenartigsten völkerrechtlichen Vorgänge in einem gewissen geopolitischen Zusammenhang stehend zu erkennen, sondern auch aus einer solchen sinngemäßen chorologisch verbindenden Darstellung geopolitisch bedeutsame Zusammenhänge und Lehren abzulesen.

Für die Behauptung, daß das geographische Völkerrecht als Erkenntnisquelle der Geopolitik dienen könne, wurden schon an oben angegebener Stelle dieser Zeitschrift einige Belege gebracht. Es gibt deren naturgemäß unzählige; einer von ihnen, nämlich die Frage des inneren Zusammenhanges zwischen strittigen Gebieten und geopolitischen Reibungsgürteln, erscheint jedoch so bedeutsam, daß auf ihn hier näher eingegangen werden soll. Wir müssen hierzu etwas weiter ausholen.

Im „Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie“ ist kürzlich ausgeführt worden\*), daß es trotz aller Fortschritte auf dem Gebiete der friedlichen Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten auch heute noch eine überraschend große Zahl größerer oder kleinerer Landstreifen oder Inseln gibt, die von mehreren Mächten beansprucht werden. Unter „strittigen Gebieten“ werden dabei solche Gebietsräume verstanden, die sich im tatsächlichen Besitz der einen Macht befinden, während die andere amtlich den bestehenden Zustand nicht anerkennt und je nach Zeit und Umständen häufiger oder seltener und mehr oder minder laut ihren eigenen Rechtsstandpunkt geltend macht. Es gehören also, rein juristisch gesehen, nicht zu den strittigen Gebieten solche Landflächen, deren Erwerb oder Wiedererwerb zwar die öffentliche Meinung des sie nicht besitzenden Staates fordert, die aber derselbe Staat in völkerrechtlich gültigen Formen einem anderen Staat freiwillig überlassen oder zwangsweise nach einem verlorenen Krieg abgetreten hat; z. B. Polnischer Korridor (nicht amtlich beansprucht vom Deutschen Reich), Nizza, Savoyen, Danakilwüste, Abessinisch-Somaliland (Italien), Antofagasta (Bolivien). Andererseits gehören hierher die Gemeinherrschaften (Kondominien), da die über sie in völkerrechtlich gültigen Formen zwischen den beiden Herrscherstaaten

\*) Langhans-Ratzburg, Strittige Gebiete. Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, Bd. 3, Berlin 1928/29, S. 1187 ff.

abgeschlossenen Verträge doch nur eine zeitweilige Regelung bedeuten, und die einander entgegengesetzten Rechtsansprüche unvermindert fort dauern.

Trägt man nun an der Hand dieser Begriffsbestimmung sämtliche heute noch strittigen Gebiete auf Erdteilkarten ein und ergänzt sie durch die große Fülle der seit 1900 erledigten strittigen Gebiete\*), so fällt eine offenbar gesetzmäßige Anordnung auf. Verbindet man darauf die einzelnen strittigen Gebiete sinngemäß durch Flächenbänder, so erhält man die auf den beigegebenen Erdteilkärtchen schraffiert gezeichneten Raumstreifen. Letztere stellen aber tatsächlich nichts anderes dar als die vielumstrittenen Kampfgebiete zwischen den verschiedenen, miteinander wetteifernden Völkern, Rassen und Staaten, innerhalb deren bald die eine, bald die andere Macht vorwärts dringt und durch Beherrschung dieser Raumstreifen sich ein Übergewicht über den Gegner zu verschaffen sucht. Wir nennen daher diese Streifen „geopolitische Reibungsgürtel“.

Selbstverständlich kann man auch auf dem Wege geschichtlicher und geopolitischer Untersuchungen allein das Bestehen und den geographischen Verlauf solcher geopolitischer Reibungsgürtel feststellen. Doch erfahrungsgemäß erlebt man damit keine reine Freude. Denn obgleich die Grundlagen für alle Geschichts- und Geopolitiker gleich sind, kommen doch manche Forscher zu voneinander sehr abweichenden Ergebnissen und Prophezeiungen wegen der Verschiedenartigkeit der von ihnen vertretenen subjektiven Auffassungen. Das hier eingeschlagene Verfahren der Bestimmung der geopolitischen Reibungsräume durch die strittigen Gebiete wird nicht geleitet von dem doch rein subjektiven geschichts- oder geopolitischen „Takt“ des Verfassers, sondern rein objektiv bestimmt durch die vorliegenden völkerrechtlichen Tatsachen; insofern dürfte es zuverlässiger sein. Allein wohl befriedigend ist das vorgeschlagene Verfahren aber auch nicht: es behauptet zuweilen zu wenig, nämlich dann, wenn es erfahrungsgemäß an einer bestimmten Stelle geopolitische Spannungen gibt, diese aber sich noch nicht durch völkerrechtliche Vorgänge entladen haben. Darüber folgen noch einige Worte am Ende der Arbeit. Nachstehend wollen wir zunächst die geopolitischen Reibungsgürtel der einzelnen Erdteile aufzeigen\*\*).

\*) Der gesamte Stoff mit ausführlichen Schriftennachweisen ist zusammengestellt bei Langhans-Ratzburg, Die strittigen Gebiete der Erde seit 1900. Petermanns Geogr. Mitteilungen 1929, Januar- bis Juniheft.

\*\*) Die im folgenden hinter jedem strittigen Gebiet in Klammern angeführten Mächte sind die Streitteile.

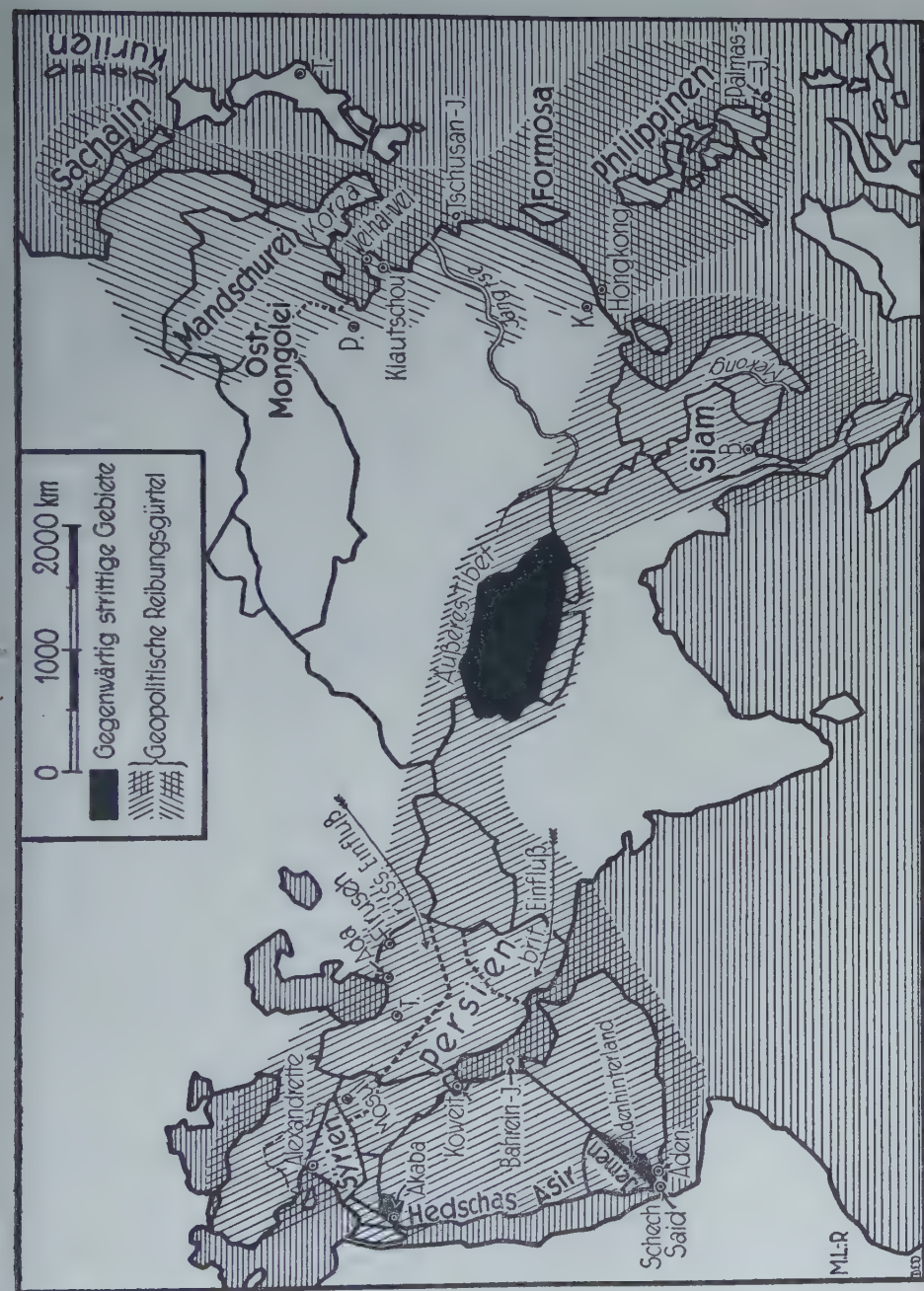




Die zahlreichen früher und jetzt strittigen Gebiete Europas, so regellos sie auch durcheinander verstreut zu liegen scheinen, lassen sich ordnen zu drei mehr oder weniger zusammenhängenden Gürteln, die, vergleichbar mit Graben-

brüchen, sich zwischen den politisch festen Staatsflächen Europas hinziehen. Der erste dieser Grabenbrüche trennt Vorder- von Zwischeneuropa und läuft von Ostgrönland und Jan Mayen (Dänemark, Norwegen) über Schleswig (Dänemark, Deutsches Reich), die Insel Wielingen, Seeland, Limburg (alle drei Belgien, Holland), Moresnet, Eupen und Malmedy (alle drei Belgien, Deutsches Reich) zum Saargebiet (Deutsches Reich, Frankreich). Eine zweite solche Längsspalte benutzt die natürliche Einschnürung Mitteleuropas durch Ostsee und Adriatisches Meer und zieht sich auf dem Festlande selbst am Ostrande des geschlossenen deutschen Volksbodens entlang: Ålandsinseln (Finnland, Schweden), Memelgebiet (Deutsches Reich, Litauen), Abstimmungsgebiete in Ostpreußen, Westpreußen, Oberschlesien (alle drei Deutsches Reich, Polen), Teschen (Polen, Tschechoslowakei), Ödenburg (Österreich, Ungarn) und Kärnten (Österreich, Südslawien), Istrien, Fiume (beide Italien, Südslawien) und albanische Grenzgebiete (Albanien, Griechenland bzw. Südslawien). Eine dritte Bruchlinie schließlich trennt, ausgehend von Spitzbergen (Norwegen, England bzw. Rußland) und dem warägischen Grenzsaum und seiner gedachten Verlängerung gleichlaufend, Zwischeneuropa von Rußland und der Türkei: Wilnagebiet (Litauen, Polen), Ostgalizien (Polen, Rußland), Westthrazien und Maritzamündung (beide Griechenland, Türkei), sowie die strittigen Sporaden (Italien, Türkei). Es ergibt sich somit, daß die strittigen Gebiete in unserem Sinne sämtlich auf den gleichen geopolitischen Nenner abgestimmt sind: gefahrenbringende Zwischenlage zwischen den verschiedenen eine großräumige geographische Einheit bildenden Mächtigkeitsgruppen. Umgekehrt läßt die Gesamtheit der strittigen Gebiete bei zweckmäßiger Anordnung auch die zwischen den verschiedenen Mächtigkeitsgruppen befindlichen Reibungsgürtel erkennen. Prüfen wir diese drei großen Reibungsgürtel, so ergibt sich, daß sie auch geopolitisch richtig bestimmt und daß tatsächlich die großen Kämpfe der Vergangenheit und Gegenwart um ihre einzelnen kleineren oder größeren Teile gingen und gehen.

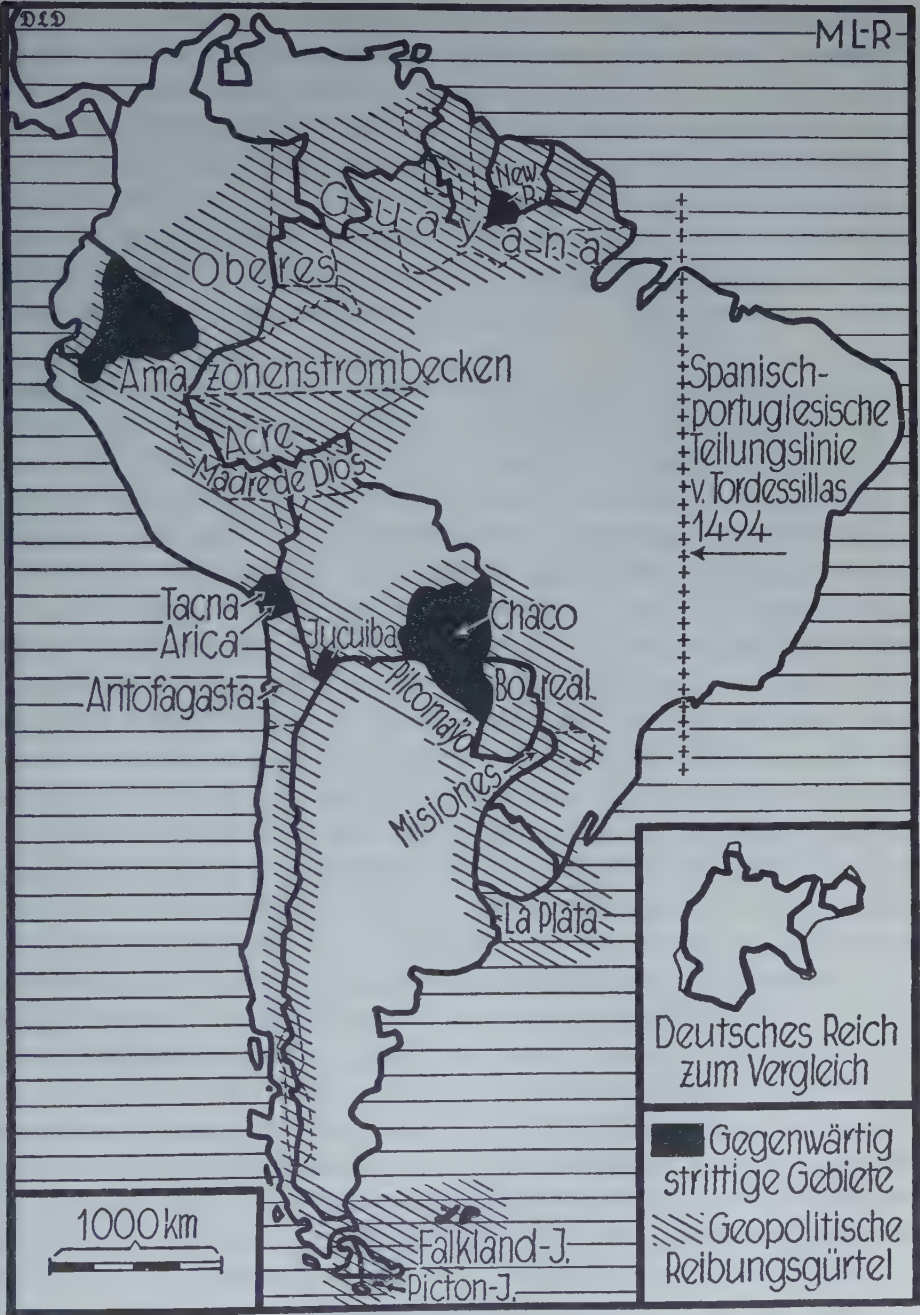
Der Erdteil Asien zerfällt, geopolitisch betrachtet, in drei große Räume, den nördlichen des bolschewistischen Rußlands, den mittleren der unabhängigen orientalischen Staaten und den südlichen der europäischen Kolonien. Während im russischen Raume, von wenigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, angesichts der innerlich geschlossenen raumpolitischen Struktur des russischen Staatsgebiets Gebietsstreitigkeiten nicht entstanden sind, und die starke Macht Großbritanniens strittige Gebiete im Süden auf britisch-indischem Boden im 20. Jahrhundert nicht mehr entstehen ließ, stellt der mittlere Streifen auch in





unserer Zeit den Raum der strittigen Gebiete dar. Teils handelt es sich um Streitigkeiten der orientalischen Staaten untereinander, wie an der türkisch-persischen Grenze, teils um solche der orientalischen Staaten mit europäischen Mächten wie beim Hinterland von Alexandrette (Türkei, Frankreich), Mosulgebiet (Türkei, England) und nordarabischem Grenzraum (Nedschd, England), bei den Bahreininseln (Persien, England), bei Tibet (China, England) und Kambodscha (Siam, Frankreich), teils um Streitigkeiten der europäischen Mächte untereinander um den südasiatischen Raum, wie bei Süd- und Ostsyrrien (England, Frankreich), Persien (England, Rußland) und Siam (England, Frankreich). Es ergibt sich somit in der Tat auch hinsichtlich der strittigen Gebiete Asiens eine gewisse geopolitische Zwangslage insofern, als sie sämtlich kleine Pufferstücke zwischen dem russisch-sibirischen Binnenlandreich und dem britisch-indischen Ozeanreich darstellen. Faßt man nun, wie auf unserem Asienkärtchen, die einzelnen strittigen Gebiete durch verbindende Linien zu einem einheitlichen Raum zusammen, so erhält man den südasiatischen Reibungsgürtel, der durchaus geopolitischen Erwägungen und geschichtlichen Erfahrungen entspricht. — Über den ostasiatischen Reibungsgürtel s. u.

In Afrika lassen sich geopolitische Reibungsgürtel durch strittige Gebiete nicht bestimmen aus folgendem Grunde. Ursprünglich war das Innere Afrikas herrenlos. Je weiter nun Forscher und Eroberer der verschiedenen europäischen Mächte vordrangen, um so mehr dehnten sich deren Kolonien aus, und ihre Ansprüche gerieten in wechselseitigen Gegensatz. Man kann daher wohl sagen, daß ursprünglich das ganze Innerafrika mehr oder weniger strittig war. Viele dieser Streitfragen sind in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelöst worden, so daß man aus der Lage der zufällig übrig gebliebenen oder der verhältnismäßig wenigen neu hinzugekommenen strittigen Gebiete keine Rückschlüsse auf deren etwaige gesetzmäßige geopolitische Lagerung innerhalb bestimmt zu bezeichnender politischer Reibungsgürtel ziehen kann, wenn sich auch unterscheiden läßt zwischen solchen Gebietsstreitigkeiten, die die europäischen Kolonialmächte untereinander, und solchen, die einige dieser Mächte mit Abessinien und Liberien, den beiden letzten Eingeborenstaaten, ausgefochten haben oder noch ausfechten müssen. Eine überzeugende Zeichnung eines oder mehrerer geopolitischer Reibungsgürtel ist somit unmöglich. Das braucht jedoch noch kein Nachteil unseres Verfahrens allein zu sein, vielmehr hat auch die rein geopolitische Arbeitsweise solche gesetzmäßigen politischen Reibungsräume in Afrika bisher nicht nachzuweisen vermocht.



Amerika ist der Erdteil der strittigen Gebiete. In Nordamerika sind alle bestehenden Streitigkeiten ohne große Aufregung durch Schiedsgerichte oder Vertrag beigelegt worden, aber schon in Mittelamerika begegnen uns noch heute eine Anzahl strittiger Gebiete; kommt man schließlich nach Südamerika, so finden sich ebenfalls noch gegenwärtig große Strecken Landes, die von mehreren Mächten beansprucht werden, und dies, obgleich schon seit 1900 eine überaus stattliche Reihe von Fällen beigelegt worden ist. Gar oft haben hier noch in neuester Zeit die Staaten sich wegen solcher Gebietsstreitigkeiten zu unfreundlichen oder gar feindseligen Handlungen gegeneinander hinreißen lassen.

Der Grund des Anspruchs ist in allen Fällen mehr oder weniger der gleiche. Als sich in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts die nach Abschüttelung der spanischen Herrschaft gebildeten Staatenbünde Mittel- und Südamerikas wieder auflösten, kamen sie überein, hinsichtlich ihrer Grenzen den Grundsatz „*Uti possidetis*“ anzuerkennen, d. h. es sollte jeder neue Staat den Umfang haben, den das ihm entsprechende Vizekönigreich oder Generalkapitanat zu Anfang des 19. Jahrhunderts gehabt hatte. Sehr bald stellte sich heraus, daß diese Grenzen, da sie durch zum größten Teil damals unbekannte Gebiete gezogen waren, durchaus schwankend waren, und daß außerdem in manchen Fällen sogar einander widersprechende spanische Erlasse vorlagen. Da nun die spanische und portugiesische Besiedlung naturgemäß an den Meeresufern angesetzt hatte, und im Norden und Westen durch das Guayanabergland und die Kordilleren, im Osten durch die riesigen Entfernungen sowie die schwer zugänglichen Urwälder und den Chaco aufgehalten worden war, ergibt sich leicht, daß die strittigen Gebiete in dem damals noch unberührten Zwischenraum liegen müssen. In der Tat kennzeichnet die Gesamtheit der strittigen Gebiete Südamerikas einen großen geopolitischen Reibungsgürtel, der vom Bergland von Guayana (Brasilien, England, Frankreich, Holland, Venezuela) über das gesamte obere Amazonenstrombecken (Bolivien, Brasilien, Ekuador, Kolumbien, Peru) teils am Ost- (Bolivien, Peru), teils am Westrand (Chile, Peru) der Kordilleren hinzieht, dann nach Osten abbiegt, um über Jucuiba (Argentinien, Bolivien), Chaco Boreal (Bolivien, Paraguay), Misiones (Argentinien, Brasilien) und La Plata-Mündung (Argentinien, Uruguay) das Atlantische Weltmeer zu erreichen; bei Antofagasta spaltet sich außerdem ein Reibungsgürtel ab, der über den Andenkamm (Argentinien, Chile) bis zu den Inseln im Beaglekanal (Argentinien, Chile), ja bis zu den Falklandinseln (Argentinien, England) reicht.



Durch zweckmäßige Verbindung der verschiedenen früher und jetzt strittigen Gebiete haben wir somit eine ganze Reihe mehr oder minder breiter Raumstreifen erhalten, die in der Tat aus geopolitischen Gründen Zeugen fort-dauernder Machtkämpfe sein müssen und auch tatsächlich gewesen sind. Die Arbeitsweise des geographischen Völkerrechts, nämlich die chorologische Darstellung von völkerrechtlichen Vorgängen, erweist sich somit als durchaus nutzbringend für die Geopolitik. Man würde allerdings der jungen geographischen Rechtswissenschaft keinen großen Dienst erweisen, wollte man diesen Satz ohne Einschränkung aussprechen und sich nicht klar werden über die Grenzen, die solcher Arbeitsweise nun einmal von Natur aus gezogen sind. Schon oben wurde nämlich angedeutet, daß politische Spannungen sich nicht immer in der völkerrechtlichen Form von strittigen Gebieten nach außen kundzutun brauchen, und daß sie dann also mit der Arbeitsweise des geographischen Völkerrechts nicht erfaßt und dargestellt werden können, obgleich sie sicherlich bestehen. Bei dem westlichsten europäischen Reibungsraum liegen die Dinge allerdings noch einfach insofern, als man ihn nur vom Saargebiet nach Süden bis zum Mittelmeer zu verlängern braucht, um die Spannungsräume Elsaß-Lothringen, Hochsavoyen und Nizza in ihn hineinfallen lassen zu können. Anders in Ostasien. Hier dehnt sich ein Reibungsgürtel, von dem südasiatischen geopolitischen Grabenbruch durch das südchinesische Kraftzentrum Kanton getrennt, von Fukien und Formosa (beide China, Japan) über das Jangtsetal und die Tschusaninseln (beide China, England), Kiautschou (China, Japan), Weihaiwei und Tientsin (beide China, England), Mandschurei und Korea (beide China, Japan) bis zum russischen Küstenland und Sachalin (beide Japan, Rußland) hin. Dieser ostasiatische Reibungsgürtel enthält keine strittigen Gebiete in unserem Sinne, entbehrt also dieser vielleicht drastischsten Äußerungsform miteinander ringender politischer Ansprüche, stellt aber doch mit seinen Interessenträumen, Einfluß-, Pachtgebieten usw. den Kampfplatz der fremden Mächte um die Beherrschung des ostasiatischen Festlandes dar.

HANS SPREITZER:

*Der Rhein, sein Lebensraum, sein Schicksal*

Zum Erscheinen des 1. Teiles des Rheinlandwerkes\*)

Die Herausgabe des groß angelegten Werkes — drei Bände, die wieder in Bücher und Teile sich gliedern — bedarf kaum der Rechtfertigung. Mehr denn je empfinden wir heute die Notwendigkeit, mit diesem vielleicht größten Kampfgebiet und Kampfobjekt eingehend vertraut gemacht zu werden. Von dem von K. Haushofer herausgegebenen 1. Band: „Erdräum und Erdkräfte, der natürliche Lebensraum“ liegt nun der 1. Teil des 1. Buches (Physik des Erdraums) vor.

In seinem Aufsatz: „Rheinische Geopolitik“, zugleich gedacht als Vorwort zu dem Gesamtwerk, legt K. Haushofer die Ziele des Werkes dar: wenn es durch den Raum bestimmte Gesetze gibt, die irgendwie auf das geschichtliche Geschehen Einfluß nehmen, und sei es auch nur, daß ein Viertel des geschichtlichen Ablaufes auf Wirkungen des Raumes zurückgeht, so müssen wir diese Gesetze zu erkennen suchen. Selbst die einfachen Tatsachen können aber verschiedene Auslegung finden: wenn z. B. auf Grund der Oberflächengestaltung — eines nur statischen Faktors — Fairgrieve das Verbindende des Rheins und Vogel das Trennende der einzelnen das Flußgebiet querenden Riegel in den Vordergrund stellen. Um so mehr ist es nötig, den weitesten wissenschaftlichen Unterbau einem Rheinwerk zu geben, das die verwickelten dynamischen Beziehungen erkennen lassen soll. Das Ziel des Rheinwerkes ist es somit, die gewonnenen Erkenntnisse „in volkstümlich lesbaren und zugleich wissenschaftlich fest untermauerten Darstellungen von der Wissenschaft in den Blutkreis des öffentlichen Lebens“ zu übertragen.

Die Abgrenzung des darzustellenden Gebietes darf nicht an den zufälligen politischen Grenzen Halt machen. Im weitesten Sinn soll das Rheingebiet umfaßt werden: Schelde, Maas und Ems werden noch als Tributäre des Rheins aufgefaßt. Um diese Abgrenzung zu rechtfertigen, sieht sich Haushofer genötigt, gegen die Theorie der Franzosen aufzutreten, der Rheinlauf wäre eine natürliche Grenze. Wie schon in seinem Buch über „Grenzen“, S. 74 ff., legt er auch hier dar, daß es romanischer Auffassung entspricht, Grenzen an Flußläufe zu knüpfen, während germanisches Empfinden im Fluß das verbindende Element sieht und die Einheit des Flußgebietes zu erfassen trachtet. — So gibt Haushofer einige Grundzüge zur Rheinischen Geopolitik. Mit Absicht wird kein vollständiges Bild gezeichnet: den Ergebnissen der

\*) Berlin-Grunewald 1928, Kurt Vowinkel Verlag, 244 Seiten. Mit zahlreichen Abbildungen, Skizzen und Karten.

weiteren Arbeiten soll nicht vorgegriffen werden. Er spricht im einzelnen aber sehr feine Gedanken aus, so wenn er z. B. die Bedeutung von Straßburg und Köln vergleicht (S. 9).

Auf diese gedankenreichen Ausführungen des Vorwortes beginnt mit der Darstellung des geologischen Aufbaus das 1. Buch. Den Bau der Alpen und des ober-rheinischen Systems behandelt O. Wilckens. Allgemeine Darlegungen über den Gebirgsbau der Alpen und ihre Deckentektonik gehen der Darstellung zunächst des Alpenrhein-Gebietes voran. Dann werden Schweizer Mittelland, Jura, endlich die Landschaften beiderseits der Oberrheinischen Tiefebene besprochen. Die Gliederung des Gebietes in die einzelnen geologischen Landschaften ist gut. Die Ausführungen sind gedrängt gehalten und dadurch ausgezeichnet, daß nur das Wichtige und Wesentliche besprochen wird, so sehr Einzelheiten gerade in diesem Gebiet den Geologen locken mochten. Besonders muß die sehr reichhaltige Beigabe von geologischen Profilen und Kärtchen sowohl der geschickten Auswahl wie auch der Art der Darstellung wegen hervorgehoben werden; sie sind allerdings nicht Originalbeiträge. Der Hauptwert der Arbeit liegt in der Synthese.

Dies gilt auch von G. Fliegels Darstellung des geologischen Baus des Rheinischen Schiefergebirges und Niederrheinischen Tieflands. Schon in der Gliederung kommt zum Ausdruck, daß die Landschaft großräumiger wird. Nur Gebirgs- und Tiefland läßt sich scheiden und beide sind in ihrer geologischen Geschichte auf das engste miteinander verknüpft. Der Verfasser legt denn auch nicht einzelne Landschaften, sondern die geologischen Zeiträume seiner Disposition zugrunde. Für die Zeit bis zum Tertiär kann er dabei auf die in Spuren nur bezeugte kaledonische und die allenthalben nachweisbare variskische Gebirgsbildung eingehen und dann die in der Hauptsache randlichen Ablagerungen der späteren Zeiträume besprechen. Mit größerer Ausführlichkeit folgt die Geschichte der Heraushebung des Rheinischen Schiefergebirges aus der Tiefebene vom Tertiär ab. Hier muß naturgemäß die Hilfe geomorphologischer Arbeitsmethode in Anspruch genommen werden. Diese Kapitel, die auch gewisse Streitfragen wenigstens streifen, erscheinen besonders wertvoll durch die Art der Behandlung, die klare zeitliche Gliederung der einzelnen Aufwölbungsphasen und nicht zuletzt durch das Bemühen, den Leser mit der morphologischen Beweisführung vertraut zu machen, wenn der Verfasser z. B. S. 57 f. zeigt, wie sich aus der Form der Ablagerungen die Phase größerer Erhebung des Berglandes zeitlich nachweisen läßt. — Nicht so klar treten die Verhältnisse der Diluvialzeit entgegen. Hier sind ja auch noch viele Probleme erst zu lösen. Ein kurzer Abschnitt über die natürlichen Boden- und Wirtschaftszonen im Schiefergebirge und Tiefland stellt zum Schluß den Zusammenhang zwischen physischer und Anthropogeographie her.

Das Streben, solche Zusammenhänge aufzuzeigen, ist geradezu ein Grundzug der Arbeit O. Maulls: „Geomorphologie und geomorphologische Wirkungen des rheinischen Lebensraums“, sei es nun, daß der Verfasser die Bedeutung des alpinen Trops oder präglazialer Niveaus für Besiedlung und Verkehr darstellt, oder auf



das von der Natur begünstigte Übergreifen der Schweiz auf die Südseite der Wasserscheide hinweist (S. 83f.), oder in besonders glücklicher Weise die anthropogeographisch so bedeutenden Unterschiede der in Bau und Ausbildung ähnlichen Gebiete des Vorderrheins und der Rhone bespricht oder endlich für die Landschaften des Stufen- und Senkenlandes die trennenden, verbindenden und wegweisenden morphologischen Linien besonders herausarbeitet. Letztes Ziel der Arbeit bleibt es aber auf Grund eingehender morphologischer Betrachtung, verbunden mit geopolitischer Einschätzung der Landschaft, die Antwort auf die Frage nach dem inneren Zusammenhang des durch Lage und Größe gleich ausgezeichneten Rheingebietes und nach seiner Verkettung mit benachbarten Lebensräumen zu finden. Auf die eingehende Untersuchung folgt eine zusammenfassende Schlußformulierung. Sie tut dar, wie durch eine Dreiheit von Klammern: Senken und Mulden, Durchbruchstäler, Flächenheiten der Mittelgebirge die hydrographisch aneinandergeschlossenen rheinischen Zentrallandschaften: Alpenvorland, Rheingraben, inneres Niederrhein-gebiet auch morphologisch miteinander verknüpft erscheinen. —

Im letzten Aufsatz des ersten Teiles: „Das Klima des Rheinstroms“ behandelt Polis die einzelnen klimatischen Faktoren (Wärmeverhältnisse, Feuchtigkeit und Bewölkung, Nebel, Sonnenschein und Strahlung, Luftdruck und Wind, Niederschlagsverhältnisse). Alle besonderen klimatischen Erscheinungen (z. B. Temperaturumkehr, Föhn) werden kurz erklärt, so daß die Arbeit einem weiten Kreis verständlich wird. Zahlreiche interessante Tabellen im Text begleiten den Aufsatz, dem ein großer Anhang charakteristischer Klimatabellen folgt. Zwei wertvolle Karten finden sich am Schluß: eine auf Grund der nicht reduzierten Jahresmittel angelegte Temperaturkarte und eine Niederschlagskarte des Rheingebietes.

Strenge Beschränkung auf das Wesentliche, klare Darstellung, die immerhin gewisse Anforderungen an die Vorkenntnisse des Lesers stellt, vorzügliche Ausstattung durch Karte, Profil und Tabelle zeichnen das Buch aus. Da aber im Rheingebiet eine so hervorragende Rolle gerade das hydrographische Moment spielt, so mag man es als einen Mangel empfinden, daß die Entwicklungsgeschichte des Rheinlaufs selbst, die allmähliche Sammlung der einzelnen Rheinlandschaften durch einen Fluß nicht geschlossen zur Darstellung kommt. An verschiedenen Stellen finden sich ja Angaben hierfür, ohne daß aber daraus der Leser ein vollständiges, dem heutigen — freilich noch immer lückenhaften — Stand der Wissenschaft entsprechendes Bild entnehmen könnte. Vielleicht ist aber eine derartige Darstellung für einen der folgenden Teile noch geplant.

Als Ganzes zeigt dieser erste Teil des Rheinlandwerkes einheitliche und großzügige Ausführung. Daß bei so verschiedenen Stoffgebieten, wie sie hier schon zur Darstellung gelangten, die einheitliche Linie nicht gestört ist, läßt hoffen, daß das Rheinwerk das wissenschaftlich begründete große Werk einer Flußlandschaft wird, wie es ein solches noch für kein anderes Flußgebiet gibt. Zugleich wird es in physisch-geographischer, anthropogeographischer und geopolitischer Hinsicht das Standwerk des Rheintals sein, dieser wichtigsten Kammer im Lebensraum des deutschen Volkes.

# OTTO MAULL:

## *Literaturbericht aus der amerikanischen Welt*

Schmieder, O.: The historic Geography of Tucuman. University of California Publications in Geography. Vol. 2, Nr. 13, pp. 359 bis 386. Berkeley 1928.

Schmieder skizziert die natürlichen Bedingungen, würdigt die spärlichen Überlieferungen und Kulturzeugen aus der präkolumbischen Zeit und versucht, daraus die präkolumbische Landschaft zu rekonstruieren: in die Täler der Anden reichte der Einfluß der Inkakultur herunter. Davor stellte einen inselhaften Vorposten das Gebiet um Cordoba innerhalb der Region der Indianer der Ebenen dar, die nomadisierend streiften. In dem Gebiet der Ansässigen besonders bevorzugt war die Siedlung in Schutzlage auf Bergsporn und in der Talgabelung. Groß ist die Zahl dieser vorkolumbianischen Ruinen. Ihr Niedergang belegt am deutlichsten den kulturlichen Rückgang, schon vor der Invasion der Spanier. Auch hier hat sich ein Kampf zwischen den Nomaden der Ebenen und den Bauern der Berglandtäler mit unglücklichem Ausgang für die letzteren abgespielt. Die spanische Kolonisation kam von Westen, und das Territorium wurde dementsprechend zunächst der gobernacion de Chile zugerechnet. 1563 wurde jedoch die Ostgrenze Chiles in dieser Gegend schon gegen Südwesten zurückverlegt. Die Städtegründungen, erfolgreiche und erfolglose, erfolgten von Santiago del Estero, der ersten spanischen Niederlassung in Tucuman, aus. Santiago wurde das Zentrum der Kolonisation. Die Gründungen lagen zunächst am Gebirgsrand und in den Ebenen; am Ende des 16. Jahrhunderts begann die Kolonisation in den Tälern. Mit der Betrachtung des wirtschaftlichen Lebens in der kolonialen und der modernen Periode schließt das kurzgefaßte, aber an Angaben reiche Entwicklungsbild ab.

Kühn, Fr.: Capítulos de Geografía Económica Argentina. Investigación de varias correlaciones antropogeográficas esenciales para

la economía nacional. Anales de la Facultad de ciencias de la Educación. Tomo 3, p. 65 bis 99. Parana 1928.

Mit einer Festlegung der Begriffe Wirtschaft, Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeographie beginnt der Verfasser. Stichwortartig wird dann ein Schema der wirtschaftsgeographischen Betrachtung, zugeschnitten auf Argentinien, gegeben. In einem ersten Kapitel interessieren den Autor die Beziehungen zwischen der Größe Argentinien und ihrer Bewältigung durch die verschiedenen Verkehrsmittel. In einem zweiten werden die Relationen zwischen den Klimaverhältnissen, in Typen betrachtet, und den Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung geknüpft. Es folgt die Aufzeigung der menschlichen Einflüsse auf das wirtschaftliche Leben. Ein wirtschaftsgeographisches Bild der westlichen Pampa beschließt die Abhandlung. Wie immer darf man dem Verfasser für solch kenntnisreiche Studien über Argentinien dankbar sein.

Griggs, Robert E.: Das Tal der zehntausend Dämpfe. Mit 117 einfarbigen und bunten Abbildungen und 4 Karten. 334 S. Leipzig, Brockhaus 1927.

Das Tal der zehntausend Dämpfe ist in dem Katmai-Naturschutzgebiet, etwas westlich von der breitesten Stelle der Halbinsel Alaska zu suchen, die sich vom westlichen Alaska gegen die Aleuten hinausreckt. Es liegt dort nordwestlich des Mount Katmai. Seine Eigenart hat dieses Tal durch den großen Vulkanausbruch des Jahres 1912 erhalten, der Asche, durch Wind verfrachtet, über ganz Nordwestamerika streute, ohne daß zunächst die Stelle des Ausbruchs bekannt war. Expeditionen der National Geographic Society, die fünf Jahre in Anspruch nahmen und von Griggs geleitet wurden, haben dann die Stelle gefunden und bis ins einzelste die gezeitigten Erscheinungen erkundet. Das Buch ist ein überaus spannender, aber doch auch ebenso sachlicher populärer Bericht

dieser Erkundungsfahrten. Es entwirft ein Bild einer ganz gewaltigen Verheerung, die in ihren Einzelheiten studiert worden ist, die aber kein einziges Menschenleben in dem nahezu unbewohnten Gebiet gefordert hat. Bei dem Katmausbruch ist über eine Fläche von 130 qkm der Boden überall wie geborsten, heiße Gase strömen aus, den Schmelzfluß der Tiefe noch in der Nähe ankündend. Sie bilden die vielen Millionen Fumarolen im Tal der zehntausend Dämpfe. Reizvoll ist es, mit dem Verfasser dieses Tal zu durchwandern, mit ihm die vulkanischen Formen und Kräfte, die Verheerungen der Pflanzenwelt und die Wiedereroberung des verwüsteten Bodens durch sie zu studieren. Auch weitentfernte Orte, wie Kodiak auf der gegenüberliegenden Insel, wurden von der Asche halb begraben. Am unmittelbarsten hat das Dorf Katmai selbst gelitten. Mit diesen Schilderungen der Fernwirkungen setzt das Buch ein. Eine Karte des Aschenfalls und äußerst charakteristische Bilder belegen den Text. Einwirkungen auf das Klima werden gestreift. Zu Alaskas übrigen Vulkanen wird eine Parallele gezogen. Dann setzt der Bericht über die Aufnahmefähigkeit im Vulkangebiet selbst ein. Packend sind immer wieder die Bilder, die von den Verwüstungen gegeben werden. Wundervoll ist die Darstellung des Kraters in Wort und Bild. Aber das Eigenartigste ist doch die Beschreibung des Tals der zehntausend Dämpfe selbst. Auch für einen Leser ohne spezielleres vulkanologisches Interesse bietet sich ungemein viel Fesselndes. Nicht zuletzt ist die Verfolgung der Wiederbesiedlung durch die Organismenwelt überaus aufschlußreich für die rasche Umwandlung einer von einem Vulkan verheerten Landschaft, die sich dann ziemlich schnell wieder als lebendige Landschaft entwickelt. Es ist ein Buch von ganz seltener Durchschlagskraft.

Als ich und die Erde noch jung war.  
Von dem Adoptivsohn der Wildnis.  
Betrachtete Erinnerungen an Urwald und  
Steppe. 376 S. Berlin (Brunnenverlag Karl  
Winckler) 1928. Brosch. 7,50 M., in Leinen  
10 M.

Es ist ein köstliches Buch. Ein ganz Überlegener, eben ein Adoptivsohn der Wildnis, dessen Name nicht viel zur Sache tut, den ich aber doch aus der „polizeilichen Anmeldung“ wissen möchte — den er mir aber vielleicht auch aus übergroßer Gefälligkeit mitteilt —, hat es geschrieben. Ich muß sagen, ich bin selten einer Reise so Schritt für Schritt gefolgt wie in diesen Zeilen. Dem Interesse liegt allerdings so etwas wie Reisewahlverwandtschaft zugrunde. Der Verfasser ist einer, den es seinerzeit hinausgetrieben hat, ins Land der Abenteuer aus tiefstem inneren Drang, aber nicht, um nach Handwerksburschenart Südamerika zu durchstreifen, sondern einigermaßen mit Mitteln versehen und beraten vom Professor Karl von den Steinen, der ihm auch das wissenschaftliche Problem: die Suche nach den Guayaquindianern, verraten hat. Sie sollten in der Südostecke des Staates Matto Grosso leben. Bastian schrieb noch die Empfehlungsbriefe an wissenschaftliche Gesellschaften, um die ersten Schritte auf dem fremden Kontinent zu erleichtern. Nach Süd-Matto-Grosso kam man damals am besten, wenn man Paraguay aufwärts reiste. Heute fährt man am bequemsten und schnellsten von São Paulo im Schlafwagen dorthin. Ganz so bequem und rasch bin ich allerdings auch vor einigen Jahren dort noch nicht gereist, weil es mir darauf ankam, das Land auch wirklich zu sehen. So sind ein paar Verkehrsmittel anders geworden, seit „die Erde noch jung war“. Aber in seinem Wesen ist das Land geblieben, wie es auf Grund der damaligen Schau geschildert wird. Und das hat die Kritik gegenüber dem Buch so außerordentlich erleichtert. Selten habe ich ein Buch mit solch scharf kritischer, aber doch zugleich so launiger Einstellung gegenüber Reiset Methoden und Forschungsergebnissen, gegenüber dem Lande selbst und seiner Bevölkerung gefunden. Diese Art und Weise löst ein ungeheures Vertrauen aus: hier schreibt einer amüsant, aber er übertreibt in keinem Punkt. Da gibt es in Wirklichkeit keine Abenteuer, es hocken nicht überall Gefahren in den Ecken. Nun, wenn man Südamerika dieser Breiten kennt:



alles ist so wahr, im Grunde ist alles Alltagsleben, und doch ist alles so spannend, gleichgültig ob von Paraguay, dem Besuch des Iguazu, der Suche nach dem Guayaqui, dem Salto Guaira, dem Ritt über die Serra Maracaju, die hier schon ganz klar in ihrem topographischen Wesen erkannt wird, wenn sie auch nicht geomorphologisch klassifiziert wird, der Fahrt auf den Ivinheima abwärts zum Parana, den Indianern an diesem Fluß, die durch den Autor der Wissenschaft bekannt wurden, der Bergfahrt auf dem Paranapanema geschrieben wird; von einer Reise, die für die damalige Zeit alle Beachtung verdient und in Curityba endete. Dann ging es über Montevideo und die schönste Stadt des Erdballs, Rio de Janeiro, zurück. Es ist ein Buch einer Art, von der es nicht viele Parallelen gibt.

Maccreegh, Gordon: Weißwasser und Schwarzwasser. Ein unwissenschaftlicher Bericht über zwei Jahre Abenteuer am Rio Beni und am Rio Negro. Mit 100 Abbildungen und 2 Karten. 284 S. Leipzig (F. A. Brockhaus) 1928. Geh. 8,50 M., Leinen 10 M.

Der Autor nennt sein Buch selbst unwissenschaftlich, und doch trifft das nicht ganz zu. Freilich weder die geographischen noch die völkerkundlichen, weder die botanischen noch die zoologischen Ergebnisse der Expedition werden hier vorgelegt. Die Wissenschaft, die sich am ehesten für seinen Inhalt interessieren könnte, ist auch keine von diesen. Es ist die Psychologie. „Dies ist die Geschichte von acht weißen Männern, die sich für die Dauer von ein bis zwei Jahren in die Urwälder des Amazonasstroms verlieren wollen.“ Diese Männer werden uns vorgestellt. „Sechs sind hervorragende Gelehrte, von denen fünf bisher noch keinen Urwald gesehen haben und sich noch nie anders als mit der Eisenbahn befördern ließen.“ Wir lächeln etwas, wenn wir ein bißchen Urwalderfahrung haben ... „Ein anderer genießt den Ruf des strengen Lehrmeisters, und gerade ihn hat man zum Leiter des Unternehmens bestellt.“ Nun, das Objekt ist gut, um Psychologie am Menschen im immer feuchtwarmen Tropenwald zu treiben. Das hat auch

der Autor gemeint: „Mich dünkt, daß damit alle Vorbedingungen und Zutaten für ein aufregendes Drama gegeben sind. Ein Teil des Schauspiels wird sich als Schwank erweisen, aber der andere zweifellos als Trauerspiel. Dem Geschichtschreiber winkt die dankbare Aufgabe, das Gebaren dieser acht Leute zu schildern, die mit allen ihren Eigentümlichkeiten zu enger Gemeinschaft im Urwald verurteilt wurden.“ Diese Aufgabe hat er gelöst. Ein ungemein eigenartiger Bericht einer Reise ist damit entstanden, die von La Paz die östlichen Anden überschreitet, am Rio Beni abwärts zum Madeira, Amazonas führt und dann noch einmal einen Vorstoß am Rio Negro unternimmt, um schließlich auf der Amazonasroute den Kontinent zu verlassen. Humorvoll und bitter zugleich ist der Bericht. Die „Drangsale des Reiselebens“ ziehen an dem Leser vorüber, aber auch der eindrucksvolle Wechsel der Landschaften, die die Reisenden vor immer neue und zum Teil schwere Aufgaben stellten. Freilich Amazonien ist ein riesiges gleichförmiges Land; so wiederholt sich auch manches auf dem Reiseweg. Aber aus den vielen kleinen Skizzen wird ein Bild, das als bezeichnend für Reisen in Amazonien gelten kann.

New York, die atlantische Stadt. Ausgewählt von Otto Winter. Der Weltwanderer, Bd. 2, 112 S. Berlin (Scherl) 1928. Geb. 2,50 M.

Es sind Aufsätze von Frenssen, Erwin Rosen, Alfons Paquet, Hans Dominik, Max Dauthendey, Arthur Rundt, Bernhard Kellermann und anderen. Dem Kenner der Literatur über Nordamerika bieten sie nichts Neues. Als Einführung in die Erscheinungswelt New Yorks geben sie aber ein schönes abgerundetes Bild, dessen Wirkung durch eine Reihe charakteristischer Ansichten unterstützt wird.

Stefansson, Vilhjalmur: Neuland im Norden. Die Bedeutung der Arktis für Siedlung, Verkehr und Wirtschaft der Zukunft. Deutsche Bearbeitung von Hermann Rüdiger, Leipzig (F. A. Brockhaus) 1928. Geh. 6,50 M., Ganzleinen 8 M.

Das aufsehenerregende Buch des bekannten kanadischen Polarforschers liegt nun in einer deutschen Auflage vor. Es gibt auf die stets

wieder aktuell werdende Frage Aufschluß: Warum immer wieder Polarexpeditionen? Jeder, der sie sich vorlegt, findet hier eine höchst beachtens-

werte Antwort. Zu ihr soll im nächsten Literaturbericht kritisch Stellung genommen werden. Hier muß diese kurze Anzeige genügen.

HERMANN LAUTENSACH:

*Literaturbericht über Werke erdumspannenden  
und systematischen Inhalts I*

Dem Zuge der Zeit folgend haben die deutschen Verleger in den letzten Jahren eine stattliche Anzahl von wirtschaftsgeographischen Gesamtbearbeitungen herausgebracht. Einige von ihnen sind schon früher besprochen (Z. f. G. 1924, S. 267; 1926, S. 376; 1927, S. 91). Überblickt man sie sämtlich, so wird man mit Bedauern der großen Zersplitterung unserer buchhändlerischen Produktion gewahr, die sich in gleicher Weise auf dem Gebiet länderkundlicher Gesamtbearbeitungen zeigt. Im Bereich der Wirtschaftsgeographie würde m. E. neben einem so fundamentalen Werk wie dem Andree-Heiderich-Sieger (Z. f. G. 1927, S. 360) eine zweite umfangreichere Bearbeitung mit dem Vorzug der einheitlichen Zusammenfassung durch den Geist eines einzigen Verfassers und eine kürzere wohlfeile populäre Darstellung genügen. Statt dessen verfügen wir nach vorherigem langen Mangel heute über wenigstens neun wirtschaftsgeographische Gesamtdarstellungen, von denen sich viele notgedrungen im wesentlichen nur in der Methode und der Stoffanordnung, nicht jedoch in den Hauptzügen des Inhalts unterscheiden. Die bisher in der Z. f. G. noch nicht gewürdigten dieser Neuerscheinungen seien im folgenden besprochen.

S. Passarge: Die Erde und ihr Wirtschaftsleben. Eine allgemeinverständliche Darstellung für Kaufleute, Volkswirte, Lehrer, Studierende der Handelshochschulen und Universitäten. Hamburg 1927. Hanseatische Verlagsanstalt. 764 S., 57 Abb., 260 Textskizzen, 3 farbige Karten. 36.— M.

Das mächtige Werk gliedert sich in zwei nahezu gleich umfangreiche Teile. In Kapitel 1—10 des

ersten Teils bietet P. in knapper Form den Hauptinhalt seiner bisher dreibändigen „Grundzüge der Landschaftskunde“ und schließt jedem Unterabschnitt eine Betrachtung über die Wirkung der betreffenden Erscheinung auf den Menschen an. Kapitel 11—19 behandeln, z. T. auf die anderen neueren Bücher des Verf. zurückgreifend, die Landschaftsgürtel, deren klimabedingte Böden, die Tierwelt, Nutz- und Kulturpflanzen, Nutz- und Haustiere, wirtschaftlich wichtige Krankheiten, Rassen und Völker sowie die Kulturentwicklung der Völker. Diese ganze Stoffgruppe wird „Allgemeine wirtschaftliche Erdkunde“ genannt. Der zweite Teil, „Wirtschaftsgeographischer Überblick über die Erde“, bringt zunächst eine Wirtschaftliche Landschaftskunde, dann eine Übersicht über die Bevölkerungsdichte der Erde, eine Siedlungs- und Verkehrsgeographie und schließlich Kapitel über die Versorgung der Welt mit Rohstoffen und über das Wirtschaftsleben der einzelnen Staatengruppen. Eine wirtschaftliche Behandlung der einzelnen Staaten wird nicht geboten. Die Statistik wird absichtlich möglichst unberücksichtigt gelassen. Der methodische Standpunkt ist im wesentlichen der beziehungsweise wissenschaftliche. Das Werk zeigt des Verf. jemaliges Wissen in hellem Licht. Und doch hätte ich mir eine so umfangreiche Wirtschaftsgeographie wesentlich anders gewünscht: Viel gründlicheres Eingehen auf die feinen Einzelzüge der landschaftlich wesentlichen Wirtschaftserscheinungen, viel stärkeres Zurücktreten der allgemeingeographischen Voraussetzungen, durch deren breite Ausführung die Hauptsachen zu kurz kommen,



weniger starre Systematik, klarere Aufteilung des Stoffes auf die beiden Hauptstoffgruppen.

R. Ahrens: Wirtschaftsformen und Landschaft. Hamburgische Universität. Abh. a. d. Gebiet d. Auslandskunde. Bd. 24, Reihe C. Naturw. Bd. 9. Hamburg 1927. L. Friederichsen & Co.

Die sehr fleißige Arbeit behandelt die Beziehungen zwischen den zur unmittelbaren Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses dienenden Wirtschaftsformen in den außereuropäischen Erdteilen zur Zeit ihrer Entschleierung durch die Europäer einerseits und den von S. Passarge in seiner Vergleichenden Landschaftskunde dargestellten Landschaftstypen andererseits. Für jeden Erdteil sind 3 bzw. 5 Kärtchen beigegeben, auf denen die Verbreitung je von Jagd und Sammelwirtschaft, Fischfang, Pflanzbau, Pflugbau, Viehwirtschaft nach den Untersuchungen des Verf. dargestellt sind, und die in rotem Überdruck P.s Landschaftsgebiete zeigen.

E. Friedrich: Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie. II. Spezielle Wirtschaftsgeographie. Berlin u. Leipzig 1926. 3. Aufl. W. de Gruyter & Co.

Der erste Band dieses Werkes ist im Jahrg. 1927, S. 91 f., ausführlich besprochen. Der zweite bringt die regionale Behandlung, wobei dankenswerterweise ähnlich gebaute Staaten zu größeren Einheiten (z. B. Südliches Mitteleuropa, Nordwest-Nigritien, Germanisches Nordamerika) zusammengefaßt werden. In seiner kurzgefaßten Fülle stellt das Buch die hochachtbare Leistung eines einzelnen Verfassers dar. Schade ist nur, daß es im wesentlichen knapp aufzählt, statt die wirtschaftlichen Erscheinungen in größere landschaftliche Zusammenhänge hineinzustellen. Auf diesem Wege wären wohl auch manche der sachlichen Fehler vermeidbar gewesen. Ein Beispiel für viele! S. 62 ist gesagt, der Norden Portugals halte die meisten Schweine. In Wirklichkeit ist es gerade der Süden (Anuário estat. de Port. 1926, S. 187). Der N. ist wegen der reichen Niederschläge und der durch quellreiche Gebirge gebotenen Bewässerungsmöglichkeit ein Land des Maisbaus. Aber infolge des niederen Standes der portugies. Landwirtschaft dient das

Maiskorn fast ausschließlich der Ernährung der sehr dichten Bevölkerung (bis zu 225 qkm in rein agrarischen Gegenden), das Maisstroh der Rinderhaltung. Der S. mit seiner langmonatigen sommerlichen Trockenzeit und seinen Ebenen ist für Maisbau ungeeignet, aber die immergrüne Steineiche deckt in lichten Hainen große Flächen. Dem Ernährungsbedürfnis der dünn siedelnden Menschen genügt in normalen Jahren die Weizen- und Roggenerzeugung auf den unbewässerten Feldern, so daß die Eichelernte zur Schweinemast frei wird, wobei der größte Teil des Zuchtüberschusses von der Halbmillionenstadt Lissabon verbraucht wird.

R. Lütgens: Allgemeine Wirtschaftsgeographie. Einführung und Grundlagen. Breslau 1928. Ferdinand Hirt. 215 S. 8.50 M.

L. steht auf dem methodischen Standpunkt der Wechselwirkung. Von ihm aus entwirft er in aner kennenswerter Konsequenz ein gedrängtes, aber gediegenes und vielseitiges Bild von den physischen und anthropogeographischen Grundlagen der menschlichen Wirtschaft sowie von den Rückwirkungen der Wirtschaft auf jene. Eine kurze Übersicht über die weltwirtschaftliche Erschließung und Einteilung der Erde bildet den Schluß des nützlichen Buches, das zahlreiche instruktive, mühsam zusammengetragene Textskizzen enthält.

B. Dietrich: Grundzüge der allgemeinen Wirtschaftsgeographie. Berlin 1927. Gebr. Borntraeger. 223 S. 8.70 M.

D. versteht unter Wirtschaftsgeographie „die Lehre von den Wechselwirkungen zwischen dem Erdraum und dem wirtschaftenden Menschen und damit als deren Folge das wirtschaftliche Raumbild der Erde in seiner Zusammensetzung, Entstehung und Anordnung“. In dieser Definition liegt m. E., abgesehen von ihrer sprachlichen Anfechtbarkeit, eine Unmöglichkeit, denn das wirtschaftliche Raumbild der Erde ist nicht lediglich vom Wechselwirkungsstandpunkt faßbar; der letztere liefert vielmehr stets nur einen mehr oder weniger zerfaserten Tatsachenschatz und Kausalnexus. Das erste Viertel seines Buches widmet D. einer methodischen



Erörterung, die zu dem eben mitgeteilten Ergebnis gelangt, das zweite Viertel, „Allgemeine Wirtschaftsgeographie (Milieulehre)“ genannt, steht ganz unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung, die letzte Hälfte, „Allgemeine vergleichende Wirtschaftsgeographie (Zonenlehre)“ ist eine Verbreitungslehre. Die Verbreitung der Industrien, die am wenigsten vom Standpunkt der Wechselwirkung gefaßt werden kann, wird mit 4 Seiten abgetan.

K. Förster: Wirtschaftsgeographie. Teil II. Außereuropa. Leipzig o. J. (1927). E. Haberland. 218 S. 4.50 M.

Eine knappgefaßte, durchaus zweckentsprechend gehaltene Länderkunde der außereuropäischen Welt, die zum Gebrauch an höheren Lehranstalten und Fachschulen sowie zum Selbstunterricht bestimmt ist, das Wirtschaftsleben jedesmal nach dem neuesten Stande betont und mit einer Reihe von Kartogrammen aus „Wirtschaft und Statistik“ ausgestattet ist.

J. F. Horrabin: Grundriß der Wirtschaftsgeographie. Aus dem Englischen übersetzt von R. A. Witfogel. Wien u. Berlin o. J. (1926). Verlag für Literatur u. Politik. 205 S.

Dieses Buch unterscheidet sich in dreierlei Richtung scharf von den vorbesprochenen. Erstens ist es gar keine Wirtschaftsgeographie, sondern ein gewisse Grundbeziehungen für Laien bereitstellender Abriss der Geopolitik. Das zeigt schon des Inhaltsverzeichnis. I. Geographische Faktoren in der Geschichte. II. Weltgeschichte: 1. Flußtäler. 2. Binnenseen (soll heißen Binnenmeere). 3. Der Ozean. 4. Landtransport. III. Die Welt von heute. IV. Amerika. V. Das englische (soll heißen britische) Weltreich. VI. Der ferne Osten. VII. Rußland. VIII. Das französische Reich. IX. Folgerungen. Zweitens ist es die Arbeit eines Engländer, der sehr stark von der Ratzelschülerin Ellen Semple und von J. Fairgrieve (Z. f. G. 1926, S. 487) beeinflusst ist. Auf die letztere Quelle deutet schon

die eben mitgeteilte Gliederung des Kapitels II. Die Übersetzung ist offenbar von einem Nichtfachmann gemacht und greift daher oft daneben, wenn es sich um die Wiedergabe festgeprägter Fachausdrücke handelt. Auch dürften Fahrenheitgrade und englische Meilen den deutschen Lesern nicht einfach als Grade und Meilen vorgesetzt werden. Im übrigen aber ist die Sprache leicht und flüssig. Drittens ist das Buch von einem Sozialisten zur Belehrung junger Sozialisten geschrieben. Und so hat eben schon beim Titel die materialistische Geschichtsauffassung hineingespielt, für die politische Probleme in ihrem Kern immer ausschließlich wirtschaftliche sind: „Eben diese Probleme der Weltproduktion und -verteilung, die der Imperialismus brennend gemacht hat, sind nun weiterhin die Probleme, die das internationale Proletariat zu lösen haben wird. Die Arbeiterklasse hat zu erkennen, daß es ihre Aufgabe ist, die Hilfsquellen der Welt für den Bedarf der Massen der Welt zu organisieren, anstatt für den Profit einer kleinen Minderheit. Dies aber ist, jedenfalls auf seiner letzten Stufe, ein Problem der Wirtschaftsgeographie.“ Sehr interessant sind die Ausführungen des englischen Sozialisten über unsere eigenen Belange: „Es war diese Tatsache, die den verstorbenen Lord Rhondda zu einem leidenschaftlichen Befürworter der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich machte, da bei einer Vergrößerung der zuarbeitenden Eisenmasse Frankreichs Kohlenknappheit noch zunehmen und so die günstige Lage des Geschäftes in Süd-Wales entsprechend sich steigern würde; genau dieselbe Tatsache ließ ihn mit der gleichen Leidenschaft gegen die Auslieferung irgendwelcher Kohlenfelder an Frankreich sein — im Saargebiet oder irgendwo sonst. Würde Seine Lordschaft noch die französische Ruhrbesetzung gesehen haben, er wäre wahrscheinlich an gebrochenem Herzen gestorben.“

(Fortsetzung Heft 3.)



# Brockhaus Reisewerke



## Die größte Forschungsreise seit dem Kriege:

## Afghanistan, Amanullah und seine Feinde:

## Die wirtschaftliche Erschließung des hohen Nordens:

**SVEN HEDIN.** Auf großer Fahrt. Mit 110 Abbildungen u. 1 Karte. Geheftet 13.—, Lwdb. 15.—

Nach der Entdeckung des Transhimalaja, die Hedins Namen in der ganzen Welt berühmt machte, hatte er nur eine kurze Pause von einigen Jahren vorgelesen, ehe er wieder hinausziehen wollte. Aber der Weltkrieg und die großen politischen Umwälzungen in Asien richteten fast unüberwindliche Hindernisse auf. Diese erzwungene Wartezeit ermöglichte es jedoch, alle Pläne bis ins einzelne vorzubereiten und alle Mittel moderner Forschung in den Dienst der Expedition zu stellen, eine Aufgabe, die die Leistungsfähigkeit eines einzelnen bei weitem übersteigt. Er hielt Ausschau nach jüngeren Wissenschaftlern der verschiedensten Gebiete. Im Jahre 1925 begann er dann in Peking die größte Expedition zusammenzustellen, die je nach Innerasien aufgebrochen ist. Noch ist die Expedition mitten in der Arbeit, aber Sven Hedin glaubte dem Drängen seiner vielen Freunde, die Näheres erfahren wollten, nachgeben zu sollen, und bereits jetzt ist das Buch über den ersten großen Abschnitt der Expedition erschienen.

**RYBITSCHKA, EMIL.** Im gottgegebenen Afghanistan. Als Gäste des Emirs. Mit 74 Abbildungen und 1 Karte. Lwdb. 10.—

... Bis in das 20. Jahrhundert hinein war Afghanistan so gut wie unbekannt, und man pflegte es gleichzeitig mit dem angrenzenden Beludschistan zu nennen. Erst der Weltkrieg schuf hier Wandel. Der Verfasser, Flüchtling aus der russischen Kriegsgefangenschaft, gelangt dahin und verbringt hier mit seinen Kameraden eine Zeit daselbst, während der kein anderer Europäer im Lande war, nämlich die Zeit von der Rückkehr der deutschen Mission bis zum Ende des Weltkrieges. Damals entbrannte nach der Ermordung des Emirs Habib Allah Chan der Thronstreit in Afghanistan, dann der Krieg mit England, und nach dem Frieden setzte eine ganz neue, ungeahnte Entwicklung ein. Die kraftvolle Schilderung der mannigfachen, manchmal fast abenteuerlichen Erlebnisse des Verfassers nimmt den Leser unwillkürlich gefangen. Ein Spiegelbild der Gegenläge tritt ihm und seinen Gefährten entgegen: auf der einen Seite ausdauernde, freigelegte Gastfreundschaft, auf der andern Lug und Trug; räuberische Habgier und Rachsucht, doch überall ursprüngliche Tapferkeit und Ritterlichkeit. Das Volk Afghanistans mit seinem Rassehohn und seinem hart ausgeprägten Nationalgefühl tritt uns hier geradezu plastisch entgegen; darum fällt das Buch eine bisher empfindliche Lücke in der ethnographischen Literatur aus. Rühmlich hervorzuheben sind auch die charakteristischen Abbildungen (Eigenaufnahmen des Verfassers und Bilder aus den seinerzeit staatlichen afghanischen Ateliers). Münchener neueste Nachrichten, München.

**STEFANSSON, VILHJALMUR.** Neuland im Norden. Die Bedeutung der Arktis für Siedlung, Verkehr und Wirtschaft der Zukunft. Mit 31 Abbild. u. 1 Karte. Geheftet 6.50, Lwdb. 8.—

Was haben alle diese Fahrten und Klüge zum Nordpol für einen Sinn? Warum werden kostbare Menschenleben geopfert? Da oben ist ja doch nichts zu holen! Der bekannte Polarforscher Vilhjalmur Stefansson gibt uns in seinem Buche eine klare Antwort auf diese und ähnliche Fragen. Es ist doch etwas zu holen, und sie sind ja gar nicht so unwirlich, diese Rändländer der Arktis, Nordkanada, Alaska und Sibiris. Er überzeugt, daß es sich auch dort leben läßt und daß es sehr wohl möglich ist, in diesen als ewig kalt verschrieenen Ländern Uterzucht zur Stellgengewinnung in größtem Ausmaß zu betreiben. Große Erz- und Kohlenlager hatten dort noch ihrer Ausbeutung, vom Golde Alaskas und der sibirischen Ströme ganz zu schweigen. Gestern noch Träume, heute ernsthafte Pläne und morgen vielleicht Wirklichkeit — sind seine Gedanken über den zukünftigen arktischen Luftverkehr. Wer denkt z. B. daran, daß der kürzeste Weg von Berlin nach Tokio nördlich an Archangelsk vorbei oder der nach San Francisco über das mittlere Grönland führt? — Die Gedanken, die der Verfasser schon in seinem „Länder der Zukunft“ angedeutet hat, sind hier in voller Klarheit entwickelt und einwandfrei begründet. Eine Reihe gut ausgewählter Abbildungen und eine Karte der zukünftigen Luftwege unterstützen die Darstellung.

Verlangen Sie kostenlos und unverbindlich die reichbebilderten Prospekte

**F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG**





# Kinoglas

*splittert nicht*



**N. Kinon · Aachen**

Telefon: Nr. 32451

**Röder, Meyer & Co.**  
**Berlin-Mohenschönhausen**

Telefon: Lichtenberg E 5, 5221